

Christoph Wunnicke

Wandel, Stagnation, Aufbruch

Ost-Berlin im Jahr 1988

Berlin 2008

**Schriftenreihe des Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen
des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR**

Band 25

Umschlagfoto: Berlin, 17. Januar 1988. Am Rande der offiziellen „Kampfdemonstration“ zu Ehren von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg machen oppositionelle Gruppen auf fehlende Grundrechte in der DDR aufmerksam. Die Staatsmacht schreitet entschlossen ein.
Quelle: Robert-Havemann-Archiv, MDA_FO_15574

Copyright 2008 beim Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR
Erstauflage, 2008

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere der Übersetzung, der Vervielfältigung jeder Art, des Nachdrucks, der Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen sowie in Funk- und Fernsehsendungen, auch bei auszugsweiser Verwendung.

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR dar.

Für die inhaltlichen Aussagen trägt der Autor die Verantwortung.

ISBN: 978-3-934085-27-5.

Der Berliner Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Scharrenstraße 17, 10178 Berlin

Telefon: (030) 24 07 92 - 0; Fax: (030) 24 07 92 - 99

Internet: www.berlin.de/stasi-landesbeauftragter

Inhalt

Vorwort	5
1. Einleitung	6
2. 1988 – Ein Jahr im Zeichen der Abrüstung	8
3. Europa rückt zusammen	12
3.1. Sowjetunion	16
3.2. Ungarn	18
3.3. Polen	20
3.4. CSSR	22
4. Die Deutschen	24
4.1. Eine Nation, zwei Staaten: Die Deutschlandpolitik	27
4.2. Die nationale Frage oder : Erinnerung ist Vergewisserung	30
4.3. Die Mauer bleibt der konstitutive Makel der DDR	33
4.4. Die Ausreiseantragsteller	37
4.5. Die Wirtschaft – Widerspruch zwischen Ideal und kollektiver Wirklichkeit	39
4.6. Jugend	41
4.7. Medien und Umgestaltung	43
4.8. Kultur	46
4.9. Sport	49
4.10. Neonazis	50
4.11. Die Juden und die DDR	52
5. Berlin im Widerstreit der Interessen	54
6. Die Kirche	59
6.1. Der Pressekrieg	63
6.2. „Wir wollen raus“: Die Kirche und die Ausreiser	66
6.3. „Wir bleiben hier“: Die Kirche und die Basisgruppen	71

7.	Die kirchlichen Basisgruppen	74
7.1.	Die Arbeitsgruppe Staatsbürgerschaftsrecht und die Liebknecht-Luxemburg-Demonstration am 17. Januar 1988	90
7.2.	Mit Radio Glasnost gegen die Sondermülldeponie, IWF und Weltbank	103
7.3.	Von der Ossietzky- zur Sputnikaffäre	110
7.4.	Von der Sowjetunion lernen heißt wählen lernen. Kommunalwahl 1989	115
8.	Die SED und das MfS	124
9.	Fazit	128
	Literaturverzeichnis	130
	Abkürzungsverzeichnis	134

Vorwort

Jedes Jahr im Januar inszenierte die SED-Führung eine „Kampfdemonstration“ zu Ehren von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, so auch 1988. Doch in diesem Jahr beteiligten sich Oppositionelle an dem Ereignis und forderten demokratische Grundrechte in der DDR ein. Die Staatsmacht schlug schnell und skrupellos zu, verhaftete zahlreiche Protestierende und verwies in der Folgezeit prominente Vertreter der oppositionellen Szene des Landes. Doch die Annahme, damit die eigene Herrschaft zu sichern, sollte sich als Trugschluss erweisen. Schon wenige Monate später hatten sich neue Strukturen gebildet, die neue Herausforderungen an die SED-Diktatur stellten – Herausforderungen, denen die illegitime Macht immer weniger gewachsen war.

Kontinuierlich hat sich der Berliner Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen in den vergangenen Jahren mit der Vorgeschichte von Friedlicher Revolution und deutscher Einheit auseinandergesetzt. Die Veranstaltungen und Publikationen haben gezeigt, dass es ein lebhaftes Interesse an diesen Themen gibt. Dies ist auch dem vorliegenden Band zu wünschen, denn er beleuchtet die vielfach bereits in Vergessenheit geratenen Rahmenbedingungen ebenso wie die konkreten Verhältnisse in der DDR kurz vor ihrem Zusammenbruch. Dem Autor ist für die akribische Recherche zu danken, die zahlreiche neue Erkenntnisse zutage geführt hat. Danken möchte ich auch der Robert-Havemann-Gesellschaft für die schnelle und unkomplizierte Bereitstellung von Quellenmaterial.

Martin Gutzeit
Landesbeauftragter

1. Einleitung

Einen Monat nach dem Besuch Erich Honeckers in Bonn traf dort am 7. Oktober 1987, dem achtunddreißigsten Jahrestag der Gründung der DDR, ebenfalls zu einem viertägigen Staatsbesuch, der ungarische Ministerpräsident Károly Grósz¹ ein. Bundeskanzler Helmut Kohl war gewillt, die Beziehungen mit dem Reformland Ungarn zum Modellfall für das Verhältnis zwischen Staaten verschiedener Machtblöcke zu entwickeln. Deshalb garantierte er dem hoch verschuldeten Ungarn einen weiteren Milliardenkredit, unterzeichnete ein Kulturabkommen und machte DDR-Chef Honecker so deutlich, was bei Reformen auch für ein Land ohne gemeinsame nationale Wurzel an Kooperation zu erreichen war.

Etwa zur selben Zeit besuchte der Friedrichshainer Pfarrer Rainer Eppelmann den Vortrag eines Vertreters der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (USAP) über die Wirtschaftspolitik seines Landes im „Haus der Ungarischen Kultur“ in Berlin-Mitte. Was er dort über Marktwirtschaft und Sozialismus erfuhr, stand in argem Kontrast zu dem, was ihm das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ (ND) täglich zumutete. Dass der ungarische Genosse ungarische Bürgerrechtler „Elemente“ nannte, missfiel Eppelmann allerdings, er widersprach, und der Ungar entschuldigte sich. Als Abonnent der deutschsprachigen „Budapester Rundschau“², die gerade in der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre den DDR-Pressemarkt an Liberalität und Informationswahrhaftigkeit enorm übertraf, wusste Eppelmann, dass nicht mehr nur „Elemente“ über Demokratisierungsbemühungen in Ungarn nachdachten.

Wie aber verhielten sich 1988, im Jahr vor den großen Umwälzungen, die Regierungen der einzelnen Ostblockstaaten wirklich? Waren sie an der Seite Moskaus und Ungarns mit innen- und außenpolitischen Liberalisierungsbemühungen befasst? Oder wie die DDR-Führung eher auf Machterhalt um jeden Preis für die kommunistische Kaderpartei bedacht? Welchen Einfluss hatte das jeweilige Regierungshandeln auf die Entwicklung der Kooperation zwischen den sozialistischen Staaten und die sich entfaltende außerparlamentarische Opposition? Wurden 1988 in den Ostblockstaaten die Grundla-

¹ Ministerpräsident 1987-1988; Vorsitzender der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (USAP) 1988/89.

² Ungarische Wochenzeitschrift in deutscher Sprache, gegründet 1967, erschien im limitierten Abonnement und informierte über die Innen- und Außenpolitik Ungarns sowie Vorgänge in den sozialistischen Bruderstaaten.

gen für die „Revolutionen“ von 1989 gelegt? Diese Fragen stehen im Mittelpunkt des ersten Abschnitts vorliegender Publikation.

Im Anschluss wird detaillierter auf die DDR eingegangen. War hier die deutsche Zweistaatlichkeit beiderseits der Mauer akzeptierte Tatsache oder Gegenstand von Fragen? Welche anderen Gründe für Protest gab es, und wer führte ihn 1988 in Ost-Berlin an? Wie verhielten sich das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) und die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) zum (west)medienwirksam inszenierten Widersprechen?

Die vorliegende Arbeit skizziert eingangs die von Personen wie Grösz und Kohl mitbestimmte außenpolitische Bedingungskonstellation der DDR im Jahr 1988 und stellt dann die sich ändernden Voraussetzungen dar, unter denen Oppositionelle wie Eppelmann agierten. Kapitel 2 umreißt die Abrüstungsfortschritte; Kapitel 3 erläutert sowohl das Zusammenrücken zwischen dem Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW)³ und der Europäischen Gemeinschaft (EG) als auch das nicht unproblematische Fortschreiten der Liberalisierung in Staaten wie Ungarn oder der Sowjetunion. Kapitel 4 wendet sich den beiden deutschen Staaten zu. Anhand von Besuchsdiplomatie, Deutschlandpolitik oder der Mauerproblematik wird eingangs der Stand der zwischenstaatlichen Annäherung und Abweisung im Jahr 1988 bilanziert. Anschließend werden innenpolitische Entwicklungen der DDR am Beispiel von Wirtschafts- und Jugendpolitik beschrieben. Medien- und sportpolitische Entscheidungen des Jahres 1988 zeigen danach, wie die DDR-Führung gegenüber dem Kulturdruck des Westens partiell in die Knie ging. Dieser westlichen Kultur wurde gern die im Anschluss beschriebene Neonaziproblematik in die Schuhe geschoben, welche parallel zu einer Neuausrichtung des Verhältnisses der DDR zu Israel und den Juden allgemein an Raum gewann. Kapitel 5 wendet sich am Beispiel der Reaganschen Berlininitiative, der Städtepartnerschaften und dem Gebietsaustausch mauerüberwindender Politik beider Berlinteile zu.

Kapitel 6 beschreibt am Beispiel des Verhältnisses der evangelischen Kirche zu Ausreiseantragstellern, Friedens- und Menschenrechtskreisen unter ihrem Dach die zentrale Bedeutung der Kirche für die Entwicklung des Protestpotenzials in den letzten Jahren der DDR. Die Berliner kirchlichen Friedens-, Umwelt- und Menschenrechtskreise sowie ihre Aktionsfelder beschreibt

³ Gegründet 1949 unter sowjetischer Führung als Reaktion auf den Marshallplan der USA zum Wiederaufbau Westeuropas. Vereinte die sozialistischen Staaten Europas ökonomisch und politisch.

Kapitel 7. Abschlusskapitel 8 wendet sich den immer verzweifelter agierenden Machtsäulen SED und Staatssicherheit zu.

Um die nicht nur im Herbst 1989 für die DDR wichtigen Rollen Ungarns, der evangelischen Kirche, der kirchlichen Basisgruppen und Ausreiseantragsteller angemessen beschreiben zu können, werden vor allem im ersten Teil der Arbeit neben dem Neuen Deutschland sowohl Zeitungen westdeutscher Herkunft wie auch die „Budapester Rundschau“ als Folie für die vom ND aufgebaute propagandistische Scheinwelt herangezogen.

2. 1988 - Ein Jahr im Zeichen der Abrüstung

Am 10. Dezember 1987 unterbrach Michail Gorbatschow seinen Rückflug vom Washingtoner Gipfel nach Moskau in Ost-Berlin. Er wollte den dort versammelten Staats- und Regierungschefs des Warschauer Pakts von den Gesprächen mit US-Präsident Reagan sowie der Unterzeichnung des INF-Abrüstungsabkommens⁴ berichten. Das Ost-Berliner Palasthotel war dafür schon Tage zuvor für die Öffentlichkeit geschlossen worden. Allgemein wurde mit weiteren Abrüstungsvorschlägen des Ostens gerechnet und mit der von Gorbatschow in Washington zugesagten raschen Lösung des Afghanistankonflikts.

Das INF-Abkommen sorgte dafür, dass die DDR-Bürger auch durch die eigene Presse darüber informiert wurden, wo auf dem Gebiet ihres Staates Mittelstreckenraketen stationiert waren. Zwei Tage, nachdem internationale Journalisten Raketen in der Sowjetunion (SU) besichtigt hatten, besuchten DDR-Reporter Mitte Februar 1988 sowjetische Raketentruppen in Waren/Müritz. Der Kommandeur des Truppenteils erläuterte die Notwendigkeit der vier Jahre zuvor erfolgten Verlegung der Einheit in die DDR und unterstrich, dass man nun nach der Unterzeichnung des INF-Abkommens seinen Auftrag mit gutem Gefühl beenden würde. Bei einem anschließenden Gespräch verwies der 19-jährige Soldat Wlassenko stolz darauf, dass schon sein Großvater im selben Truppenteil diente. Er hatte Berlin mit befreit und wurde im Traditionszimmer der Warener Raketeneinheit als Held der Sowjetunion gewürdigt.⁵

⁴ Abkommen vom 8.12.1987 zwischen der UdSSR und den USA über die vollständige weltweite Abschaffung der landgestützten nuklearen Mittelstreckenwaffen mit einer Reichweite von 500 bis 5.500 km.

⁵ Sowjetische Raketensoldaten bereiten Abzug aus der DDR vor, ND 17.2.1988.

Am 26. Februar widmete das ND dem am Tag zuvor begonnenen Raketenabzug aus Waren und Bischofswerda⁶ mehrere Artikel. Oberförster Hans-Dietrich Seidler, dessen Revier an den Warener Raketenstandort grenzte, stellte fest, dass jetzt auch die USA abrüsten müssten; ein Schüler der 10. Klasse bekundete, Offizier der NVA werden zu wollen; und alle winkten auf dem Warener Bahnhof um 16 Uhr dem Sonderzug hinterher, dem Reichsbahnhauptsekretärin Regina Stelter das Abfahrtssignal gab.⁷

Der Abzug der Mittelstreckenraketen aus der DDR wurde im März beendet, und am 1. September, dem Antikriegstag, verließen die ersten Pershing-Raketen ihre westdeutsche Basis in Heilbronn. Die West-Berliner „tageszeitung“ (taz) wünschte Anfang Juli 1989 der letzten in Texas vernichteten Pershing-Rakete: Friede ihrem Schrott.⁸

In Aussicht auf eine nuklear demilitarisierte DDR unterbreitete Erich Honecker am 18. Februar 1988 der Öffentlichkeit den Vorschlag zu einem Ost-Berliner „Internationalen Treffen für kernwaffenfreie Zonen“ im Juli gleichen Jahres. Umgehend konstituierte sich ein nationales Vorbereitungskomitee im Kongresszentrum des Berliner Palasthotels und rief die Weltöffentlichkeit auf, seine Arbeit zu unterstützen. Dem Komitee gehörten „die üblichen Verdächtigen“ wie MfS-IM Heinrich Fink, Vorsitzender des Regionalausschusses der CFK⁹ in der DDR, Annelies Kimmel, Vorsitzende des Bezirksvorstands Berlin des FDGB¹⁰, und der Schriftsteller Hermann Kant an.¹¹

⁶ Die beiden anderen Standorte auf dem Gebiet der DDR waren Wokuhl in Mecklenburg und Königsbrück in Sachsen.

⁷ Vgl. Abzug der sowjetischen Raketen OTR-22 aus der DDR hat begonnen, ND 16.2.1988.

⁸ Vgl. Pershing ade, taz 7.7.1989.

⁹ Christliche Friedenskonferenz in der DDR (CFK); tschechoslowakische Theologen riefen 1958 zur Bildung einer internationalen Friedenskonferenz auf, die als ‚Allchristliche Friedensversammlung‘ 1961 zum ersten Mal, danach alle drei bis fünf Jahre in Prag zusammentrat. In der DDR bildete sich eine regionale Sektion unter Führung von Ost-CDU-Mitgliedern. Seine Mitglieder wurden wegen ihrer Staatsnähe von der Kirche beargwöhnt. 1992 löste sich die ostdeutsche Sektion auf.

¹⁰ Freier Deutscher Gewerkschaftsbund (FDGB), am 15.6.1945 gegründet, war Dachorganisation der 16 Einzelgewerkschaften.

¹¹ Vgl. Nationales Komitee zur Vorbereitung der Beratungen konstituierte sich in Berlin, ND 19.2.1988.

Kirchliche Friedensgruppen wie der Friedenskreis Vipperow in Mecklenburg um Pfarrer Markus Meckel fühlten sich ebenfalls aufgefordert. Sie boten ihre Mitarbeit an, bewarben sich um Teilnahme an der Konferenz und wurden abgewiesen. Auf ihrem zentralen DDR-weiten Treffen „Frieden Konkret“ in Cottbus forderten Vertreter kirchlicher Friedens- und Menschenrechtsgruppen Ende Februar 1988 noch einmal, eingeladen zu werden - erneut vergeblich. Ende Juni bedauerten Gruppenvertreter in einem Gottesdienst in der Ost-Berliner Gethsemanekirche die Widersprüchlichkeit dieser Einladungspolitik.¹²

Das ND feierte am 20. Juni die Eröffnung der Konferenz mit über 1.000 Vertretern aus 111 Ländern. Vollmundig sprach die Zeitung davon, dass der Palast der Republik von 84 Staatspräsidenten bzw. Vertretern der Regierungen, darunter Vizepräsidenten, Regierungschefs und stellvertretende Ministerpräsidenten sowie 28 Außenminister oder deren Stellvertreter, bevölkert wurde.

Michail Gorbatschow richtete einen Gruß an das Treffen, das auch westdeutsche Politiker von FDP, SPD und Grünen besuchten. Die CDU/CSU hatte ihre Teilnahme geschlossen abgesagt. Neben Egon Bahr war die SPD mit Edelgard Buhlman, Harry Ristock, Hermann Scheer und Olaf Scholz vertreten. Die FDP delegierte neben dem stellvertretenden Bundestagsfraktionsvorsitzenden, Uwe Ronneburger, auch den stellvertretenden FDP-Fraktionsvorsitzenden im West-Berliner Abgeordnetenhaus, Walter Rasch. Die Grünen schickten Gerd Bastian und Petra Kelly sowie den DDR-erfahrenen Henning Schierholz, einen Grünen-nahen Vertreter des Förderkreises Darmstädter Signal. Aus West-Berlin reisten für die Alternative Liste (AL) Hilde Schramm und Harald Wolf an.¹³

FDP-Mann Ronneburger erklärte umgehend, dass die FDP die Bildung kernwaffenfreier Zonen nicht für einen geeigneten Schritt in Richtung sicheres Europa halte. Ein bloßes Auseinanderrücken der nuklearen Arsenale würde die Sicherheit nicht erhöhen.¹⁴ Das ND war enttäuscht und schrieb vernebelnd, dass Ronneburger in einer Begegnung mit Honecker „seine am

¹² Vgl. DDR-Friedensgruppen beklagen Ausschluss von Ost-Berliner Treffen, Brief an Honecker fordert öffentliche Diskussion, 22.6.1988, BStU, MfS, HA IX, Nr. 19.778, Bl. 361. Neben staatsloyalen christlichen Gruppen durfte der evangelische Magdeburger Bischof Christoph Demke an der Konferenz teilnehmen.

¹³ Vgl. ND 20.6.1988.

¹⁴ Vgl. Honecker fordert atomwaffenfreie Zonen, taz 21.6.1988.

Vortage dargelegte Haltung zu einer kernwaffenfreien Zone bekräftigte¹⁵. Der schwedische Sozialdemokrat Sture Ericson erhielt kein Rederecht, weil er in seinem vorher eingereichten Redetext die DDR aufgefordert hatte, die Mauer einzureißen und damit einen einzigartigen Beitrag zum europäischen Frieden zu leisten. Ericson reiste vorzeitig ab.¹⁶ Alles in allem führten zwei Plenarberatungen im Palast der Republik, insgesamt 651 Redner und die Sitzungen von neun Kommissionen plus weitere spezifische Treffen zu keinem politisch verwertbaren Ergebnis.

Die Gegnerschaft des SED-Führungszirkels zum Gorbatschowschen Glasnostkurs wurde in den Abrüstungsfragen latent deutlich. Unter dem Titel „UdSSR und USA verhandeln - werden wir auch gefragt?“ führte der ND-Kommentator am 7. September 1988 aus, dass die Vorschläge der DDR die Verhandlungen zwischen der Sowjetunion und den USA in Genf nachhaltig beeinflusst hätten. Ohne gesondert auf die Tagung im Juni einzugehen, rechnete er der DDR Beiträge zur Schaffung eines von nuklearen Waffen freien Korridors, einer chemiewaffenfreien Zone sowie weitere vertrauensbildende Maßnahmen an. Es änderte nichts - die DDR und die Bundesrepublik blieben nukleares Erstschlagsfeld.¹⁷

Am 14. April 1988 wurde in Genf als Ergebnis langer Verhandlungen das Afghanistan-Abkommen unterzeichnet. Der sowjetische Außenminister, Schewardnadse, nannte den Vertrag Ausdruck des neuen politischen Denkens, während das ND das Abkommen nur unkommentiert abdruckte. Nicht zu Unrecht ahnten die DDR-Machthaber, dass mit Gorbatschows Trennung des Truppenabzugs von den Verhandlungen über die Zukunft des Landes die afghanischen Kommunisten ihrem eigenen Schicksal überlassen wurden. Am 15. Februar 1989 verließ der letzte Sowjetsoldat Afghanistan, und die „Prawda“ schrieb, die Sowjetunion hätte aus Afghanistan wie zuvor aus Tschernobyl gelernt.¹⁸

Mit Beginn des Abzugs der sowjetischen Truppen aus Afghanistan endete auch der erste Golfkrieg zwischen Irak und Iran. Nachdem der US-Kreuzer „Vincennes“ am 3. Juli 1988 in der Annahme, auf ein iranisches Kampfflugzeug zu zielen, ein iranisches Passagierflugzeug mit knapp 300 Passa-

¹⁵ Vgl. Begegnung mit Uwe Ronneburger, ND 22.6.1988.

¹⁶ Reichhardt, Hans J.: Chronik des Jahres 1988 - Ereignisse in und um Berlin, in: Berlin in Geschichte und Gegenwart, Jahrbuch des Landesarchivs Berlin 1988, hg. von Hans J. Reichhardt, S. 311.

¹⁷ Vgl. UdSSR und USA verhandeln – Werden wir auch gefragt?, ND 7.9.1988.

¹⁸ Vgl. Der Letzte ging – Die Prawda zieht Bilanz, taz 16.2.1989.

gieren an Bord abschoss, erklärte sich Irans Staatschef Chomeini Mitte Juli bereit, nach Saddam Hussein die UN-Resolution 598 anzuerkennen.¹⁹

3. Europa rückt zusammen

Durch die Amnestie vom Oktober 1987²⁰ besserte sich das internationale Ansehen der DDR. Doch die „Aktion Falle“²¹ sowie die Verhaftungen anlässlich der Liebknecht-Luxemburg-Demonstration (Luxemburg-Demo) am 17. Januar 1988²² wurden von amnesty international und der 3. KSZE-Nachfolgekonferenz²³ wieder kritisch gesehen. Die Wiener Tagung hatte im

¹⁹ UN-Resolution 598 vom Juli 1987 beinhaltete einen verbindlichen Friedensplan zur Beendigung des Ersten Golfkrieges. Die Lieferung von W50 LKW und ausgemusterten Panzern in dieses Krisengebiet war regelmäßig wiederkehrender Vorwurf von Pastoren wie Rainer Eppelmann und anderen an die DDR-Führung. Vgl. Mitschrift Pfarrersgespräch Stadtbezirk Friedrichshain am 18. April 1988, Landesarchiv Berlin C Rep. 104, Nr. 568.

²⁰ Im Rahmen dieser Amnestie aus Anlass des 38. Jahrestages der DDR wurden 1987 etwa 24.000 Gefangene aus dem Strafvollzug entlassen.

²¹ In der Nacht vom 24. zum 25.11.1987 wurde die Berliner Umwelt-Bibliothek (UB) Ziel eines Überfalls des Staatssicherheitsdienstes der DDR (MfS) unter dem Decknamen „Falle“. Stasi-Mitarbeiter und ein Staatsanwalt durchsuchten die Räume der UB im Gemeindehaus der Zionskirche im Prenzlauer Berg. Obwohl sie nicht wie erhofft auf die Herstellung des IFM-Blattes „Grenzfall“ stießen, verhafteten sie trotzdem sieben UB-Mitglieder. Eine beispiellose Solidarisierungswelle begann und endete mit den Freilassungen der sieben. Vgl. Schöne, Jens: Stabilität und Niedergang. Ost-Berlin im Jahr 1987, Schriftenreihe des Berliner Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, Bd. 22, Berlin 2007, S. 57f.

²² Am 17.1.1988 wurden in Ost-Berlin rund 100 Menschen, Ausreiseantragsteller wie auch Mitglieder von Menschenrechts-, Umwelt- und Friedensgruppen der ehemaligen DDR, während einer Gedenkveranstaltung für die 1919 ermordeten Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht festgenommen. Die DDR-Behörden warfen einigen Demonstranten „landesverräterische Beziehungen“ vor. Diese gingen danach zum Teil in die Bundesrepublik Deutschland. Folge war eine Solidarisierungswelle wie bei der Aktion Falle.

²³ Am 1.8.1975 in Helsinki unterschrieben. In dieser Absichtserklärung verpflichten sich die unterzeichnenden Staaten zur Unverletzlichkeit der Grenzen, zur friedlichen Regelung von Streitfällen, zur Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten sowie zur Wahrung der Menschenrechte und Grundfreiheiten. Außerdem wird

November 1986 begonnen und endete am 15. Januar 1989²⁴ mit einer Schlussresolution der 35 Teilnehmerstaaten. Die DDR-Delegation verweigerte bis kurz vor Konferenzschluss die Unterschrift. Nur der Druck aus Moskau konnte sie letztendlich zur Ratifizierung nötigen.

Das Dokument eröffnete die Möglichkeit, die Einhaltung von Menschenrechten in den Unterzeichnerländern zu überwachen. Deshalb verfolgten gerade kirchliche Menschenrechtsgruppen die Nachfolgekonferenz und erarbeiteten eigene Vorschläge. Das Vipperower Friedensseminar formulierte im Sommer 1986 unter dem Titel „Das Helsinki-Abkommen mit realem Leben erfüllen“ ein erfahrungsgesättigtes Papier, das vom Plenum des Friedensseminars beschlossen und an das „Netzwerk für den Ost-West-Dialog“ versandt wurde. Das Netzwerk reichte das Papier weiter an die Wiener Konferenz,²⁵ aber in der DDR blieb es nach wie vor riskant, die Einhaltung der Menschenrechte zu überwachen und zu fordern. Beobachtern wie amnesty international wurde die Einreise verwehrt, während am 26. Juli 1988 in Potsdam 40 Militärs aus 20 KSZE-Staaten eintrafen, um Truppenübungen sowjetischer Streitkräfte und der NVA zu überwachen.

Die ungarische Delegation sprach in Wien vor allem wegen der diskriminierten ungarischen Minderheit in Rumänien die Minderheitenfrage an. Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher legte in einer persönlichen Botschaft an den sowjetischen Außenminister Schewardnadse dar, dass einem baldigen Abschluss der Folgekonferenz vor allem Rumäniens Weigerung im Wege stehe, neue Vereinbarungen im Bereich der Menschenrechte zu treffen.²⁶ Zugunsten der Rechte der ungarischen Minderheit in Rumänien veranstaltete amnesty international Anfang September 1988 in Budapest ein Konzert. Die Schirmherrschaft hatte laut Berliner „Tagesspiegel“ der USAP-ZK-Sekretär Berecz. Unter den 80.000 Zuhörern befanden sich Parteichef

die Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft und Umwelt vereinbart. In Nachfolgekonferenzen soll die Umsetzung der KSZE-Schlussakte in den einzelnen Staaten geprüft werden.

²⁴ Am selben Tag, dem Liebknecht-Luxemburg-Gedenktag, wurde in Leipzig ein Demonstrationzug mit 800 Teilnehmern auseinandergetrieben. Einige Demonstranten wurden verhaftet.

²⁵ Europäisches Netzwerk für den Ost-West-Dialog: Das Helsinki-Abkommen mit wirklichem Leben erfüllen. 1986. In: Themenportal Europäische Geschichte (2007), URL: <http://www.europa.clío-online.de/2007/Article=213>.

²⁶ Vgl. Es geht um die Früchte der Bemühungen von 35 Ländern, Budapester Rundschau 4.7.1988.

Grósz sowie der sowjetische Regierungssprecher Gerassimow.²⁷ Ostblock-intern stand die Achse Ost-Berlin-Prag-Bukarest gegen die Achse Moskau-Budapest-Warschau.

Das Jahr 1988 begann für die *EG* krisenhaft. Auf einem Sondergipfel am 14. Februar in Brüssel einigten sich die 12 *EG*-Regierungschefs, die Agrarausgaben zu senken. Dadurch bedingte Mehrausgaben wurden Kanzler Kohl innenpolitisch angerechnet. Aus Sicht der DDR-Bevölkerung war die Annäherung zwischen *EG* und dem *RGW* bedeutender. Auch hier wurde, wie im KSZE-Prozess, die latente Frontstellung zwischen der Achse Ost-Berlin-Prag-Bukarest gegen die von Moskau und Budapest dominierte liberalere Front innerhalb von *RGW* und Warschauer Pakt²⁸ deutlich. Eine zweitägige außerordentliche Sitzung des *RGW*-Rats in Moskau war im Oktober 1987 ohne Ergebnis zu Ende gegangen. Ungarn und Polen forderten seit geraumer Zeit eine Strukturreform zugunsten von Markt- und Geldbeziehungen im zwischenstaatlichen Handel. Vor dem Hintergrund des „Neuen Denkens“ in der SU war die Chance günstig, dies in Moskau durchzusetzen. Doch Gorbatschow war noch nicht so weit. Polen und Ungarn, die ihre Volkswirtschaften schon weitgehend monetarisiert hatten, standen einem großen Planwirtschaftsblock innerhalb des *RGW* gegenüber.

Im Jahr 1988 wendete sich das Blatt. Michail Gorbatschow ließ durchblicken, dass die sozialistischen Staaten ihr Gesellschaftssystem frei wählen könnten. Er beschnitt die Kompetenz der Planungsbürokratie in der SU und betonte die Eigenständigkeit der Betriebe. Daraufhin verkündete Premierminister Jaruzelski für Polen die zweite Phase seiner Wirtschaftsreformen. Bulgarien begann, seine Volkswirtschaft umzustrukturieren. Die CSSR-Führung dachte leise über Reformen nach und Rumänien wagte keine Experimente. Gorbatschow hatte auf der *RGW*-Tagung im Oktober 1987 in Moskau für verstärkte Direktbeziehungen zwischen den Betrieben der beteiligten Länder plädiert. Bulgarien ging vor diesem Hintergrund im Westen auf Partnersuche für Joint-venture-Unternehmungen. Der im SED-Politbüro für Wirtschaft zuständige Günter Mittag blieb hingegen unflexibel.

Die DDR übergab der *EG*-Kommission am 9. Juni 1988 eine Note, in der sie ihre Bereitschaft zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen und der Entsendung eines Botschafters bekundete. Das ND feierte dies unter dem Titel „Gewinn für mehr Stabilität in internationalen Beziehungen“, ohne auf

²⁷ Vgl. Mehr als 80.000 Zuschauer bei Amnesty-Konzert in Ungarn, Tagesspiegel 8.9.1988.

²⁸ Gegründet 1955. Sozialistisches Gegenstück zur NATO.

ökonomische Implikationen einzugehen. Das tat die „Budapester Rundschau“: Sollte der für 1992 avisierte gemeinsame Binnenmarkt der EG zustande kommen, würde, so der Autor, sich der ohnehin beträchtliche Rückstand der Mitgliedsstaaten des RGW gewaltig steigern. Damit könne die schon seit langem heraufbeschworene Gefahr Realität werden, dass der RGW aus dem Kreislauf der europäischen Wirtschaft herausfiele und sowohl auf dem Kontinent als auch in der Weltwirtschaft keinen nennenswerten Faktor mehr darstelle.²⁹

Dieses Szenario abzuwenden, trafen sich in den ersten Junitagen des Jahres 1988 in Budapest die zuständigen Sekretäre der Zentralkomitees der kommunistischen Parteien der RGW-Mitgliedsländer. Die „Budapester Rundschau“ urteilte, dass im Schlusskommuniqué zur Genüge rhetorische Wendungen und ihres Inhalts eigentlich schon verlustig gegangene Formulierungen enthalten seien. Gleichzeitig seien aber auch ein neuer kritischer Ton und sogar heftige Beanstandungen vor allem in Verlautbarungen außerhalb des Komitees zu vermerken. Für Ungarn war dies wenig überraschend, aber es kam selten vor, dass der Leiter der sowjetischen Delegation das Schema der Arbeitsteilung als veraltet bezeichnete oder der Sekretär der Kommunistischen Partei der CSSR (KPC) ausführte, dass ein wichtiges Element des Fortschritts die stufenweise Schaffung der Kompatibilität der Währungen oder der Wettbewerb seien. Ein Plan sei außerdem nur dann gut, wenn er den Anforderungen des Marktes nachkäme. Der polnische Delegationsleiter sprach trotzdem vom Weiterleben des 19. Jahrhunderts im RGW.³⁰

RGW und EG vereinbarten am 25. Juni 1988 offizielle Beziehungen, die sich auf den Austausch von Informationen im Rahmen eines gemeinsamen Ausschusses beschränkten. Am 15. August nahm die DDR bilaterale Beziehungen zur EG auf. Ungarn ging einen Schritt weiter. Als erstes RGW-Mitgliedsland unterzeichnete es am 26. September in Brüssel ein Abkommen über Zusammenarbeit in Handel und Wirtschaft mit der EG. Durch diese Vereinbarungen sollten die Begrenzungen im Handel bis spätestens zum Jahr 1995 abgebaut werden. Der Stellvertretende Außenminister Ungarns erklärte, dass durch die Unterzeichnung dieses Vertrages die ungarischen Reformen gewürdigt würden, mit deren Hilfe sein Land zum ebenbürtigen Partner der Westeuropäer werden könnte.³¹ Die „Budapester

²⁹ Vgl. RGW vor neuer Herausforderung, Budapester Rundschau 20.6.1988.

³⁰ Vgl. ebd.

³¹ Vgl. Eine Würdigung ungarischer Reformen, Abkommen Ungarn-EG unterzeichnet, Budapester Rundschau 3.10.1988.

Rundschau“ informierte weiterhin darüber, dass ebenfalls am 26. September die diplomatischen Beziehungen zwischen Ungarn und der EG aufgenommen worden waren. Diese weit über den wirtschaftlichen Bereich hinausgehende politische Bedeutung des Abkommens weise, so der Kommentator, auf die Erweiterung des souveränen Spielraums hin und entspreche den Zielsetzungen der ungarischen Außenpolitik, als Brücke zwischen Ost und West zu dienen und sich auf den für 1992 geplanten Binnenmarkt der EG vorzubereiten.³² Die Breschnew-Doktrin war vergessen und die sozialistischen Staaten mehr denn je für ihre eigene Entwicklung zuständig.

3.1. Sowjetunion

Die nach der Niederschlagung des Prager Frühlings im Jahre 1968 vom KPdSU-Vorsitzenden Breschnew verkündete „Breschnew-Doktrin“ von der begrenzten Souveränität jedes realsozialistischen Landes wurde vom Schewardnadse-Sprecher Gerassimow erst im Oktober 1989 offiziell suspendiert. Aber schon zum Abschluss eines fünftägigen Jugoslawienbesuches Ende März 1988 veröffentlichte Gorbatschow in Dubrovnik eine Erklärung, die der Breschnew-Doktrin eine eindeutige Absage erteilte. In ihr hieß es, dass keine kommunistische Partei das Monopol auf die allgemeingültige Wahrheit habe, auch nicht die KPdSU. Die Erfahrungen jeder Partei seien gleichbedeutend, deshalb müsse man den eigenen Weg der Bruderparteien wie auch ihre unterschiedlichen Positionen in der Außenpolitik respektieren.³³

Wirtschaftlich hatte die „Perestroika“³⁴ zu diesem Zeitpunkt das im Juli 1987 verabschiedete Gesetz über Staatsunternehmen und die Entmachtung von Gosplan³⁵ bewirkt. Im Mai 1988 folgte das Gesetz zur Wiederzulassung von Privatunternehmen im Dienstleistungs-, Produktions- und Außenhan-

³² Vgl. Was bringt Ungarn die Vereinbarung mit der EG?, Budapest Rundschau 3.10.1988.

³³ Vgl. Eine neue Ära, taz 21.3.1988.

³⁴ Perestroika (russ.: Umbau). Mitte der 1980er -Jahre von Gorbatschow geprägter politischer Leitbegriff für die Umstrukturierung von Politik und Gesellschaft in der Sowjetunion. Es ging insbesondere um eine Revision des zentralistischen Führungssystems, um eine größere Effizienz der Wirtschaft und um die Einführung marktwirtschaftlicher Elemente in der Wirtschaft.

³⁵ Komitee für die Wirtschaftsplanung der Sowjetunion.

delsbereich. Bereits im Jahr zuvor war das Joint-venture-Gesetz in Kraft getreten, welches ausländische Kapitalinvestitionen in Höhe von 49 Prozent in russische Betriebe, später sogar die Anteilsmehrheit ermöglichte. „Glasnost“ nannte man den Versuch, sowjetische Politik gegenüber der eigenen Bevölkerung transparenter zu machen. Innenpolitisch bedeutete dies eine Lockerung der Rede-, Meinungs- und Pressefreiheit in mehr oder weniger großen Schritten. Am 1. Oktober 1988 wurde Michail Gorbatschow zum Vorsitzenden des Obersten Sowjets gewählt, was ihm weiteren Handlungsspielraum für seine Reformpolitik eröffnete. Repression und Verfolgung fanden weiter statt, allerdings nicht im gleichen Maß wie zuvor. Nach langjähriger Verbannung wurde der Dissident Andrej Sacharow 1988 in die Leitung der Sowjetischen Akademie der Wissenschaften berufen sowie als Parteiloser in den Kongress der Volksdeputierten gewählt. Dessen Sitzungen übertrug das sowjetische Fernsehen neuerdings live.

Manche Zeitungen verstanden sich als legale Opposition innerhalb der SU. Der „Prawda“-Chefredakteur registrierte auf einer Moskauer Parteikonferenz im Juni 1988 eine pressekritische Stimmung unter konservativen Delegierten und folgerte: „Es gibt bei uns keine politische Opposition, und aus bekannten Gründen kann es bei uns eine solche auch nicht geben. Aber die Presse ist und wird - das kann ich versichern - auch in Zukunft eben diese sozialistische Opposition sein.“³⁶

Oppositionsgeist zeigte sich auch in Protesten, die Anfang des Jahres 1988 in den Baltischen Sowjetrepubliken stattfanden. Am 19. Februar demonstrierten in Vilnius, der Hauptstadt der Sowjetrepublik Litauen, 100.000 Menschen für politische Reformen sowie die Unabhängigkeit Litauens. Fünf Tage später demonstrierten trotz Verbots in der Hauptstadt der Sowjetrepublik Estland, Tallinn, etwa 3.000 Menschen für eine Loslösung von der UdSSR.

In Eriwan/Armenien forderten am 23. Februar 120.000 Demonstranten die Anbindung der Region Karabach, die Stalin einst Aserbaidshan zugeschlagen hatte, an die Armenische Republik. Nachdem Mitte März in Sumgait/Aserbaidshan Pogrome gegen Armenier mindestens 32 Tote und knapp 200 Verletzte hinterließen, musste der Oberste Sowjet der UdSSR handeln. Er beschloss am 18. Juli den Verbleib der Region Berg-Karabach in der Sowjetrepublik Aserbaidshan - allerdings unter Auflagen. Als diese Maßnahme nicht griff, setzte die sowjetische Regierung am 24. November Militär ein. Die Folge waren Angriffe auf die sowjetische Armee, Demonstratio-

³⁶ Vgl. Das Glasnostbarometer zeigt Sturm an, Spiegel 29/1988.

nen unter Islamfahnen in Baku sowie Fluchtbewegungen zwischen Armenien und Aserbaidschan. Die innersowjetischen Verständigungsroutinen waren damit Geschichte.

Auch in andere Staaten kam Bewegung. Anfang 1988 verkürzte die Sowjetunion langwierige Ausreiseprozeduren für Reisen in das sozialistische Ausland, und in einigen osteuropäischen Ländern wurden lang angekündigte Reiseerleichterungen Wirklichkeit. Vorreiter war Ungarn, das die Ausreisevisa für das westliche Ausland abschaffte und damit Reisefreiheit ermöglichte, Devisenbesitz vorausgesetzt. Bereits 1987 besuchten 1,1 Millionen Polen den Westen Europas, und die DDR begann immerhin, über Lockerungen für Westreisen nachzudenken. Der rumänische Staatspräsident Nicolae Ceaucescu tat nichts.

3.2. Ungarn

Auf einer Pressekonferenz in London im Mai 1988 erläuterte Karoly Grósz innenpolitische Fragen, vor allem zur Zukunft von Parteichef János Kádár. Sollten auf der bevorstehenden USAP-Parteikonferenz die rund 1.000 Delegierten zu dem Schluss kommen, dass es personeller Veränderungen bedarf und dies auch den Generalsekretär der Partei betrifft, würde Kádár, so Grósz, die Entscheidung akzeptieren.³⁷

Der Kommentar der „Budapester Rundschau“ zur Parteikonferenz vermerkte, dass die Lage in Ungarn außerordentlich sei. Es wurde nicht, wie in Polen, gestreikt, vielmehr verwiesen die immer hitziger geführten Debatten in der Gesellschaft sowie die sich verbreitenden Bürgerinitiativen, Organisationen, Vereine und Klubs darauf, dass die Bevölkerung von der Landesparteikonferenz eine tief schürfende Analyse der derzeitigen kritischen Lage und eindeutige Entscheidungen erwarte. Gorbatschow „und die Anhänger seiner Politik machen [auch] keinen Hehl daraus, dass sich die Perestroika nur in schweren Auseinandersetzungen zum Siege führen lässt und der Erfolg davon abhängt, ob mit dem Stalinismus abgerechnet werden kann. Die Stalinschen Methoden und Strukturen müssen auch aus unserem Leben verbannt werden. Es gilt, die Diktatur der Partei und Staatsbürokratie abzuschaffen.“³⁸

³⁷ Vgl. Über Verhandlungen mit der EG und Veränderungen in der Führung, Budapester Rundschau 16.5.1988.

³⁸ Vgl. Parteikonferenz, Budapester Rundschau 16.5.1988.

Kádár, der seit dem gescheiterten Volksaufstand von 1956 USAP-Vorsitzender war, trat auf dem Parteitag im Mai 1988 von diesem Amt zurück. Sein Nachfolger wurde Karoly Grósz. Am 9. Juni, drei Wochen nach dem Parteitag, stellten sich weitere neue Politbüromitglieder in der populären Live-Fragestunde „Forum“ des ungarischen Fernsehens den Zuschauern. Imre Pozsgay erklärte, dass die auf dem Parteitag vollzogene Wende durch die Ungeduld der Gesellschaft erzwungen wurde. Herkömmliche ideologische Kategorien wie die Klassen seien obsolet, und in einer überarbeiteten Verfassung sollten die Funktionsmodalitäten von Bürgergemeinschaften auf Selbstverwaltungsbasis festgelegt werden, denn die Freiheit der Menschen lasse sich nicht beschränken. Miklos Nemeth kritisierte den konservativen Mechanismus des RGW und führte aus, einen Ausweg könnten nur Lösungen bringen, die die Ware-Geld-Beziehungen berücksichtigten.³⁹ So viel Offenheit führte zur Frontenbildung innerhalb des Zentralkomitees (ZK) der USAP. Am 27. September diskutierte die Parteiführung die Lage der Partei sowie aktuelle Fragen der Innenpolitik. Einige Redner brachten Besorgnisse in Bezug auf die Pluralisierungstendenzen des politischen Lebens und der Öffentlichkeit zum Ausdruck. Eine knappe Mehrheit billigte dennoch ein Papier, das sich für die konsequente Weiterverfolgung der liberalen Linie des Parteitags vom Mai einsetzte. Daneben wurde der Beschluss verabschiedet, einen beratenden gesellschaftlichen Ausschuss beim ZK einzurichten, der in den Prozess der Entscheidungsfindung der Partei auch alternative Standpunkte einbringen sollte.⁴⁰ Am 24. Februar 1989 verzichtete die USAP auf ihren in der Verfassung verankerten Führungsanspruch.

Das ND gab seiner Ungarn-Berichterstattung eine gänzlich andere Tendenz. Am 14. Juni berichtete es über eine Rede Karoly Grósz' vor 500 Kommandeuren der ungarischen Arbeiterkampfgruppen. Grósz stellte laut ND in Aussicht, der Sammlung feindlich-oppositioneller Kräfte sowie der Ausarbeitung und Ausführung ihrer politischen Konzeption in Ungarn nicht tatenlos zuzusehen. Wenn es die Lage erfordere, werde die Führung im Bewusstsein ihrer Verantwortung zu administrativen Mitteln greifen.⁴¹ Die einflussreichste dieser Gruppierungen war das „Demokratische Forum“. Im September 1987 ins Leben gerufen, gab es sich ein Jahr später ein provisorisches Programm, in dem es sich als unabhängige, geistig-politische

³⁹ Vgl. Keine 100 Tage Schonzeit, Budapester Rundschau 20.6.1988.

⁴⁰ Vgl. Zwei-Fronten-Diskussion im ZK, Budapester Rundschau 3.10.1988.

⁴¹ Vgl. Generalsekretär der USAP vor Kampfgruppenkommandeuren, ND 14.6.1988.

Bewegung definierte. Anfang Oktober 1988 zählte die Organisation rund 6.000 eingeschriebene Mitglieder. Reformkräfte innerhalb der kommunistischen Partei gründeten im Herbst 1988 die „Neue Märzfront“. Einer ihrer Führer war Rezso Nyers, der als Vater der ungarischen Wirtschaftsreformen von 1968 auch bei Regimekritikern hohes Ansehen genoss und regelmäßig die Ähnlichkeit der Ziele von Märzfront und Demokratischem Forum betonte.

Das Netzwerk „Freie Initiativen“, das im März 1988 gegründet wurde, wollte die demokratische Opposition einen. Ihr gehörten neben kirchlichen Gruppen ebenso der Fonds zur Unterstützung der Armen, Friedensgruppen, Grüne und freie Gewerkschafter an. Bedeutendste Gruppe in diesem Netzwerk war der „Autonome Bund junger Demokraten“, der seit März 1988 bestand und 1.500 Mitglieder in mehr als 30 registrierten Gruppen versammelte. Sie hofften auf das von Pozsgay angekündigte liberale Vereinsgesetz, das im Dezember 1988 endlich vom Parlament diskutiert werden sollte.⁴²

3.3. Polen

Während der Ungar Karoly Grósz im Oktober 1987 Bonn besuchte, billigte das ZK der Kommunistischen Partei Polens (PVAP) radikale Wirtschaftsreformen. Diese sollten die Verwaltung verkleinern, Privateigentum und leistungsorientierte Entlohnung fördern sowie die Anzahl der Ministerien reduzieren.

Der ebenfalls beschlossene, die Preise erhöhende Subventionsabbau sollte zum besonderen Problem der polnischen legalen und illegalen Gewerkschaften werden. Deshalb lud Anfang Januar 1988 die polnische Regierung den Führer der verbotenen Solidarnosc, Lech Walesa, zu Verhandlungen ein. Bedingung: die wirtschaftlichen und politischen Reformen zu unterstützen und illegale Tätigkeiten aufzugeben - unmöglich für die kampferprobte Solidarnosc. Ende April erfasste deshalb eine Streikwelle polnische Städte. Etwa 20.000 Streikende legten das Eisenhüttenkombinat Nova Huta lahm. Busfahrer mehrerer Städte befanden sich schon länger im Ausstand. Parallel erstarkten die Solidarnosc und ihre Verhandlungsposition. Als die Streiks die Leninwerft in Danzig erfassten, griff die Miliz ein, und Mitte Juni verkünde-

⁴² Vgl. Faule Sache. Voll Misstrauen beobachtet die KP die Gründung unabhängiger Vereine und Gruppen, Spiegel 44/1988.

te das ZK der PVAP personelle Änderungen zugunsten der Reformer im Politbüro.

Man holte Luft, und Mitte Juli ließ sich Gorbatschow während eines viertägigen Besuches in Warschau von der Bevölkerung feiern. Er enttäuschte sie, als er vor dem polnischen Parlament nichts über die von sowjetischen Truppen ermordeten Offiziere von Katyn⁴³ sagte. Die Streikwelle wanderte derweil durch das Land. Von Ort zu Ort, von Betrieb zu Bergwerk. Die Streikforderungen bezogen sich zunehmend auf Lohnerhöhungen und die Wiederzulassung von Solidarnosc. Die immensen Lohnforderungen der Streikenden brachten die Solidarnosc aber in eine Zwickmühle, weil sie dem volkswirtschaftlichen Konzept der Gewerkschaft widersprachen.⁴⁴ Die „Budapester Rundschau“ fragte deshalb „Streik in Polen - kommt die Reform durch?“ Die vom Autor als „die politische Rechte“ bezeichnete Solidarnosc-Opposition, welche früher an keinerlei Art von Sozialismus interessiert war, jedoch am lautesten nach Reformen schrie, kritisierte jetzt die Reformen und setzte auf Streik. Die USA, welche den Einfluss der Weltbank in Polen und Ungarn gern sahen, unterstützten gleichzeitig die um höhere Löhne streikenden polnischen Arbeiter und die Weltbank, die ihrerseits das Konsumniveau der polnischen Arbeiter für zu hoch hielt.

Ende August 1988 wurden erste Ausgangssperren verhängt. Die Situation ähnelte zunehmend der zu Beginn der 1980er-Jahre. Sogar die offizielle Gewerkschaft hielt mittlerweile einen Generalstreik für möglich. Mit jeder gewaltsamen Zerschließung entstanden neue Streikzentren. Als Ende August auch der Papst eingriff, hatte sich die Auseinandersetzung im polnischen ZK zugespitzt und dazu geführt, dass sowohl die Regierung als auch Solidarnosc ohne Vorbedingungen verhandlungsbereit waren.

Am 31. August 1988, dem achten Jahrestag der Unterzeichnung der ersten Vereinbarung zwischen Solidarnosc und Regierung, fand das lange geforderte Zusammentreffen zwischen Lech Walesa und einem Regierungsmitglied in Person von Innenminister Czeslaw Kiszczak statt. Im Anschluss an dieses Gespräch beendeten die Arbeiter in Danzig ihren Streik und Staatschef Jaruzelski verkündete, dass er die „konstruktive Opposition“ an allen Entscheidungsprozessen des Landes beteiligen würde.

⁴³ In einem Wald bei Katyn (Oblast Smolensk) ermordeten zu Beginn des Jahres 1940 Einheiten des sowjetischen Geheimdienstes NKWD mehrere tausend polnische Offiziere und Zivilisten.

⁴⁴ Vgl. Solidarnosc mit Kompromiss auf Erfolgskurs, taz 20.8.1988.

Tatsächlich wandte sich die „Betonfraktion“ innerhalb der PVAP gegen eine Zulassung der Solidarnosc. Nachdem die polnische Regierung wegen der schärfer werdenden Kritik an ihrer Wirtschaftspolitik zurückgetreten war, lobte sogar die „Prawda“ indirekt Walesa. Das polnische Parlament wählte einen Reformpolitiker, der aber zugleich scharfer Kritiker von Solidarnosc war, zum neuen Ministerpräsidenten - Mieczyslaw Rakowski. Er versprach in seiner Antrittsrede, die Politik der künftigen Regierung auf eine breitere Basis zu stellen, indem auch andere gesellschaftliche Kräfte in die Gestaltung der Politik einbezogen werden sollten.⁴⁵

Zunächst wurden katholische Klubs zugelassen, die harte Linie gegen Solidarnosc aber fortgeführt. Um Solidarnosc zu schwächen, sollte eine christdemokratische Partei gegründet werden. Walesa drohte daraufhin, die Gespräche am Runden Tisch zu boykottieren. Für sein neues Kabinett bot Rakowski der Opposition vier Ministersessel an, was die Opposition aber wegen mangelnder Kompetenzzuweisung ablehnte. Nachdem Rakowski drohte, im Dezember die Leninwerft in Danzig zu schließen, eskalierte die Situation. Auch Margaret Thatchers Besuch Anfang November trug nicht zur Beruhigung bei, so dass das Projekt Runder Tisch vorübergehend begraben wurde.

Der Weg zur Verständigung wurde wieder frei durch personelle Beschlüsse des ZK-Plenums kurz vor Weihnachten 1988. Sechs Politbüromitglieder verloren ihre Posten und acht andere, vor allem Reformer, wurden gewählt. Im Rahmen des ZK-Plenums kam es zu einer Diskussion über die Legalisierung der Solidarnosc, an deren Ende Rakowski erklärte, dass die Partei ihre Haltung zur Solidarnosc überprüfen würde. Ende Januar 1989 wurde der seit November unterbrochene Dialog zwischen Regierung und Opposition wieder aufgenommen und am 6. Februar begannen die Gespräche zwischen Staat und Opposition.

3.4. CSSR

Parallel zum Gorbatschow-Besuch in Warschau trafen sich im tschechisch-polnischen Grenzgebiet Oppositionelle beider Staaten. Die Polen Zbigniew Bujak, Adam Michnik und Jacek Kuron diskutierten mit Vaclav Havel und anderen Mitgliedern der Charta 77 die Aufklärung aller weißen Flecken in

⁴⁵ Vgl. Jaruzelski ruft Rakowski, taz 28.9.1988.

der Zeitgeschichte Europas. Dies war gerade in der CSSR nötig. Gehörte sie doch neben Rumänien ideologisch zu den treuesten Verbündeten der DDR. Die KPC sah sich 1988 vor das Problem gestellt, anlässlich seines 20. Jahrestages den öffentlichen Vergleich zwischen dem Prager Frühling von 1968 und der Perestroika zu unterdrücken. Der Nachfolger des damals gestürzten KPC-Vorsitzenden Dubcek, der moskaufromme Gustav Husak, war kurz zuvor vom Altfunktionär Milos Jakes abgelöst worden, was auf ideologische Kontinuität schließen ließ.

Ganz in diesem Sinne übernahm das ND am 8. März einen Artikel des Mitglieds des ZK der KPC und Vorsitzenden der Föderativen Versammlung der CSSR, Alois Indra, mit dem Titel „Die Umgestaltung und die Lehren aus der krisenhaften Entwicklung“. Einleitend stellte er fest, dass die KPC die inspirierende Rolle der KPdSU hochschätze und aufmerksam die Erfahrungen der Sowjetunion und anderer sozialistischer Länder verfolgen würde. Trotzdem sei es in keiner Weise mit der „damaligen Demokratie [Prager Frühling – C.W.], die in Anarchismus überging“, zu vergleichen. Eine typische Erscheinung des damaligen „Demokratismus“ war der massenweise „Abschuss“ von Partei- und Staatsfunktionären. Diese unzulässigen Methoden der Kaderpolitik führten selbst Dubcek, so Indra, zu der Feststellung, dass ihn diese Menschenjagd unter seiner Führung psychisch kaputt mache. Bangten hier Funktionäre um ihre Macht? Der „Spiegel“ interpretierte Indras Text als eine Sammlung aller Argumente gegen Gorbatschow, die feigerweise gegen Dubcek gerichtet war. Schon 1968 war Indra ZK-Sekretär und gehörte zu jenen Moskautreuen, die die Sowjetpanzer ins Land riefen.⁴⁶

Im Herbst wurde allgemein erwartet, dass, den Vorgängen in Ungarn ähnlich, Genossen wie Indra auf einem ZK-Plenum abgelöst und durch Reformer ersetzt würden. Parteichef Jakes tat genau das Gegenteil. Er teilte mit, dass der um einen Reformkurs bemühte Premierminister Strougal und sein Stellvertreter Kolodka zurücktreten würden, wie es am nächsten Tag auch Außenminister Chnoupek tat. Jakes begründete dies mit Alter und Krankheit der Zurückgetretenen. Gleichzeitig präsentierte er aber als Leiter der ZK-Kommissionen für Beziehungen zum Ausland den Bremser Vasil Bielak, für Rechtsfragen Alois Indra und andere ältere, konservative Parteimitglieder.⁴⁷

⁴⁶ Vgl. Nackter Kaiser. Ein Prager Spitzenfunktionär und Feind Moskauer Reformen klagt den Exreformer Dubcek an und meint Gorbatschow, Spiegel 13/1988.

⁴⁷ Vgl. Fünfte Garnitur, Spiegel 39/1988.

Das war nicht weniger als ein systemerhaltender Rückschritt. Die Achse Ost-Berlin – Prag war noch einmal gerettet.

4. Die Deutschen

Der Besuch Honeckers in der Bundesrepublik im September 1987 hatte zur außenpolitischen Aufwertung und Salonfähigkeit Honeckers beigetragen. Auch deshalb begann das Jahr 1988 für ihn außenpolitisch mit einem Erfolg. Er fuhr nach Frankreich, seinem ersten Besuch bei einer der drei alliierten Besatzungsmächte. Der Besuch der anderen beiden, so sah die Planung vor, sollte folgen. Der „Spiegel“ vermutete innenpolitische Gründe Frankreichs hinter diesem Besuch. Der erste Wahlgang der Präsidentschaftswahlen am 24. April stand an und Mitterrand wollte die Sympathien der kommunistischen Wähler erwerben. Danach beabsichtigte Honecker, Margaret Thatcher zu besuchen – die aber empfing nur Reformer wie den Ungarn Grósz⁴⁸.

Dass auch ein Besuch der USA nicht ohne zähen Kampf zu bekommen war, stand fest. Hoffnung machte Anfang Mai 1988 die Reise des für Außenpolitik zuständigen SED-Politbüromitglieds Hermann Axen in die USA. Seine Freude betonend, die er als Häftling bei der Befreiung des KZ Buchenwald durch die amerikanische Armee empfand, wiederholte Axen vor geladenen Gästen im Washingtoner Mayflower-Hotel den Standardspruch deutscher Entspannungspolitik: Je kürzer die Reichweite der Raketen, desto deutscher die Toten.⁴⁹ Immerhin empfing US-Außenminister George Shultz den DDR-Politiker. Vorher hatte der erste Stellvertreter Shultz', John Whitehead, im State Department ein Arbeitsessen zu Ehren Axens gegeben und auch Ex-Weltbankpräsident Robert McNamara empfing ihn noch am selben Tag. Der „Spiegel“ vermerkte süffisant, dass der ehemalige „Weltkriegshauptmann“ und westdeutsche CDU-Politiker Alfred Dregger, der zur gleichen Zeit in Washington weilte, weniger Zuhörer als Axen hatte. Wie Axen wandte auch er sich gegen Ersatz für die wegfallenden Mittelstreckensysteme.

⁴⁸ Kurz nach Honeckers Frankreichreise besuchte der West-Berliner SPD-Landesvorsitzende Walter Momper London, um politische Gespräche zu führen. Unter anderem der künftige britische Botschafter in Bonn, Sir Christopher Mullaby, nahm, so Momper nach seiner Rückkehr, die vielen kritischen Ansätze der SPD in der Berlinpolitik produktiv auf.

⁴⁹ Vgl. Desto deutscher die Toten, Spiegel 19/1988.

me durch Kurzstreckenwaffen. Ansonsten gingen sie sich in der US-Hauptstadt aus dem Weg.

Und wieder machte ein anderer vor, wie man mit Reformpolitik Türen öffnet. Am 27. Juni empfing Ronald Reagan Karoly Grósz im Weißen Haus. Der Präsident der USA bezeichnete das Treffen mit Grósz als das Ergebnis einer 10-jährigen hervorragenden Entwicklung der Beziehungen zwischen beiden Ländern. Er betonte in einer am 31. Juli im ungarischen Fernsehen ausgestrahlten Botschaft an das ungarische Volk, wie er mit Interesse die couragierten ökonomischen Reformen in Ungarn betrachte und den offenen Gedankenaustausch über Demokratisierung, Pluralismus und die größere Rolle von Parlament und Medien unterstütze.⁵⁰ Eine enorme Entwicklung, hatten die USA doch erst am 8. Januar 1988 ihre seit 1952 bestehenden Einreiseauflagen für Mitglieder kommunistischer Organisationen aufgehoben.

Nachdem Kanzler Kohl während seiner EG-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 1988 vergeblich auf einen prestigeträchtigen ersten Besuch Gorbatschows in Bonn gehofft hatte, besuchte er ihn selbst Ende November in Moskau. Dort besiegelten sie das „Ende der Eiszeit“. Offiziell als „Bundeskanzler“, wie in Moskau, besuchte Kohl die DDR nie. Privat tat er das hingegen im März 1988. Honecker hatte ihn 1987 in Bonn zu einem offiziellen Gegenbesuch eingeladen und daneben die Möglichkeit einer privaten Visite angeboten. Während westdeutsche Medien über einen offiziellen DDR-Besuch spekulierten, plante Kohl längst eine private Reise. Bedingung an die DDR: Die Reise müsste geheim bleiben, Journalisten sollten nicht informiert werden, keine Behelligung durch Sicherheitskräfte der DDR und keine offiziellen Gespräche - weder mit Funktionären noch mit Jungpionieren. Trotzdem waren seine Ambitionen politisch. Er wollte sich ein Bild von den Verhältnissen in der DDR machen - und besah sich, ohne es zu wissen, Teile des bald von ihm regierten Gesamtdeutschland. Er passierte am Mittag des 27. Mai den Grenzübergang Herleshausen-Wartha und begann eine dreitägige Rundreise durch die Städte Gotha, Erfurt, Weimar, Dresden und Saalfeld. Einen Mindestumtausch musste er nicht zahlen, und Ausreisewillige steckten ihm in Erfurt Bittbriefe zu. In Dresden besuchte er das Oberligaspiel des letzten Spieltages der Saison zwischen Dynamo Dresden und FC Carl Zeiss Jena. Er wurde erkannt und umgehend auf die Ehrentribüne

⁵⁰ Vgl. Menschenrechtspraxis für Beziehungen eminent wichtig, Budapester Rundschau 8.8.1988.

geführt, wo SED-Bezirkschef Hans Modrow neben ihm saß und der strikten Anweisung folgte, jeden Kontakt zum Bundeskanzler zu meiden.⁵¹

Kohls Besuch kann trotz aller Heimlichkeit als Bestandteil der nach dem Honecker-Besuch in Bonn anhebenden *deutsch-deutschen Besuchsdiplomatie* gewertet werden. Nach seiner Bonn-Reise sprach Honecker in Ost-Berlin bis zu seiner Erkrankung im Juli 1989 mit 24 Politikern aus der Bundesrepublik.⁵² Viele von ihnen gehörten der SPD an, die am 27. August 1987 mit der SED das gemeinsame Papier „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“ unterzeichnet hatte, das unter anderem den Verzicht auf Verleumdungen und Verdächtigungen vorsah. In diesem Sinne veröffentlichten SED und SPD am 7. Juli 1988 einen weiteren gemeinsamen Vorschlag für eine „Zone des Vertrauens und der Zusammenarbeit in Mitteleuropa“. Spannungen blieben trotzdem bestehen.

Eine besondere Fortsetzung erfuhr der SED-SPD-Dialog in Weimar. Dort legten am 7. Mai 1988 Funktionäre des Berliner SPD-Landesvorstandes an den Hinrichtungsstätten Rudolf Breitscheids und Ernst Thälmanns im ehemaligen KZ Buchenwald Kränze nieder. Anschließend trafen Walter Momper, Harry Ristock und Dietmar Staffelt den Leiter der Westabteilung im ZK der SED, Gunter Rettner.⁵³ Der mitgereiste „Welt“-Reporter Karutz schrieb daraufhin einen kritischen Artikel - weniger über die SPD als über die DDR, was das ND am 19. Mai für eine Kolumne nutzte. Der Kommentator warf Karutz vor, dass er erfand, was er in den Debatten nicht fand: Scharfe Kontroversen, fortgesetzte Reglementierungen oder Verunglimpfung Ernst Thälmanns. Laut ND sahen sich das Mitglied des Parteivorstands der SPD in West-Berlin Harry Ristock und andere Reisetilnehmer aufgefordert, mitzuteilen, dass der Welt-Artikel frei erfunden sei.⁵⁴

Kurz darauf feierte die SPD im Berliner Reichstag ihr 125-jähriges Bestehen. Am Vortag, dem 27. Mai, hatte der Parteivorsitzende Hans-Jochen Vogel in Begleitung führender SPD-Politiker und des Leiters der Westabteilung im ZK der SED, Rettner, in der Gedenkstätte Berlin-Friedrichsfelde Kränze an den Gräbern von SPD-Gründern wie Paul Singer, Hugo Hase,

⁵¹ Vgl. Schönfelder, Jan; Erices, Rainer: Kohls geheime Reise in die DDR, in: Deutschlandarchiv, Zeitschrift für das vereinigte Deutschland 2/2007, S. 288-296.

⁵² Vgl. Nakath, Detlef: Deutschlandpolitik, in: Herbst, Andreas; Stephan, Gerd-Rüdiger; Winkler, Jürgen (Hg.): Die SED. Geschichte, Organisation, Politik. Ein Handbuch, Berlin 1997, S. 317.

⁵³ Vgl. Reichhardt, S. 292.

⁵⁴ Vgl. Was Harry Ristock dazu sagt, ND 19.5.1988.

Hermann Müller und Ignaz Auer niedergelegt. Der „Vorwärts“ berichtete am 11. Juni, dass die Stasi die niedergelegten Kränze offenbar entfernt habe. Dies hätten die Nachforschungen des hessischen Bundestagsabgeordneten Heinrich Klein, der sich Anfang Juni privat in Ost-Berlin aufhielt, bei der Friedhofsgärtnerin ergeben.⁵⁵

Einer der ersten CDU-Besucher in Ost-Berlin war am 21. April der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Bernhard Vogel. Am folgenden Tag teilte das DDR-Reisebüro einer Delegation der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit, dass sich eine vom 9. bis 12. Mai geplante Reise nicht realisieren lasse. Das geschah ohne Nennung von Gründen, was Delegationsleiter Eduard Lindner ängstlich und dialogfeindlich nannte.⁵⁶

Den Besuchsaufakt für die kleinere Regierungspartei FDP machte am 4. Februar der frühere Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff. Bundesbildungsminister Möllemann traf später, während eines vier Tage langen Besuchs, den Ost-Berliner Minister für Hoch- und Fachschulwesen Hans-Joachim Böhme, Margot Honecker sowie Kurt Hager und besichtigte, geführt von Professor Laurenz Demps, das Berliner Nikolaiviertel.⁵⁷

4.1. Eine Nation, zwei Staaten: Die Deutschlandpolitik

Einige Wochen später legte die West-Berliner FDP in Person ihres Landes- und Fraktionsvorsitzenden Walther Rasch ein Konzept für die künftige Zusammenarbeit der Bundesrepublik und der DDR unter besonderer Berücksichtigung Berlins vor. Das Papier enthielt Forderungen, welche die FDP-Bundestagsfraktion tags zuvor abgesegnet hatte. Rasch sah nach Konfrontation, Kommunikation und Kooperation eine Phase der Konföderation zwischen der DDR und der Bundesrepublik gekommen. Er wollte zwar nicht die Bündnisse verlassen, aber möglichst viel Gemeinsamkeit trotz Zweistaatlichkeit. Rasch betrachtete einerseits mit Sorge, dass Ministerpräsidenten der Bundesländer eifrig mit Vertretern der DDR-Regierung verhandelten, während der Berliner Bürgermeister aus Statusgründen benachteiligt wurde. Er forderte deshalb, dass keine Bundes- oder Landespolitiker Maßnahmen erwirken dürften, die nicht mit West-Berlin abgesprochen worden waren. Die DDR sollte die Diskriminierung des Westteils beenden sowie die

⁵⁵ Vgl. Staatlicher Kranzdiebstahl, Vorwärts 11.6.1988.

⁵⁶ Vgl. Reichhardt, S. 286.

⁵⁷ Vgl. ebd., S. 296.

Existenz von West-Berliner Bundeseinrichtungen und Bundestagsabgeordneten anerkennen. Im Gegenzug könnte man Ost-Berlin als Hauptstadt der DDR respektieren, wenngleich nicht rechtlich verbindlich akzeptieren.⁵⁸ In ihren Ansprüchen radikaler war im Herbst 1988 die Alternative Liste (AL) West-Berlins. In ihrem für die Abgeordnetenhauswahlen am 29. Januar 1989 aufgestellten Programm forderte sie im deutschlandpolitischen Kapitel eine vorbehaltlose Anerkennung der DDR und Ost-Berlins als ihrer Hauptstadt, die Respektierung der DDR-Staatsbürgerschaft sowie den Verzicht auf Wiedervereinigungsoptionen. Von der DDR erwartete sie die Anerkennung der zwischen West-Berlin und dem Bund gewachsenen Beziehungen und gesamtdeutsch die Reduzierung der alliierten Präsenz auf ein symbolisches Kontingent.⁵⁹

Die SPD-Bundestagsfraktion traf sich zu ihrer Frühjahrstagung am 11. und 12. April 1988 im Berliner Reichstag, wo sie verschiedene Berliner Themen erörterte. Sie forderte in einer Erklärung, Berlin zu einer Hauptstadt des Dialogs zwischen Ost und West zu machen und seine geografische Lage als Ort des kürzesten Wegs zwischen beiden Systemen besser zu nutzen. Die Fraktion lobte auch den CDU-Bürgermeister Diepgen, weil seine Treffen mit Honecker Fortschritte für die Menschen in der Stadt möglich gemacht hatten.⁶⁰

Anfang des Jahres 1988 stand die Deutschlandpolitik auch innerhalb der Regierungspartei CDU zur Debatte. Die Wiedervereinigung, so die CDU-Ministerin für innerdeutsche Beziehungen, Dorothee Wilms, werde es in überschaubarer Zeit nicht geben und der Nationalstaat um seiner selbst willen sei weder der Auftrag des Grundgesetzes noch entspreche er „unserem politischen Bewusstsein“.⁶¹ Wilms interpretierte die nationale Frage vor allem als eine Frage der Selbstbestimmung und betrachtete deswegen die territorialen Aspekte als nachgeordnet.

Nicht nur der innerparteiliche Aufschrei war groß. Eine Kommission des CDU-Bundesvorstandes unter Heiner Geißler sollte das Programm überarbeiten und dabei die Deutschlandpolitik modernisieren. Vor dem Hintergrund des SED-SPD-Papiers wurde vorgeschlagen, den politischen Dialog mit der DDR zu intensivieren. Als Generalsekretär Geißler am 18. Februar die neuen deutschlandpolitischen Thesen vorstellte, führte er ihre Entste-

⁵⁸ Vgl. Ost-Berlin als Hauptstadt respektieren, Frankfurter Rundschau 9.6.1988.

⁵⁹ Vgl. Reichardt, S. 350.

⁶⁰ Vgl. ebd., S. 283.

⁶¹ Vgl. CDU: Abschied von alten Einheitsträumen, Spiegel 7/1988.

hung überwiegend auf die Entwicklung in der UdSSR zurück. Die Leitlinien ernteten nicht nur in der CSU, sondern auch im konservativen Teil der CDU Kritik. Deshalb sollte ein neuer Bundesfachausschuss unter der Leitung des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Minister für innerdeutsche Beziehungen, Ottfried Hennig, die Deutschlandpolitik ins Zentrum des öffentlichen und politischen Bewusstseins rücken. Hennig hatte zuvor seine Ministerin Wilms für ihre zu liberalen Vorschläge kritisiert. Vor allem wollte er den Satz „Die Wiedervereinigung ist derzeit nicht möglich“ aus den Leitlinien, die als Parteitagsvorlage formuliert waren, streichen.⁶² Getilgt wurde letztlich der Satz, dass eine Zustimmung der Nachbarländer Bedingung für eine Wiedervereinigung wäre. Geißlers Formulierung, dass eine Wiedervereinigung jetzt nicht zu erreichen sei, wurde ersetzt durch: „Die Deutschen sind nicht bereit, sich mit der Trennung abzufinden.“ Neu eingefügt wurde die Absichtserklärung, dass die CDU auch in Zukunft immer wieder konkrete Vorschläge für eine aktive Deutschlandpolitik erarbeiten würde, um jede vernünftige Chance zur Überwindung der Teilung Deutschlands zu nutzen.⁶³

Das Berliner Abgeordnetenhaus debattierte am 22. September 1988 die Deutschland- und Berlinpolitik. CDU-Bürgermeister Diepgen rückte den Umweltschutz in den Mittelpunkt seiner Rede unter dem Titel: „Wandel durch Offenheit“. Unter „Fortschritte“ buchte er den neuen Transitübergang Heiligensee und die Möglichkeit für West-Berliner, bei Kurzbesuchen in Ost-Berlin zu übernachten - was bis September schon 60.500 Menschen gemacht hatten. Neben dem Stromverbund, beginnenden Kommunalkontakten und der Verbesserung von Pannenhilfen begrüßte er auch den blühenden Kulturaustausch. SPD-Politiker Walter Momper forderte im Anschluss, dass Berlin der Bewertungsmaßstab für Entspannung bleiben müsse.⁶⁴

Aber was passierte konkret in der Deutschlandpolitik? Nicht viel. Nachdem Volkskammerpräsident Horst Sindermann im Jahr 1986 nur auf Einladung der SPD zu einem Bonn-Besuch aufbrach, traf am 19. April 1988 eine Delegation der LDPD-Fraktion der Volkskammer immerhin den Bundestagspräsidenten Phillipp Jenninger (CDU) und wurde am Abend von Wolfgang Mischnek (FDP) zu einem Essen geladen.⁶⁵ Dazu passte, dass im Sommer

⁶² Vgl. Kein Verzicht auf Wiedervereinigung, taz 23.3.1988.

⁶³ Vgl. Vereinigtes Deutschland geht der CDU über alles, taz 16.4.1988.

⁶⁴ Vgl. Deutschland!, taz 23.9.1989.

⁶⁵ Vgl. Volkskammerabgeordnete bei BRD-Bundestagspräsident, ND 20.4.1988.

fünf bundesdeutsche Landwirtschaftspraktikanten für drei Monate in verschiedenen LPGs der DDR arbeiteten.

Das Trennende überwog weiterhin. Der Bundestag setzte für den 13. Oktober eine Aktuelle Stunde zu den Zensurmaßnahmen der DDR-Führung gegenüber den Kirchenzeitungen an. Alle Fraktionen waren ernüchtert von den Ergebnissen des entspannungspolitischen Kurses der Bundesregierung. Die SPD wollte die Geltung des SED-SPD-Papiers in Ost-Berlin einklagen, und Dorothee Wilms nannte die Vorgänge belastend für das deutsch-deutsche Verhältnis.⁶⁶

Dieser Kritik folgte ein Beitrag Eberhard Diepgens über die DDR für den Bonner Generalanzeiger am 14. Oktober. Die Geltung der KSZE-Dokumente einfordernd, bemängelte Diepgen die Beschränkung der Arbeitsmöglichkeiten für Journalisten und kritisierte direkt Honecker, der parallel zu den Zensurmaßnahmen gelobt hatte, dass die DDR auch künftig der Dialektik und Kontinuität der Erneuerung folgen werde.⁶⁷

4.2. Die nationale Frage oder: Erinnerung ist Vergewisserung

Anfang November 1987 rezensierte die „Süddeutsche Zeitung“ die historische Ausstellung in Ost-Berlin anlässlich der 750-Jahr-Feier. Der Autor fragte, wer das größere Recht an der alten deutschen Hauptstadt habe: Ost-Berlin mit dem historischen Zentrum, welches traditionell in Spannung zum Nationalstaat stand, oder West-Berlin, welches sich gern als Hüter der Kontinuität sah, jedoch auf den erst in den letzten 100 Jahren der Stadt zugeachsenen Teil gebaut war?⁶⁸

Weder Ost- noch West-Berlin taugten im Jahr 1987 so recht als Identifikationssymbol. Die Bundesregierung zeigte sich außerdem unwillig, nach dem Jubiläumsjahr West-Berlin auch noch als „Kulturhauptstadt Europas 1988“ in selbem Maße zu finanzieren.⁶⁹

Joachim Braun, bis 1986 Chefredakteur beim Sender Freies Berlin, bilanzierte deshalb Ende 1987 im „Spiegel“ die Rolle West-Berlins nach dem

⁶⁶ Vgl. SED droht Kirchen mit Lizenzentzug, Die Welt 14.10.1988.

⁶⁷ Vgl. Diepgen, Eberhard: In der Kirche ist Umkehr geboten, Bonner Generalanzeiger 14.10.1988.

⁶⁸ Vgl. Suche nach Geschichte auf getrennten Wegen, Süddeutsche Zeitung 7.11.1987.

⁶⁹ Vgl. Das aufwendige Jubiläumsspektakel war verlorene Liebesmüh, Stuttgarter Zeitung 10.11.1987.

Jubiläumsjahr. Vor dem Hintergrund seiner Annahme, dass es keinen europäischen Staat in Ost und West gebe, der die Wiedervereinigung zulassen würde, könne Berlin, so Braun, nicht Hauptstadt im Wartestand sein. Das hatte Honecker indirekt auch Diepgen klargemacht, als Diepgens Name nicht auf der Gästeliste des Bonn-Besuchs stand. Braun kam zu dem Schluss, dass eine Politik, die nicht nur den Bestand, sondern auch die Zukunft des westlichen Berlin sichern sollte, vor der ungewohnten Aufgabe stehe, sich für den Osten nützlich zu machen. Er schlug vor, das eben vom Senat gegründete Berliner „Institut für deutsche und internationale Politik“ zu einem Treffpunkt der besten Köpfe aus Ost und West zu machen, in dem Gorbatschows gemeinsames europäisches Haus konstruktiv aufgenommen und inhaltlich gefüllt werde.⁷⁰

Genau ein Jahr später schrieb Rolf Schneider⁷¹ im „Spiegel“ über die „deutsche Nation als Gefühl“. Er sah keine moralische Begründung der deutschen Zweistaatlichkeit, allenfalls eine faktische. Linken Gegnern einer offenen deutschen Frage schrieb er drei Motive für ihre Haltung zu: die Pervertierung der Wiedervereinigungsidee durch die Konservativen, die moralische Verschuldung der Deutschen gegenüber der Welt und die normative Kraft der inzwischen geschriebenen Geschichte. Er empfahl ihr, sich zum Vertreter der deutschen Sache zu machen und jenen Platz auszufüllen, der ihr im Spiegelsaal von Versailles vorenthalten blieb. Sie würde damit einen konstruktiven Gegenpart zum verwirrten Auftreten der deutschen Konservativen spielen, welche den Schlüssel für die deutsche Wiedervereinigung immerzu in Moskau einklagten, nachdem sie ihn selbst zuvor in Brüssel und Rom hinterlegt hätten. Schneider konstatierte ein gen Null tendierendes Interesse der Westdeutschen an den Vorgängen in der DDR, was im reziproken Verhältnis zur anwachsenden Informationsflut über den östlichen Staat stehe. Abschließend schrieb er der Mehrzahl der Bewohner beider deutschen Staaten ein diffuses Gefühl zu, welches ausreiche, um die nationale Idee mit einer satten Mehrheit auszustatten.⁷²

Dieses Gefühl hatte die DDR-Führung längst entdeckt und im Rahmen ihrer Möglichkeiten ausgebeutet. Die Preußenrenaissance kam 1988 langsam in

⁷⁰ Vgl. Berlin ist keine Hauptstadt, Spiegel 21.12.1987.

⁷¹ Geboren am 17.4.1932 in Chemnitz, zählte 1976 zu den Unterzeichnern der Protestresolution gegen Wolf Biermanns Ausbürgerung. Durch Reisevisum hatte er die Möglichkeit, in der DDR und der Bundesrepublik zu arbeiten. Nach einem Protestbrief an Erich Honecker erfolgte sein Ausschluss aus dem Schriftstellerverband der DDR.

⁷² Vgl. Die deutsche Nation als Gefühl, Spiegel 49/1988.

die Jahre und abermals wurde versucht, sie mit Jubiläen aufzufrischen. Nicht nur die bekannteren Vorgänge erhielten mediale Präsenz. Der ost-deutsche Historiker Ernst Engelberg referierte Anfang März 1988, vom PEN-Zentrum der DDR in den Klub der Kulturschaffenden Johannes R. Becher eingeladen, vor dicht gedrängten Reihen über die Arbeit an seiner zweibändigen Bismarck-Biografie.⁷³

Drei Monate später fuhr der Chef des Hauses Hohenzollern, Prinz Louis Ferdinand von Preußen, als Gast der evangelischen Kirche erstmals nach Ost-Berlin, wo die Evangelische Kirche der Union (EKU) des 300. Todestages des Großen Kurfürsten gedachte. Zu diesem Akt war auch der West-Berliner Bürgermeister Diepgen eingeladen. In dieser Feierstunde wurde der Sarkophag des Großen Kurfürsten in der Domgruft für die Öffentlichkeit wieder zugänglich gemacht. In Potsdam würdigte eine Ausstellung den Großen Kurfürsten und in West-Berlin wurde Anfang August am S-Bahnhof Halensee ein Gedenkstein mit Nachbildungen der Porträts Prinzessin Louise Henriettes von Oranien-Nassau und des Großen Kurfürsten enthüllt. Die Heilkraft der Erinnerung war beschworen.

Vor einem gesamtdeutschen Kirchengremium trug der Schweriner Bischof Christoph Stier Ende September 1988 Gesichtspunkte zum Thema „Die Identität der Deutschen in Ost und West - Nation und Staatsbürgerschaft“ vor. Er stellte fest, dass das entscheidende Moment, das Bewusstsein der Zusammengehörigkeit, fortbestehe. Mit dem Nationenbegriff lasse sich theologisch verantwortlich mit Hilfe der drei Stichworte Haftungsgemeinschaft, Verantwortungsgemeinschaft und Solidargemeinschaft operieren. Letztendlich könne man von der deutschen Nation ohnehin nur noch innerhalb des europäischen Hauses reden.⁷⁴

Im Jahr 1987 beobachtete das MfS, wie der Theologe und Bürgerrechtler Stephan Bickhardt gemeinsam mit anderen die gesamtdeutschen Ideen der Deutschen Freundschaftsgesellschaft, der Vorläuferin der heutigen Deutschen Gesellschaft, in der DDR publizierte. Etwas später schrieb der Erfurter Pfarrer und Bürgerrechtler Edelbert Richter „Zweierlei Land, eine Lektion - Konsequenzen aus der deutschen Misere“. Richter begann schon 1985, über eine Konföderation beider deutscher Teilstaaten nachzudenken. 1987 veröffentlichte er seinen Aufsatz über Abgrenzung und nationale Identität. Er plädierte dafür, dass eine neue nationale Identität derer, die sich wie die deutschen Staaten an der Front der beiden großen Systeme befänden, nur

⁷³ Vgl. Interessantes vom Werden einer Bismarck-Biographie, ND 4.3.1988.

⁷⁴ Vgl. Besier, Gerhard: Der SED-Staat und die Kirche, München 1995, S. 307.

an der übernationalen Aufgabe der Vermittlung zwischen ihnen gewonnen werden könne.⁷⁵ Richters Text stand in der Tradition eines Offenen Briefes von Robert Havemann an den starken Mann des Ost-Blocks, Leonid Breschnew, vom 20. September 1981. In ihm forderte Havemann die Überwindung der Teilung Europas durch Friedens- und Abrüstungsverträge sowie die Wiedervereinigung Deutschlands. In dessen Teilung sah Havemann die „Voraussetzung der tödlichsten Bedrohung, die es in Europa jemals gegeben hat“. Politiker und Bürgerrechtler hatten somit schon vor dem Jahr 1989 die nationale Frage entdeckt – wenn auch mit unterschiedlichen Schlussfolgerungen.

4.3. Die Mauer bleibt der konstitutive Makel der DDR

Für die Vermittlung zwischen den Blöcken war Berlin prädestiniert. Spätestens mit dem Briefwechsel der beiden evangelischen Berliner Bischöfe, Gottfried Forck und Martin Kruse, zum 25. Jahrestages des Mauerbaus im Jahr 1986 waren die Mauer und ihre Überwindung wieder zum Thema der kirchlichen Basisgruppen geworden.

Der Berliner Bürgerrechtler Ludwig Mehlhorn teilte die Auffassung Bischof Forcks, dass die Mauer Folge deutscher Schuld und nicht ein unverschuldetes Verhängnis sei. Mehlhorn sah das monströse Bauwerk aber nicht als das Ergebnis des Zweiten Weltkrieges, sondern als Resultat der Konferenzen von Jalta und Potsdam. Die Entspannungspolitik der 1970er-Jahre hätte die Teilungsfolgen zwar gemildert, die kommunistischen Regimes würden dennoch weiterhin ihre Parteidiktaturen aufrechterhalten. Demokratischer Wandel in diesen kommunistischen Ländern und die Überwindung der Blockstrukturen inklusive der deutschen Teilung seien zwei Seiten ein und derselben Medaille. Dieser Gedanke wurde von Mehlhorn und anderen in einen Synodenantrag gegossen, um die Kirche zu veranlassen, sich nicht nur gegen „Geist und Logik der Abschreckung“ zu wenden, sondern auch „Praxis und Prinzip der Abgrenzung“⁷⁶ zu thematisieren. Der Antrag beabsichtigte

⁷⁵ Vgl. Richter, Edelbert: Abgrenzung und nationale Identität, in: Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung, Berlin 1987, S. 69-72.

⁷⁶ Im April 1987 brachten die Initiatoren einen Antrag an die Synode der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg ein. Sie sollte eine Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung aussprechen sowie gleichzeitig für Reisefreiheit eintreten. Der Antrag lehnte sich bewusst an die „Absage an Geist, Logik und Praxis der Abschreckung“ an, wel-

te ein Ausgreifen des oppositionellen Dialogs über die traditionellen Milieus hinaus. Deshalb wurde das allgemeine Problem „Freizügigkeit“ in dem Antrag behandelt, auch wenn nicht das Ende des Einparteiensstaates oder freie Wahlen gefordert wurden. Dies war ein erster kleiner Schritt, die nationale Frage zu enttabuisieren.⁷⁷

Trennendes der jüngeren Geschichte wurde von der SED nicht vergessen. Das ND druckte am 20. Mai ein laut sowjetischer Nachrichtenagentur Tass bisher unbekanntes Dokument, das von den Versuchen der sowjetischen Führung zeugen sollte, nach Kriegsende die Spaltung Deutschlands zu verhindern. Diese Arbeitsaufzeichnungen zu einem Gespräch vom 2. August 1948 im Kreml zwischen Stalin und den Botschaftern der USA und Frankreichs sowie Großbritanniens erklärten dem Leser einerseits die Hintergründe für die Berlin-Blockade, andererseits die tiefe Schuld der Westalliierten an der Spaltung Deutschlands.⁷⁸

Wiederum ein Tass-Kommentar erinnerte den ND-Leser Ende 1987 daran, dass entgegen aller westlichen Erwartungen die Sowjetunion die Mauer gegen alle Angriffe verteidige. Gerade gegen Angriffe aus den USA, die an ihrer Grenze zu Mexiko (drei Meter hohe Metallzäune, „höher als die Berliner Mauer“) jährlich eine halbe Million Grenzverletzer stellen würden.⁷⁹

Am 25. Februar berichtete die Zeitung, begleitet von zwei großen Fotos der Sicherungsanlagen, abermals von der 422 Millionen Dollar teuren Grenzbefestigung zwischen den USA und Mexiko. Bis an die Zähne bewaffnete Grenzpatrouillen bedienten sich ihrer Erfahrungen aus dem Vietnamkrieg, so dass amerikanische Zeitungen von einer regelrechten Kampfzone berichten würden. Nicht selten fielen Schüsse, so der Autor. Jeden Tag würden nach amerikanischen Angaben im Durchschnitt 3.000 Menschen festgenommen.⁸⁰

che die Synode des BEK als friedenspolitisches Bekenntnis bereits 1983 aussprach. Noch 1987 fanden Seminare zum Abgrenzungs-Antrag statt und der BEK befasste sich im September 1987 und 1988 mit dem Thema Abgrenzung in der Gesellschaft.

⁷⁷ Vgl. Mehlhorn, Ludwig: Die DDR-Opposition und die nationale Frage in den achtziger Jahren, in: Neubert, Ehrhart; Eisenfeld, Bernd: Macht - Ohnmacht - Gegenmacht, Bremen 2001, S. 183-188.

⁷⁸ Vgl. Bisher unbekanntes Dokument über die Geschichte der Spaltung Deutschlands, ND 20.5.1988.

⁷⁹ Vgl. Zu Behauptungen der westlichen Propaganda, ND 19.12.1987.

⁸⁰ Vgl. Die USA zwischen Schein und Wirklichkeit, Die Grenze zu Mexiko wurde zu einer regelrechten Kampfzone, ND 25.2.1988.

Trotzdem, die Haltung der Sowjetunion änderte sich nach und nach auch bezüglich der Mauer. Am 9. Juni sagte der Leiter der Abteilung Außenpolitik der Moskauer Akademie der Wissenschaften, Wjatscheslaw Daschtschew, vor Journalisten in Bonn, dass die Berliner Mauer ein Überrest des Kalten Krieges sei und das Dasein der Menschen belaste. Er sei der Meinung, dass sie mit der Zeit verschwinden müsse. Die ostdeutsche Nachrichtenagentur ADN bezeichnete in einem Kommentar am 10. Juni das Statement als untergeschoben und am 17. Juni, dem Tag der Deutschen Einheit, sprach Gennadi Gerassimow, Sprecher des sowjetischen Außenministeriums, vom persönlichen Standpunkt Daschtschews, den die bundesrepublikanische Presse tendenziös wiedergegeben habe.⁸¹

Der zweite Sekretär der sowjetischen Botschaft in der Bundesrepublik, Juri Akwilianow, hingegen erklärte am 2. Juni auf einer Veranstaltung der deutschen Burschenschaften in Bonn, dass Grenzen zwar gesichert werden müssten, doch was Schüsse angehe, „dies heute sehr unmenschlich aussähe“. Dies sei sein Urteil als Bürger und Mensch. Er glaube außerdem, dass es nicht die Moskauer Befehle waren, die dazu geführt hätten, was jetzt an der Grenze passiere.⁸²

Der Jahrestag des Mauerbaus am 13. August folgte den auf beiden Seiten der Mauer bekannten Ritualen. Das ND, die „Junge Welt“ wie auch die „Berliner Zeitung“ berichteten breit über die Kampfgruppen der Arbeiterklasse, die damals auf Friedenswacht vor das Brandenburger Tor zogen. Sie erinnerten mittels zeitgenössischer Dokumente an den Mauerbau und Erich Honecker, der zu dieser Zeit als Sekretär des Nationalen Verteidigungsrates vom Ost-Berliner Polizeipräsidium aus den Mauerbau anleitete.⁸³

In West-Berlin legten Abgeordnetenhauspräsident Peter Rebsch und Bausenator Georg Wittwer am Mahnmal für die Opfer des Stalinismus auf dem Steinplatz Kränze nieder. Der US-Bürger Joseph Werner hielt am Checkpoint Charlie wie schon in den vergangenen sieben Jahren seine zwölfstündige Mahnwache ab, und die „Arbeitsgemeinschaft 13. August“ registrierte, dass seit dem Mauerbau 188 Fluchtversuche tödlich endeten, davon 111 an der innerdeutschen Demarkationslinie und 77 an der Mauer um West-Berlin.

⁸¹ Vgl. Reichhardt, S. 305 und: Daschtschew falsch verstanden, ND 10.6.1986, sowie: UdSSR-Sprecher zu Äußerungen von Daschtschew, ND 18.6.1988.

⁸² Vgl. Reichhardt, S. 317.

⁸³ Vgl. ebd., S. 326.

Am Brandenburger Tor bewarfen am 13. August von West-Berlin aus Demonstranten Grenztruppen und Grenze mit Knallkörpern und entzündeten einen Holzstapel, auf dem sie eine sowjetische Flagge verbrannten. Luftballons mit der Aufschrift „Die Mauer muß weg“ landeten in Ost-Berlin⁸⁴, während auf der Ostseite des Brandenburger Tores Antragsteller auf Ausreise eher still demonstrierten. Dem MfS „hinlänglich bekannte Demonstrativtäter“ forderten an der Grenzübergangsstelle Friedrich-/Zimmerstraße die Übersiedlung ihrer in der DDR verbliebenen Verwandten.⁸⁵

Die Mauer war auch ständiges Anliegen des Berliner Kardinals Joachim Meisner. In seiner Silvesterpredigt am Jahresbeginn in der Ost-Berliner Sankt-Hedwigs-Kathedrale sagte er, dass die Wunden der Kriegsbombardierung wieder geheilt seien. Anschließend fragte er, ob schon deshalb ein Ort der Geborgenheit entstanden sei. Und weiter, „ob alle Mauern nur Schutz bieten, oder den Menschen nicht auch Trennung aufnötigen“.⁸⁶ Noch eindeutiger wurde er Anfang Mai 1988 anlässlich der Weihe für das von Otto Dix gemalte Triptychon „Madonna vor Stacheldraht und Trümmern mit Petrus und Paulus“. Dieses war dem Bistum Berlin vom Berliner Senat als Dauerleihgabe für die Marienwallfahrtsstätte im West-Berliner Stadtteil Mariendorf überlassen worden. Der Kardinal verwob das Bild des Triptychons mit der Lage Berlins und führte aus, dass keine europäische Stadt in diesem Jahrhundert durch Stacheldraht, Absperrungen und Mauern mehr geschändet worden sei als Berlin. Das marxistische System hebe den Klassenkampf auf jene Höhe empor wie das Evangelium die Liebe. Maria hinter dem Stacheldraht passe deshalb gut zu den Berlinern.⁸⁷

Andere, unmittelbar mit der Spaltung Berlins verbundene Ereignisse hatten 1988 ihren 40. Jahrestag. Nach einer kurzen Feier auf dem Frankfurter Rhein-Main-Flughafen flogen am 23. Juni die Botschafter der Westmächte

⁸⁴ Am 24. November ließen Unbekannte von Tiergarten aus Ballons mit der Aufschrift „Menschen - Menschenrechte - Menschlichkeit. Artikel 12 KSZE“ in die DDR fliegen, die vom MfS geortet und eingesammelt wurden. Vgl. BStU, MfS, HA VII, Nr. 523, Bl. 333.

⁸⁵ Vgl. Information über Vorkommnisse im Zusammenhang mit dem 27. Jahrestag der Errichtung des antifaschistischen Schutzwalls, BStU, MfS, HA VII, Nr. 523, Bl. 141-142. Unter den Demonstranten war (wahrscheinlich) auch Jutta Gallus, die 13 Tage später ihre zwei Töchter aus den Händen des Anwalts Vogel zurückerhielt. Vgl. Die Frau vom Checkpoint Charlie, TV-Spielfilm, 2006/2007.

⁸⁶ Vgl. Kardinal fragt in Ost-Berlin nach der Mauer, Die Welt 2.1.1988.

⁸⁷ Vgl. Meisner verurteilt „berüchtigte Mauer“, Die Welt 7.5.1988.

und Parlamentspräsident Rebsch aus Anlass des 40. Jahrestages des Beginns der Luftbrücke zum Flughafen Tempelhof, wo sie auf dem Platz der Luftbrücke Kränze niederlegten, an die Opfer der Luftbrücke erinnerten und die Garantien der Alliierten für den Westteil der Stadt bekräftigten.⁸⁸ Ende November gedachten Diepgen und Parlamentspräsident Rebsch der Spaltung der Stadtverwaltung von Groß-Berlin vor 40 Jahren. Am 30. November 1948 hatte eine außerordentliche Stadtversammlung der SED im Admiralspalast an der Friedrichstraße den gewählten Magistrat für abgesetzt erklärt und einen provisorischen Magistrat unter Oberbürgermeister Fritz Ebert bestellt. Am Tag darauf, dem 1. Dezember 1948, wurde dem amtierenden Oberbürgermeister Friedensburg (CDU) durch ein Polizeikommando das Betreten seines Dienstsitzes im Neuen Stadthaus in der Parochialstraße verwehrt. Diese Vorgänge, so Diepgen, trieben die Spaltung Berlins voran und ihrem Höhepunkt, dem Mauerbau, zu.⁸⁹ Zwei Monate nach Diepgens Worten, am 6. Februar 1989, fand mit dem Schlosser Chris Gueffroy zum letzten Mal ein DDR-Bürger beim Versuch, von Ost- nach West-Berlin zu fliehen, durch die Schüsse eines Grenzsoldaten den Tod. Die Mauer blieb auch 1988 das, was sie seit mittlerweile 27 Jahren war: ein sichtbares Zeichen für die mangelnde Fähigkeit der SED, für ihre Politik eine Mehrheit der eigenen Bevölkerung zu finden.

4.4. Die Ausreiseantragsteller

Waren die Mauertoten äußerst nachteilig für das außenpolitische Image der DDR, erzeugten zusätzlich die etwa 250.000 Antragsteller auf ständige Ausreise schon seit Jahren enormen innenpolitischen Druck. Gingen im Jahr 1987 noch 18.958 Menschen in den Westen, sollten es 1988 bereits 39.832 Ausreiser sein, welche die DDR in Richtung Bundesrepublik verließen. Die Absage an das System konnte kaum sichtbarer demonstriert werden.

Über das ganze Jahr 1988 berichtete das ND unter Überschriften wie „Unfall an Grenzübergangsstelle“ und „Festnahme wegen Transitmissbrauchs“ von in der Regel missglückten Flucht- oder Schleusungsversuchen. Wenige Informationen hingegen lieferte das ND zur ersten Botschaftsbesetzungs-

⁸⁸ Vgl. Reichhardt, S. 312.

⁸⁹ Vgl. An Spaltung der Berliner Stadtverwaltung vor 40 Jahren erinnert, Tagesspiegel 1.12.1988.

welle seit 1984. So wurden laut West-Berliner Medien am 28. August 1988 sechs DDR-Bürger, die sich seit drei Tagen in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik (STÄV) aufhielten, um ihre Ausreise zu erzwingen, durch eine geräuschlose Lösung wieder in die DDR entlassen. Die DDR-Behörden hatten ihnen Straffreiheit garantiert - ohne eine Zusicherung auf Ausreise zu geben.

Am 29. August erklärte ein Sprecher der Britischen Botschaft in Ost-Berlin, dass aus den gleichen Gründen drei Familien Zuflucht gesucht hätten, jetzt aber aus freien Stücken gegangen seien.⁹⁰ Knapp zwei Wochen später, unmittelbar vor dem Besuch des dänischen Ministerpräsidenten Poul Schlüter, besetzten 18 Thüringer die dänische Botschaft. Am 12. Oktober verurteilte das Stadtbezirksgericht Lichtenberg sieben daran beteiligte Männer zu Freiheitsstrafen mit Bewährungsfristen von zwei Jahren. Sie hatten sich im Gegensatz zu den Besetzern der STÄV geweigert, der Aufforderung der DDR-Behörden nachzukommen, die Botschaft freiwillig zu verlassen und die wohlwollende Prüfung der Ausreiseanträge abzuwarten. Laut „Welt“ hatten in der Nacht Volkspolizisten in Zivil die Besetzer verhaftet, was in Dänemark zu großer Empörung sowie zu einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss führte.⁹¹

Einen Monat später erließ die DDR-Regierung eine Reiseverordnung, welche erstmals auch Antragsverfahren auf ständige Ausreise enthielt.

Der wohl prominenteste DDR-Flüchtling des Jahres 1988 war im Januar die deutsch-deutsche Fußballlegende Jürgen Sparwasser, der von einer Reise in die Bundesrepublik nicht zurückkehrte. Seine Teilnahme an einem Mattenspringen in Hinterzarten nutzte im August 1988 auch die DDR-Skisprunglegende, Vierschanzentournee-Sieger, Skiflug-Weltmeister und Olympiasieger Hans-Georg Aschenbach zur Flucht.

Die wohl kurioseste Ausreise des Jahres 1988 unternahm der Rostocker Klaus Müller. Nach langjähriger Vorbereitung gelang es ihm in der Nacht zum 8. Juni 1988, mit einem Schiff von Hiddensee nach Gedser in Dänemark zu segeln. Er tat es nicht aus politischen oder wirtschaftlichen, sondern aus kulturhistorischen Gründen. Einmal in seinem Leben wollte er auf den Spuren des Dichters Gottfried Seume dessen Spaziergang nach Syrakus aus dem Jahr 1802 selbst erwandern. Nachdem er diesen glücklich beendet hatte, ging er, nicht umstandslos, wieder zurück in die DDR. Die Stasi verhörte ihn in Rostock, stellte am 11. November 1988 das Verfahren gegen

⁹⁰ Vgl. Reichhardt, S. 329.

⁹¹ Vgl. Bewährungsstrafen in Ost-Berlin, Die Welt 13.10.1988.

ihn aber ein.⁹² So, wie die Mauer blieb, verblieben auch die damit verbundenen Probleme: Fluchtversuche und Ausreisebemühungen klangen 1988 nicht ab.

4.5. Die Wirtschaft - Widerspruch zwischen Ideal und kollektiver Wirklichkeit

Ausreiseanträge und ihnen zugrunde liegende frustrierende Lebenslagen waren nicht nur politisch, sondern auch ökonomisch bedingt. Das monatliche Durchschnittseinkommen eines vollbeschäftigten Arbeiters betrug im Jahre 1988 laut Statistischem Jahrbuch der DDR 1.269 Mark.⁹³ Aber was hieß das schon, wenn man beispielsweise im Bezirk Frankfurt (Oder) am 31. Dezember 1987 einen „Wartburg Tourist“ bestellte und damit rechnen musste, ihn erst nach über 16 Jahren im Juni 2004 in Empfang nehmen zu können?⁹⁴ Unklar war überdies, was er dann kosten würde. Günther Schabowski lobte auf der 13. Berliner Bestarbeiterkonferenz am 17. September 1988 den neuen Wartburg. Man habe einen neuen Motor entwickelt, der sich konstruktiv grundsätzlich von dem bisherigen Zweitaktmotor unterscheide und zugleich dem wissenschaftlich-technischen Höchststand entspreche. Dass Schabowski dermaßen detailliert auf den Wartburg einging, war dem Protest ganzer Arbeits- und auch Parteigruppen geschuldet, der wegen des hohen Preises für das Auto an zentrale Staats- und Parteiorgane gerichtet war. Die Subventionen für Grundnahrungsmittel könnten, so einige Petenten, ruhig abgeschafft werden, wenn Autos dadurch billiger würden. Man erwarte vom Leben schließlich mehr als billige Brötchen.⁹⁵ Gerüchte, vor allem Spekulationen über Preiserhöhungen, beschäftigten Partei und Staatsführung durchgehend. Der Zentralvorstand der Gewerkschaft Handel, Nahrung und Genuss berichtete von Diskussionen über

⁹² Vgl. Delius, Friedrich Christian: Der Spaziergang von Rostock nach Syrakus, Erzählung, Reinbek bei Hamburg 1995.

⁹³ Vgl. Geldeinkommen der DDR-Bevölkerung 1950-1988, in: Judt, Matthias (Hg.): DDR-Geschichte in Dokumenten, Berlin 1997, S. 191.

⁹⁴ Vgl. Wartezeiten bis zur Realisierung von Pkw-Bestellungen ohne Hauptstadt Berlin und Arbeiterversorgung der Wismut nach Angaben der Bestellerhebung des VEB IFA-Vertrieb Karl-Marx-Stadt per 31.12.1987, in: Judt, S. 141.

⁹⁵ Vgl. Hinweise zur Reaktion der Bevölkerung auf die Veröffentlichungen zum Personenkraftwagen „Wartburg 1.3“, September 1988, BStU, MfS, Z 4241, Bl. 2f.

Preiserhöhungen von Schuh- und Lederwaren. Diese gingen oftmals davon aus, dass die Kindergelderhöhung oder die erwartete Rentenerhöhung 1989 nur ein Trick waren, um die steigenden Schuhpreise auffangen zu können. Die Gewerkschaft forderte deshalb für die politisch-ideologische Arbeit eine offizielle Aussage des Ministeriums für Finanzen über mögliche Veränderungen der Preise.⁹⁶

Nicht zuletzt die Unzufriedenheit der Bürger sowie das Besorgen von knappen Gütern führte 1988 zu einem signifikanten Anstieg des „Bummelantentums“, dem Fernbleiben vom Arbeitsplatz.⁹⁷

Aber nicht nur mangelhafte Motorisierung und Fußbekleidung, sondern auch die teilweise äußerst schlechte Versorgung mit Wohnraum ließ viele DDR-Bürger über eine Ausreise in die Bundesrepublik nachdenken. Honecker übergab Derartiges öffentlich und übergab gemeinsam mit dem Ost-Berliner Oberbürgermeister Erhard Kraak auf einem „begeisternden Meeting“ von 5.000 Bauarbeitern und Bewohnern in der Erich-Kochan-Straße 72 in Hohenschönhausen am 12. Oktober dem Dachdecker Mario Fischer und seiner Familie die dreimillionste seit dem VIII. SED-Parteitag 1971 gebaute Wohnung.⁹⁸ Jenseits solcher Propagandaveranstaltungen sah die Realität anders aus. Tatsächlich galt der Wohnungsbestand Ende der 1980er Jahre zu 42 Prozent als verschlissen. 53 Prozent aller Krankenhäuser und 56 Prozent aller öffentlichen Gebäude wurden während der gesamten DDR-Zeit nicht ein einziges Mal renoviert.⁹⁹

Einen Monat vor der Wohnungsübergabe überreichten die Jenaer Carl Zeiss Werke den ersten dort mit großem Aufwand hergestellten 1-Megabit-Speicherschaltkreis an den SED-Chef. Dieser sah darin eine wissenschaftlich-technische Spitzenleistung, obwohl feststand, dass die Chipproduktion unrentabel war und Produkte ähnlicher Qualität auf dem Weltmarkt nur wenige Dollar kosteten. Das Prestigeobjekt war teuer, brachte ökonomisch aber kaum Vorteile.

Bereits am 14. Juni 1988 hatte sich das SED-Politbüro mit der Nichterfüllung des Planes von 1987 befasst. ZK-Wirtschaftssekretär Günter Mittag

⁹⁶ Vgl. Informationen des Zentralvorstandes der Gewerkschaft Handel, Nahrung und Genuss zur Diskussion über Preiserhöhungen bei Schuh- und Lederwaren 11. April 1988, in: Judt, S. 141-142.

⁹⁷ Vgl. von zur Mühlen, Patrick: Aufbruch und Umbruch in der DDR, Bonn 2000, S. 194.

⁹⁸ Vgl. Reichhardt, S. 354.

⁹⁹ Vgl. von zur Mühlen, S. 193.

nahm dafür die Generaldirektoren der Kombinate sowie die zuständigen Minister in die Verantwortung. Ministerratsvorsitzender Willi Stoph wehrte sich gegen diese plötzliche Verlagerung der Verantwortung vom Politbüro auf den Ministerrat und rückte damit an die Seite von Gerhard Schürer, der als Vorsitzender der Staatlichen Plankommission bereits im Monat zuvor wegen der hohen Westverschuldung einen radikalen Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik gefordert hatte.

Die auf Autarkie zielenden Investitionen in die Mikroelektronik waren ineffizient. In den Jahren zuvor hatte die DDR-Wirtschaft in Branchen wie Chemie, Maschinenbau und auch in der Bauindustrie Investitionen stark vernachlässigt, worunter die Exportfähigkeit litt. Die ostdeutschen Verbraucher verstanden nicht, warum ein Industriestaat die Konsumversorgung der Bevölkerung nicht sichern konnte. Problematisch wurde, dass viele der Ausreiseantragsteller Ärzte, Techniker und Wissenschaftler waren, was die Innovationskraft und das Sozialsystem nachhaltig in Frage stellte. In Berlin registrierte das MfS im Frühjahr 1988 im Klinikum Buch 19, in der Charité 18 und im Krankenhaus Friedrichshain 7 Ärzte mit Ausreiseantrag.¹⁰⁰ Vor allem die gut Ausgebildeten verließen das Land, und neben den politischen Motiven war dafür der schlechte Zustand der DDR-Wirtschaft ein ausschlaggebender Grund.

4.6. Jugend

Zu den Befürchtungen der Machthaber um die soziale Versorgung kam die berechtigte Sorge, dass die ideologischen Bindungskräfte zur Jugend zerfielen. Dies kaschierten die rund 40.000 Jung- und Thälmannpioniere aus der gesamten DDR, die zum VIII. - und letzten - Pioniertreffen vom 13. bis 21. August 1988 nach Karl-Marx-Stadt fuhren. Trotzdem ließ die DDR-Führung seit 1987 junge Menschen des Jahrgangs 1973 befragen, um mehr über ihre Auffassungen zu erfahren.¹⁰¹ Die Umfrageergebnisse einer zweiten von 1970 bis 1989 erhobenen Studie unter Lehrlingen, jungen Arbeitern und Studenten zur Identifikation mit der DDR zeigten gerade zwischen Mai und Oktober 1988 einen rapiden Abfall. Im Gegenzug nahm die Meinung,

¹⁰⁰ Vgl. Information über die Anzahl von Ärzten, Zahnärzten sowie Angehörigen des mittleren medizinischen Personals, die Ersuchen auf Übersiedlung gestellt haben, BStU, MfS, HA VII, Nr. 523, Bl. 70.

¹⁰¹ Die Befragung wird bis zum heutigen Tag von Leipziger Jugendforschern weitergeführt.

dass man sich überhaupt nicht oder kaum mit der DDR identifizierte, im selben Maße zu.¹⁰²

Auch deshalb regte beispielsweise die FDJ-Gruppe der Sektion Gartenbau der Humboldt-Universität Berlin im Herbst 1988 ein von überholten Feindbildern und Polemiken befreites neues FDJ-Statut an. Dessen ungeachtet versuchte die Staatsführung unter Beibehaltung der ritualhaften Jugendpolitik, jugendspezifische Konsumdefizite auszugleichen. Am 4. März berichtete das ND, dass der VEB Berlin-Kosmetik seine „Action“-Produktionspalette speziell für Jugendliche erneuere. Der Schildower Betrieb wollte 1988 auch Nagellacke, Lidschatten, Lippenglanz, Wangenrouge, Deoroller und -stifte im Wert von 71 Millionen Mark herstellen und die dekorative Kosmetik im Farbton jeweils dem modischen Trend anpassen.¹⁰³ Damit ließen sich die wachsenden Probleme jedoch kaum übertünchen.

Aber nicht nur bei Kosmetik, auch was die Rockmusik betraf, blickte die DDR-Jugend in Richtung Westen. Wie schon im Vorjahr fanden Mitte Juni mehrere Rockkonzerte vor dem Reichstag unter anderem mit Pink Floyd und Michael Jackson statt. Wie auch 1987 versammelten sich östlich des Brandenburger Tores DDR-Jugendliche, um die Stars wenigstens von fern zu hören. Wie im Vorjahr wurden die DDR-Sicherheitskräfte gegen sie und gegen westliche Kamerateams handgreiflich. Waren, so schätzte der „Spiegel“, unter den 4.000 Ostzuhörern des Pink-Floyd-Konzerts noch 1.000 Staatsschützer, die unter anderem dem ARD-Korrespondenten Hans-Jürgen Börner den Daumen verbogen, bis der seine Pocketkamera losließ, stellten 2.000 Sicherheitskräfte fast die Hälfte der 5.000 Zuhörer des Michael-Jackson-Konzerts am darauffolgenden Sonntag. Sie trieben Westkamerateams vor sich her, zerschnitten Fernsehkabel und demolierten Mikrofone. Diese Bilder gingen um die Welt.¹⁰⁴

Das ND dagegen feierte die über 70.000 DDR-Jugendlichen auf der Radrennbahn Weißensee, die im Rahmen der FDJ-Friedenswoche die Rainbirds, James Brown und Brian Adams anhörten und nicht zu den zeitgleich stattfindenden Konzerten an die Mauer gingen. Im Jahr 1988 schloss sich an den „FDJ-Friedenssommer“ der „Rocksommer“ vom 19. bis 24. Juli an. Unter dem Motto „Nikaragua im Herzen“ begann am 19. Juli, dem 9. Jah-

¹⁰² Vgl. Identifikation von Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit der DDR, Umfrageergebnisse 1970-1989, in: Judt, S. 533.

¹⁰³ Vgl. Von jugendlich frisch bis exklusiv. Bessere Bedarfsdeckung bei Deorollen in Aussicht, ND 4.3.1988.

¹⁰⁴ Vgl. Meldung aus Absurdistan, Spiegel 26/1988.

restag der sandinistischen Revolution, mit dem Auftritt von Bruce Springsteen das Festival. Er, so das ND, attackiere soziale Missstände und Ungerechtigkeiten in seiner Heimat und wolle Jugendlichen, die in der Welt des Kapitals von Arbeitslosigkeit bedroht seien, Hoffnung geben.¹⁰⁵ Doch auch im Rahmen dieses Konzertes kam es wiederholt zu Unmutsbekundungen von Seiten der Zuschauer gegen die Verhältnisse in der DDR.

Insgesamt wurden die eigenen Jugendlichen für die Staatsorgane hoffnungslos undurchsichtig. Die Kriminalpolizei musste 1988 ein Sonderheft zu „Jugendkulturen“ verfassen, um intern den Überblick über das Spektrum von Punker über Popper bis Skinhead zu behalten. Das MfS hingegen sammelte im Frühjahr 1988 Informationen über sämtliche Ost-Berliner Jugendklubs, um festzustellen, in welchem Maße Ausreiseantragsteller, Skinheads, Punks und politisch Oppositionelle dort Öffentlichkeit für ihre Anliegen suchten. Derartige Erscheinungen nahmen tatsächlich zu, und die Kreisleitungen der FDJ sollten gemeinsam mit anderen „progressiven“ Kräften den „schlechten Einfluß“ zurückdrängen.¹⁰⁶ Ende 1988 erhielten die Jugendklubs der Hauptstadt außerdem die Auflage, im Zuge der Verbotswelle gegen sowjetische Filme und Zeitschriften sämtliche Veranstaltungen zu Glasnost und Perestroika aus ihrem Veranstaltungsprogramm zu streichen.¹⁰⁷

Derlei kannte die DDR-Jugend aber zur Genüge aus den Westmedien. Gerade unter Lehrlingen und jungen Arbeitern nahm Ende der 1980er-Jahre deren Rezeption im selben Maße zu wie das Vertrauen in die DDR-Medien ab.¹⁰⁸

4.7. Medien und Umgestaltung

Die 39 Tageszeitungen, 30 Wochen- und Monatszeitschriften wie auch die elektronischen Medien der DDR des Jahres 1988 waren schon allein durch ihre Abhängigkeit vom Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienst (ADN) parteilich, das heißt perestroikaresistent, ausgerichtet. Deshalb verteilte das Hamburger Magazin „Tempo“ Ende März 1988 eine von ihm gefälschte

¹⁰⁵ Vgl. Berliner Rocksommer der FDJ mit Bruce Springsteen, ND 15.7.1988.

¹⁰⁶ Vgl. Information über beachtenswerte Erscheinungen in Jugendklubs der Hauptstadt der DDR, Berlin, BStU, MfS, HA VII, Nr. 523, Bl. 63-68.

¹⁰⁷ Vgl. ADN-Info: DDR knebelt innere Perestroikaansätze, 23.11.1988, BStU, MfS, HA XX/AKG, Nr. 464, Bl. 23.

¹⁰⁸ Vgl. Hesse, Kurt: Westmedien in der DDR, Köln 1988, S. 41-43.

und hergestellte ND-Ausgabe kostenlos in West-Berlin und der DDR. Dieses ND kündete vom angeblich neuen politischen „Glasnostkurs“ der SED, den sie auf Druck Gorbatschows eingeschlagen habe. Das echte ND reagierte am 9. April und fragte nach der ausgebliebenen Bestrafung für die Fälscher, denen die KSZE-Bestimmungen rein nichts bedeuten.¹⁰⁹

Das ND musste sich wegen der eigenen Unbeweglichkeit Diskussionen um Glasnost und Perestroika weiterhin in der Sowjetunion „borgen“ und druckte beispielsweise am 2. April 1988 den Artikel eines perestroikakritischen KPdSU-Mitglieds aus der „Sowjetskaja Rossija“ sowie eine Woche später den von Gorbatschow inspirierten „Prawda“-Gegenartikel.

Die Leningrader Dozentin Nina Andrejewa hatte unter der Überschrift „Ich kann meine Prinzipien nicht preisgeben“ am 13. März in der „Sowjetskaja Rossija“ weit ausgeholt. Sie fragte, was die Offenbarungen über die Probleme der UdSSR in den 1930er-Jahren außer Desorientierung für die Jugend bereithielten. Sie stellte fest, dass die Kritik an Stalin eigentlich die Kritik an einer Epoche sei, einer Epoche beispielloser Großtaten einer ganzen Generation. Im Begriff Personenkult wurden ihres Erachtens die Gewalt durch die Industrialisierung, die Kollektivierung und die kulturelle Revolution beschrieben, die aus der Sowjetunion eine Weltmacht werden ließen. Romane und Filme neueren Datums, die diese Epoche des Sturm und Drang als Völkertragödie darstellen, würden hingegen über den grünen Klee gelobt. Dann griff sie an, jedoch nicht direkt die Perestroika, sondern das Modell eines von ihr so genannten „linksliberalen Intelligenzijasozialismus“, der dem proletarischen Kollektivismus den Selbstwert der Persönlichkeit entgegenstelle. Dieser Intelligenzijasozialismus habe die Tendenz zur Fälschung der Geschichte des Sozialismus und eine offene oder getarnte kosmopolitische Tendenz, einen gewissen nichtnationalen Internationalismus. Überhaupt, so Nina Andrejewa, sei mancher geneigt, das Sichlossagen vom Sozialismus als Ausdrucksform von Demokratie und Menschenrechten zu betrachten. Dies laufe darauf hinaus, die führende Rolle der Partei und der Arbeiterklasse in Frage zu stellen. Gerade dies dürfe aber nicht erfolgen. Eine Woche später erschien an selber Stelle im ND die Antwort der „Prawda“ auf Nina Andrejewa unter dem Titel „Die Prinzipien der Umgestaltung: Revolutionäres Denken und Handeln“. Der ohne Verfasseramen abgedruckte Beitrag rechtfertigte in den ersten beiden Spalten das Anliegen der

¹⁰⁹ Vgl. Information über die versuchte Einfuhr von fiktiven Druckauflagen des „Neuen Deutschland“, 23.3.1988, BStU, MfS, HA VII, Nr. 523, Bl. 240f.; Miese Fälscher, ND 9. 4.1988.

Perestroika, um dann auf Nina Andrejewa einzugehen. Deren Position habe, so der Autor, ihre Wurzeln im bürokratischen Weisungsstil der Leitung und ist auf die künstliche Gegenüberstellung einiger Kategorien von sowjetischen Menschen gerichtet. Außerdem sei er nicht konstruktiv, da er keinen Raum für eine grundsätzliche Erörterung der Probleme der Perestroika biete. Aber wie solle man denn den Sozialismus sonst retten: durch Beibehaltung autoritärer Methoden, bedingungsloser Unterdrückung von Initiativen oder Aufrechterhaltung einer Ordnung, in der kleinbürgerliche Auswüchse üppig aufblühten? Der beste Lehrer der Umgestaltung, dem wir ständig Gehör schenken müssen, so die „Prawda“, sei das Leben. Das Leben aber sei dialektisch.

Der KPdSU-Parteikongress 1988 wurde vom ND weitgehend ignoriert. Nachdem ihm an einem Tag nur 18 Zeilen gewidmet waren und stattdessen Walter Ulbricht geehrt wurde, erschienen nach Protesten am Folgetag neun Seiten Wortbeiträge - allerdings von der 6. Tagung der Volkskammer der DDR. Die Junge Welt druckte Gorbatschows Schlussrede nicht im Wortlaut, sondern indirekt in Funktionärsdeutsch. Beide Blätter hielten sich an die Tradition, über Rüstungs- und Wirtschaftsreformen zu berichten, die Demokratisierung und Veränderung des politischen Systems der SU jedoch nicht zu thematisieren. Gegenüber österreichischen Journalisten hatte Honecker Derartiges so begründet: „Im ersten Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945 - die Zeit habe ich noch unmittelbar miterlebt - steht geschrieben, dass wir Kommunisten nicht die Absicht haben, das Sowjetsystem auf Deutschland zu übertragen.“¹¹⁰ Die Einwohner der DDR warteten auf Veränderungen, ihre politische Führung jedoch begründete die Erstarrung mit jahrzehntealten Floskeln.

Problematisch wurde für die SED 1988 auch der Umgang mit den allorts aus dem Boden schießenden Gemeinschaftsantennenanlagen. Seit 1986 durften Bürgergemeinschaften nach Antragstellung solche Anlagen installieren - offiziell zum besseren Empfang von DDR-Fernsehprogrammen. Da diese aber nicht über Satellit ausgestrahlt wurden, ging es ausschließlich um den Empfang des Westfernsehens. Allein in Sachsen gab es im Frühjahr 1989 bereits 203 solcher Anlagen und 250 neue Anträge lagen vor. Zur Verbesserung der Arbeitsmoral, Beschwichtigung der politischen Unzufriedenheit und Eindämmung der Ausreiseflut beschloss das Politbüro der SED am 23. August 1988 faktisch die völlige Liberalisierung der Anlagen-

¹¹⁰ Vgl. DDR – das lange Warten auf Glasnost, taz 6.7.1988.

Genehmigungsverfahren.¹¹¹ Liberaler war, sicher aus selbem Grund, seit Anfang 1988 auch das Nachtprogramm des DDR-Fernsehens. Zu später Stunde sendete es unter dem Titel „Erotisches zur Nacht“ vom dritten französischen Programm übernommene Softpornofilme.¹¹² Doch all dies war kaum geeignet, sich den Herausforderungen der Zeit effektiv zu stellen.

4.8. Kultur

Am 1. April eröffnete Günter Schabowski auf dem Grünauer Regattagelände in Berlin die Informations- und Verkaufsausstellung „Freizeit 88“. Auf 60.000 qm stellten 800 Mitarbeiter des Handels neue Produkte für die Freizeitgestaltung vor und hielten eine Lotterie zugunsten des olympischen Gedankens ab.¹¹³ Im selben Jahr feierte Heinz Quermanns Schlagerrevue, die DDR-Radiohitparade, ihren 35. Geburtstag.

West-Berliner Bürger hatten es 1988 einfach, Hochkultur zu erleben. In diesem Jahr war West-Berlin Kulturhauptstadt Europas, in deren Rahmen auch DDR-Künstler Werke und Darbietungen präsentierten. Wer den Stand der bildenden Kunst der DDR aber en masse erleben wollte, konnte bis Anfang April in Dresden die vom Verband Bildender Künstler und vom Kulturministerium veranstaltete 10. DDR-Kunstaussstellung besuchen. Erregten dort ausgestellte avantgardistische Werke regelmäßig den Unmut konservativer Kunstliebhaber, kam auch politisch wenig Opportunes zur Betrachtung.

Über ein Werk des Fotografen Günter Krawutschke erregten sich in einem Leserbrief an das ND ein Abteilungsleiter und ein Jugendbrigadier des VEB Elektrokohle Berlin-Lichtenberg. Ein Foto mit dem Namen dieses Betriebes zeigte laut Leserbriefschreibern eine kleine dunkle Ecke in irgendeiner Werkhalle, die in gar keiner Weise für den gesamten Betrieb stehen könne. Sie räumten ein, dass es in ihrem Betrieb noch so manche dunkle und enge Stelle gebe, die Beschlüsse der Partei zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen jedoch auch hier nach und nach Gestalt annähmen. Hunderte Millionen Mark gebe der sozialistische Staat, so die Leserbriefschreiber, dem VEB Elektrokohle für neue Produktionsstätten, Umwelt-

¹¹¹ Vgl. Holzweißig, Gunter: Die schärfste Waffe der Partei. Eine Mediengeschichte der DDR, Köln 2002, S. 55f.

¹¹² Vgl. Knusprige Henne, Spiegel 4/1988.

¹¹³ Vgl. Freizeit 88 wurde in Berlin eröffnet, ND 2.4.1988.

schutzanlagen und den Abbau schmutziger Arbeitsplätze. Mit all dem habe das Bild Krawutschkes nichts zu tun und gehe damit am Wesentlichen vorbei.¹¹⁴

Generell stand die „Kunstaussstellung 10“ nicht mehr allein unter der Doktrin des sozialistischen Realismus. Auch dem 1988 im ND rezensierten Buch „Prenzlauer Bergtour“ von Daniela Dahn, das in Gesprächen mit Punks, einem Pfarrer und Handwerkern den Bezirk porträtiert, war sozialistischer Realismus fremd.¹¹⁵

Dem Theater ebenfalls. Anlässlich einer Plenzdorf-Uraufführung im Jahr 1988 schrieb der West-Berliner Theaterkritiker Heinz Kersten im selben Jahr: „Wer in der DDR nach Glasnost sucht, sollte ins Theater gehen.“ Tatsächlich war einiges in Bewegung geraten. Wohl etwas unüberlegt, hatte im Spätsommer 1988 DDR-Kulturminister Hans-Joachim Hoffmann im Interview mit der bundesdeutschen Zeitschrift „Theater heute“ Glasnost auch für die nähere Zukunft in der DDR prognostiziert, was ihm eine Vorladung des SED-Chefideologen Kurt Hager eintrug. Heiner Müller hingegen wurde, nachdem man ihm bereits 1986 den Nationalpreis 1. Klasse verliehen hatte und er Mitglied der Akademie der Künste West-Berlins geworden war, 1988 wieder in den DDR-Schriftstellerverband aufgenommen. Er „bedankte“ sich dafür Anfang des Jahres 1988 mit seinem kritischen Stück „Die Lohndrucker“ und Ende Oktober in Moskau mit der Feststellung, dass die Mauer das „Denkmal Stalins für Rosa Luxemburg“ sei.¹¹⁶

In Ost und West gleichermaßen gefeiert wurde Bertolt Brecht anlässlich seines 90. Geburtstags. Im „Brecht-Bayreuth“, dem Berliner Ensemble, wurde seiner am 10. Februar mit einem Staatsakt gedacht, Fritz Kremers Brechtendenkmal vor dem Theater eingeweiht und „Die Mutter“ in einer Inszenierung von Manfred Wekwerth neu aufgeführt, nachdem ihm die Inszenierung eines stalinkritischen Brecht-Stücks verboten worden war. Die ersten Bände der großen kommentierten Berliner und Frankfurter Ausgabe des Aufbau-Verlags und des Suhrkamp-Verlags sowie die Brechtbiografie Werner Mittenzweiss erschienen gesamtdeutsch. In West-Berlin fand am Brechtgeburtstag eine Soiree im Schillertheater statt, deren Einnahmen die streikenden Stahlarbeiter in Rheinhausen unterstützen sollten. Der Lieder-

¹¹⁴ Vgl. Das ist nicht typisch für den Betrieb, ND 13.2.1988.

¹¹⁵ Vgl. Entdeckerlust und Neugier auf die Erfahrung anderer Leute, ND 19.4.1988.

¹¹⁶ Vgl. ADN-Info: Heiner Müller auf Vortragsforum in Moskau, 24.10.1988, BStU, MfS, HA XX/AKG, Nr. 464, Bl. 11.

macher Stefan Krawczyk ging nach seiner Ausbürgerung in der Bundesrepublik mit eigenen wie auch Brechtliedern auf Tournee.

Anlässlich des 54. Jahrestags der Ermordung des Dichters Erich Mühsams im KZ Oranienburg versammelten sich dort am 10. Juli circa 50 Personen, um seiner zu gedenken. Den in der DDR vergessenen Anarchisten Mühsam ehrten Unbekannte¹¹⁷, indem sie am selben Abend einen Mühsam-Aufsatz mit dem Titel „Staatsverneinung“ in Berliner Briefkästen steckten.¹¹⁸

Neues tat sich auch im Bereich des Films. Vor dem 5. Kongress des Verbandes der Film- und Fernsehschaffenden stellte der Rektor der Hochschule für Film und Fernsehen (HFF), Professor Lothar Bisky, fest, dass seine gegenwärtig in Babelsberg Studierenden das Niveau der Produktionen in Film und Fernsehen im Jahr 2000 entscheidend mitbestimmen würden. Nach sieben Jahren des Verbots kam der Film „Jadup und Boel“ des Babelsberg-Absolventen Reiner Simon endlich zur Aufführung. Trotz Starbesetzung mit Kurt Böwe, Käthe Reichel und Michael Gwisdek durfte der Film über verlorene Ideale nur in ausgewählten Kinos laufen. Ideale thematisierte auch Lothar Warneckes, im Januar 1988 uraufgeführter Film „Einer trage des Anderen Last“. Er porträtierte zwei Menschen, einen jungen Volkspolizisten und einen jungen Vikar, die bei aller ideologischen Differenz kommunistisches und christliches Gedankengut teilen.

Während mit „Einer trage des Anderen Last“ der Glaube überraschend positiv thematisiert wurde, geschah dies in dem Film „Flüstern und Schreien“ erstmals mit der DDR-Undergroundmusikszene. Regisseur Dieter Schumann porträtierte neben Silly auch Undergroundbands wie Sandow aus Cottbus und Feeling B aus Berlin. Verbotsgerüchte machten den Film zu einem Kassenschlager und Feeling B zu der Band, die die erste Punkplatte der DDR aufnehmen durfte.

Eine cineastische Premiere, die ohne Nachfolger blieb, erlebten Ost- und West-Berlin am 10. März 1988. Der Loriot-Film „Ödipussi“ wurde gleichzeitig in beiden Teilen der Metropole uraufgeführt. Wohl wegen Loriots gesamtdeutscher Beliebtheit, ostdeutschen Drehorten und politischer Belanglosigkeit war dies einmalig möglich. Wim Wenders' „Der Himmel über Berlin“ erhielt 1988 den Bundesfilmpreis in Gold, nachdem er 1987 in Cannes den Preis für die beste Regie bekommen hatte.

¹¹⁷ Wahrscheinlich Mitglieder der Kirche von Unten.

¹¹⁸ Vgl. Radio Glasnost, 26. Juli 1988, BStU, MfS, HA XX/AKG, Nr. 1.345, Bl. 304.

4.9. Sport

Einen Tag nach der Uraufführung von „Ödipussi“ gewann der West-Berliner Boxer Graciano Rocchigiani als dritter Deutscher nach Max Schmeling und Eckart Dagge einen Profiweltmeistertitel im Boxen. Das sportliche Ost-Berlin hatte noch mehr Grund zu feiern. Christa Rothenburger gewann im Februar in Calgary Olympiagold im Eisschnelllauf mit Weltrekord über 1.000 Meter und bei den olympischen Sommerspielen in Seoul Silber im Radsprint.

All dies ging unter neben Katharina Witt. Mit ihrer Carmen-Kür wurde sie in Calgary vor Debbie Thomas und Elisabeth Manley zum zweiten Mal Olympiasiegerin im Eiskunstlauf. Das eigentlich Revolutionäre aber folgte noch. Als erster DDR-Sportler erhielt sie eine Einzelpressekonferenz vor hunderten Journalisten.

Auch kommerzielle Werbung in DDR-Stadien war relativ neu. In einem Brief an das ND bemerkte ein Leser, dass so etwas bisher abgelehnt wurde. Das „Sportecho“ erklärte, dass die Werbung dazu diene, den Sport in der DDR zu finanzieren, und die Junge Welt benannte 130 Millionen Mark, die die DDR aus der Sportwerbung im Jahr 1988 erwarte. Die West-Berliner Firma Lunenburg-Marketing war deshalb bereits seit der Volleyball-Europameisterschaft 1983 im ostdeutschen Sportgeschäft engagiert.

So sorgte es nur noch für Aufmerksamkeit und nicht mehr für Empörung, als in der zweiten Jahreshälfte 1988 bekannt wurde, dass Katharina Witt zwischen November 1988 und April 1989 für die US-Eisrevue „Holiday on Ice“ durch fünf europäische Städte touren würde.¹¹⁹

Neben den Olympischen Spielen war die in der Bundesrepublik Deutschland ausgetragene Europameisterschaft im Fußball das überragende Sportereignis des Jahres. Da Berlin als Austragungsort nicht berücksichtigt wurde, veranstaltete der Deutsche Fußballbund (DFB) vom 31. März bis 2. April im Berliner Olympiastadion ein Vierländerturnier mit Schweden, Argentinien, Deutschland und Russland, das Schweden im Finale gegen die Sowjetunion gewann.

Bis nach Ostdeutschland hinein schwappte die Debatte, ob der DFB die Rechte zur Übertragung von Fußballbundesligaspielen an private Anbieter anstatt an öffentlich-rechtliche Sender geben dürfe. Am 25. Mai entschied er, die nächsten drei Jahre die Rechte an den Medienkonzern Bertelsmann

¹¹⁹ Vgl. Neues Weltbild. Jetzt wird auch in der DDR der Sport nach kapitalistischem Muster verkauft, Spiegel 32/1988.

zu verkaufen. Später wurden ARD und ZDF Teilübertragungsrechte zugesichert. Auf seiner DDR-Reise wurde selbst Privatmann Kohl von besorgten Fußballfans angesprochen und gebeten, den Empfang von Bundesligaspielen in der DDR zu sichern.

Zum deutsch-deutschen Ereignis wurde das Aufeinandertreffen im Cup der Landesmeister zwischen dem deutschen Meister Werder Bremen und DDR-Meister BFC-Dynamo, dessen Sturmduo Andreas Thom und Thomas Doll auch im Westen gefürchtet war. Das Hinspiel gewann der BFC mit 3:0. Eine Leistung, die 20 Jahre später selbst das ND unter Dopingverdacht stellte.¹²⁰ Was folgte, war „Das Wunder von der Weser“. Ein 5:0 für Werder Bremen und deutlicher Beweis für die Überlegenheit der Bundesliga über die DDR-Oberliga.

4.10. Neonazis

Der Ost-Berliner Fotograf Harald Hauswald begann 1988, die Ost-Berliner Fußball-Hooliganszene zu fotografieren.¹²¹ Diese war zum Teil durch Rechtsextreme geprägt - ein gesamtdeutsches Phänomen. „Selbstanklagende Debatten“ über Alt- und Neo-Nazis blieben aber eher auf Westdeutschland beschränkt. Ende Mai legte Bundesinnenminister Zimmermann den jährlichen Verfassungsschutzbericht vor, in dem er feststellte, dass rechtsextreme Organisationen in der Bundesrepublik einen erheblichen Mitgliederzuwachs erlebten; und das ganze Jahr über begleitete das öffentliche West-Berlin der Skandal um den Diebstahl tausender NS-Akten aus dem amerikanischen Document Center. Der Prozess gegen den Hauptangeklagten begann Anfang Dezember, war peinlich für West-Berlin wie auch die Westalliierten und wurde in der ostdeutschen Presse genauso beißend kommentiert wie Ende Januar 1989 der Einzug der Republikaner ins West-Berliner Abgeordnetenhaus.

Richtig in Wallung geriet das ND über den wiederaufgenommenen Thälmannmord-Prozess. Nachdem sein mutmaßlicher Mörder Otto am 15. Mai 1986 zu vier Jahren Haft verurteilt worden war, kassierte der Bundesgerichtshof das Urteil im März 1987. Im August 1988 sprach das Düsseldorfer Landgericht Otto wieder frei, was die DDR-Zeitungen noch Tage beschäf-

¹²⁰ Vgl. Auch der Osten putschte sich hoch, ND 21.7.2007.

¹²¹ Vgl. Farin, Klaus; Hauswald, Harald: Die Dritte Halbzeit. Hooligans in Berlin-Ost, Berlin 1998.

tigte.¹²² Zwei Wochen später besuchte im Rahmen der Städtepartnerschaft „Begegnung“ der Dresdner SED-Politiker Hans Modrow die Thälmann-Gedenkstätte in Hamburg.

All dies überspielte die im Jahr 1988 nicht mehr zu übersehende Neonazi-problematik in der DDR. Das MfS erwartete für den 55. Jahrestag der Machtergreifung Hitlers am 31. Januar nicht zu Unrecht Demonstrationen von Skinheads - die aber ausblieben. Am 6. Juli berichtete das ND auf Seite 1 stolz über die Pressekonferenz zur Vorbereitung des 50. Jahrestages der Pogromnacht und den Aufruf zur Unterstützung des Wiederaufbaus der Synagoge. Auf Seite 4 hingegen musste es über das Urteil des Stadtbezirksgerichts Prenzlauer Berg gegen fünf jugendliche Angeklagte schreiben. Diese waren auf den Jüdischen Friedhof Prenzlauer Berg eingedrungen, wo sie hunderte Grabsteine und Grabmäler beschädigten und beschmutzten. Vertreter der Jüdischen Gemeinde in Berlin beobachteten den Prozess, und das ND scheute sich nicht zu berichten, die Beweisaufnahme habe ergeben, dass sich die Täter an durch westliche Medien vermittelten faschistischen und neonazistischen Leitbildern orientiert hätten.¹²³ Gegen die Behauptung der „Jungen Welt“, jeder der zu einiger Prominenz gelangten verurteilten „Oranienburger Skinheads“ sei ständiger Hörer des Rias, wandte sich der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde in Ost-Berlin, Kirchner, mit der Feststellung, dass dies eher der DDR-Volksbildung zu denken geben sollte.¹²⁴ Bereits zu Anfang des Jahres bezifferte das MfS die Zahl der rechtsradikalen Skinheads in der DDR mit etwa 800. Der Schriftsteller Rolf Schneider sprach auf dem Kirchentag in Halle Ende Juni 1988 hingegen von 1.500 jungen Leuten, die sich als Neonazis verstünden.¹²⁵ Auch wenn es von offizieller Seite niemand zugeben wollte – die DDR des Jahres 1988 hatte ein vitales Problem mit neonazistischen Tendenzen in der eigenen Bevölkerung.

¹²² Vgl. Heftige Proteste gegen Freispruch des Thälmannmörders Otto in der BRD, ND 30.8.1988.

¹²³ Vgl. Hohe Strafen für Friedhofschänder, ND 6.7.1988.

¹²⁴ Vgl. Warum lassen sich FDJler von faschistischer Symbolik verleiten?, Tagesspiegel 6.6.1988.

¹²⁵ Vgl. DDR und Rechtsradikalismus, Deutschlandfunk 12.7.1988.

4.11. Die Juden und die DDR

Ende des Jahres 1987 brach in den palästinensischen Gebieten der Westbank und dem Gazastreifen die erste Intifada aus. Aus dem gelegentlichen Protest der Palästinenser wurde ein anhaltender Kampf gegen Israel. Keine Frage, auf wessen Seite die DDR stand. Mehrmals wöchentlich klärte das ND seine Leser über die Verbrechen der israelischen Besatzer und das Leid der Palästinenser auf.

Einige mittelosteuropäische Staaten aber waren schon weiter. Die Beziehungen zwischen Israel und den Ostblockstaaten waren nach dem Sechstagekrieg 1967 nahezu vollständig unterbrochen. Doch das änderte sich jetzt. Polen und auch Ungarn eröffneten Interessenvertretungen in Tel Aviv. Palästinenser-Führer Arafat erfuhr im April bei seinem Sowjetbesuch nicht mehr dieselbe Unterstützung, wie er sie in Moskau gewohnt war.

Auch die DDR hatte inzwischen begriffen, dass Antizionismus den Weg ins Weiße Haus blockierte. Deshalb empfing Honecker im Oktober 1988 den Präsidenten des World Jewish Congress, Edgar Miles Bronfman. Anfang 1989 reiste der Staatssekretär für Kirchenfragen, Kurt Löffler, im Auftrag Honeckers nach Israel und wurde dort vom Generalsekretär des Jüdischen Weltkongresses, Israel Singer, und dem israelischen Religionsminister, Ze'evulun Hammer, empfangen. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen erfolgte jedoch erst Anfang 1990 unter der Modrow-Regierung.

In der DDR lebten 1988 etwa 2.000 bis 3.000 Juden, von denen aber nur einige hundert den acht überalterten Gemeinden angehörten. Diese konzentrierten sich neben Ost-Berlin auf die Städte Leipzig, Dresden, Erfurt, Halle, Karl-Marx-Stadt, Magdeburg oder Schwerin. Anfang Mai 1988 erklärte der amerikanische Rabbi in Ost-Berlin, Isaak Neumann, nach kurzer Amtszeit, dass er Mitte Mai sein Amt aufgeben werde. Offiziell hatte sein Weggang nichts mit den DDR-Behörden zu tun, sondern mit Problemen innerhalb des Vorstands der Ost-Berliner Gemeinde. Er übte dennoch scharfe Kritik an der antiisraelischen Kampagne der DDR-Medien.

Die circa 180 Mitglieder der Ost-Berliner Gemeinde konnten seit kurzem Beziehungen zur weit größeren Jüdischen Gemeinde in West-Berlin unterhalten. Deren Vorsitzender Heinz Galinski, der seit Anfang des Jahres 1988 auch Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland war, wurde im Frühjahr erstmals von hohen SED-Funktionären empfangen.

Außerdem hatte sich die DDR bereit erklärt, den jüdischen Opfern des Nationalsozialismus Entschädigungen zu zahlen. Ihre bisherige Position, keine moralische Verantwortung für die NS-Verbrechen zu tragen und kein Nach-

folgestaat des „Dritten Reichs“ zu sein, hatte sie damit aufgegeben. Ende März stellte die Ost-Berliner Verwaltung eine Liste von Gedenk- und Erinnerungsstätten sowie historischen Bauten der jüdischen Bevölkerung in Berlin zusammen. Es fanden sich diese in großer Zahl in sechs Ost-Berliner Stadtbezirken.¹²⁶ Ein Umdenken wurde deutlich.

Nach dem auch von Berliner Oppositionsgruppen verhinderten Versuch, den Weißenseer Jüdischen Friedhof durch Straßenbau teilweise zu zerstören, wurde der Wiederaufbau der neuen Synagoge in der Oranienburger Straße in Ost-Berlin zum Signum der neuen Haltung. Honecker hatte vorgeschlagen, durch Spenden aus aller Welt den Wiederaufbau der Synagoge zu ermöglichen. Internationale Hilfe zum Wiederaufbau kultureller Bauten zu akzeptieren, war für die DDR neu. Der Präsident der Jüdischen Gemeinden in der DDR, Rothstein, bat in einem Aufruf die Weltöffentlichkeit, in einem internationalen Kuratorium mitzuwirken. Parallel zu diesem Aufruf konstituierte sich in Ost-Berlin der Vorstand der Stiftung Neue Synagoge Berlin – Zentrum Judaicum, die auf Anregung Honeckers durch eine Verordnung des Ministerpräsidenten der DDR Mitte Juni eingerichtet wurde. Präsident der Stiftung wurde der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Ost-Berlin, Kirchner. Die symbolische Grundsteinlegung für den Wiederaufbau sollte am 9. November 1988, dem Reichskristallnacht-Gedenktage erfolgen. Dieser sollte in diesem Jahr auch aufwändiger als bisher begangen werden.¹²⁷

Kurz zuvor erklärte der Abteilungsleiter Denkmalpflege im Bundessekretariat des Kulturbundes, dass alle jüdischen Friedhöfe in der DDR unter Denkmalschutz gestellt werden. Er wollte die Sachzeugen ehemaliger jüdischer Geschichte, wie bspw. den Grabstein des jüdischen Philosophen Moses Mendelssohn in Berlin, gepflegt wissen, was im Laufe des Jahres die FDJ für sich übernahm.¹²⁸

Erstmals nahm Staatschef Honecker an einer Gedenkveranstaltung zur Erinnerung an die Reichskristallnacht teil, und erstmals wurde dieser Tag gesamtdeutsch begangen. Der Zentralrat der Juden in Deutschland gedachte der Novemberpogrome in Anwesenheit des Staatssekretärs für Kirchenfragen, Löffler, des Vorsitzenden des Verbandes der Jüdischen Gemeinden der DDR, Rothstein, und Helmut Kohls in der Frankfurter Westend-Synagoge. Zeitgleich veranstaltete der Verband der Jüdischen Gemeinden der DDR

¹²⁶ Vgl. Gedenk- und Erinnerungsstätten sowie historische Bauten der jüdischen Bevölkerung in Berlin, 28.3.1989, Landesarchiv Berlin C Rep. 104, Nr. 596.

¹²⁷ Vgl. Wiederaufbau mit internationaler Hilfe, FAZ 7.7.1988.

¹²⁸ Vgl. Alle jüdischen Friedhöfe in der DDR unter Denkmalschutz, ADN 10.6.1988.

eine Gedenkfeier im Deutschen Theater, die neben Politbüromitgliedern der Ehrenpräsident des Jüdischen Weltkongresses, Gerhard Riegner, und der Zentralratsvorsitzende Galinski besuchten. Anwesend war hier neben Eberhard Diepgen auch Kanzleramtsminister Schäuble, denen Galinski vorschlug, den 9. November als Tag der gesamtdeutschen Besinnung zum deutsch-deutschen Gedenktag zu machen.

5. Berlin im Widerstreit der Interessen

Einen Tag zuvor, am 8. November 1988, war George Bush zum 41. Präsidenten der USA gewählt worden. Noch regierte aber Reagan, und der hatte vor dem Brandenburger Tor am 12. Juli 1987 seine Berlininitiative vorgestellt. Diese forderte, Jugendkontakte zwischen Ost und West aufzufrischen, gemeinsame Olympische Spiele in Ost- und West-Berlin auszurichten sowie Gesamtberlin zu einem Luftkreuz im Ost-West-Verkehr zu machen. Nachdem die westlichen Alliierten diese Initiative übernommen hatten, übergaben sie der Sowjetunion am 29. Dezember 1987 das Dokument. Diese hatte 1948 auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges die Viermächteverwaltung West-Berlins weitgehend verlassen und antwortete auf die Berlininitiative erst am 15. September 1988.¹²⁹ Die Antwort fiel unbefriedigend aus. Bei voller und korrekter Einhaltung des Viermächteabkommens von allen Seiten sei sie bereit, einige Fragen in Bezug auf West-Berlin zu erwägen, verwies aber zur Klärung von Fragen die Situation der Hauptstadt der DDR betreffend auf die dort Verantwortlichen. Im Übrigen hätten die Westmächte die Abtrennung West-Berlins von seiner natürlichen Umgebung selbst zu verantworten.¹³⁰

Die Reaktion der Amerikaner bestand in der Feststellung der Sprecherin des State Department vom 5. Oktober, dass die Sowjetunion nicht konstruktiv genug reagiert habe. Darauf antwortete der Sprecher des sowjetischen Außenministeriums, Gerassimow, am 17. Oktober vor in- und ausländischen Journalisten in Moskau. Er bezeichnete das westliche Memorandum als destruktiv und forderte eine noch stärkere Nutzbarmachung der Möglichkeiten, die dem Viermächteabkommen innewohnten.¹³¹ Verglichen mit den

¹²⁹ Vgl. Berlin – Viermächtetreffen der Botschafter erstmals nach 18 Jahren, Süddeutsche Zeitung 11.12.1989.

¹³⁰ Vgl. Reichhardt, S. 334f.

¹³¹ Vgl. ebd., S. 357.

Äußerungen des sowjetischen Botschafters in Ost-Berlin, Wjatscheslaw Kotschemassow, von Mitte April, dass die Sowjetunion eine verbesserte aktive Zusammenarbeit mit West-Berlin wünsche und man eine breite Palette der Kooperation und Begegnung anbieten wolle, war dies dürftig.¹³² Ende April reiste Diepgen nach Washington, wo er mit Reagan die Lage Berlins sowie die Berlininitiative erörterte.¹³³ Diepgen traf regelmäßig amerikanische Politiker. Nach Ansicht der Briten und Franzosen machte er sich bei ihnen hingegen geradezu rar. Der Bürgermeister forderte von den Alliierten eine Rechtsbereinigung und Normalisierung des vor über 40 Jahren begründeten Besatzungsstatuts. Diepgen hatte immerhin drakonische Strafanordnungen wegen Beleidigung von Militärangehörigen und gegen Besitzer langer Messer abzuschaffen vermocht. Dass er wie schon Richard von Weizsäcker – teilweise gegen alliierte Einwände – mit Erich Honecker eine Besuchsdiplomatie entwickelt hatte, wurde ihm von alliierter Seite als Statusbedrohung angelastet. Im Mai 1988 erreichte er, dass die Alliierten vom Juli an eine Kommission aus alliierten Rechtsberatern unter Senatsbeteiligung einrichteten, bei der West-Berliner sich über alliiertes Gebaren beschweren konnten.¹³⁴

Teils schwer verständliche Relikte des Besatzungsrechts führte auch der im Jahr 1988 in West-Berlin gedrehte Film „Judgement in Berlin“ vor. In diesem auf dem Tatsachenroman des amerikanischen Richters Herbert J. Stern basierenden Film wird die Flucht zweier DDR-Bürger, die einen polnischen Verkehrsjet auf den Flughafen Berlin-Tempelhof entführten, thematisiert. Die beiden Flüchtlinge wollten als Asylanten anerkannt werden, doch amerikanische Behörden behandelten sie wie Luftpiraten. Der Film geriet zu einer Abrechnung mit dem juristischen Niemandsland in Berlin.¹³⁵

¹³² Vgl. ebd., S. 284.

¹³³ Vgl. ebd., S. 287.

¹³⁴ Vgl. The Kaiser, Spiegel 19/1988.

¹³⁵ Vgl. Auf dem Gesetzbuch liegt der Colt, Spiegel 16/1988. Mit der DDR abzurechnen beabsichtigte laut „internen Hinweisen“ des MfS der für „antikommunistische Filmrollen“ bekannte US-Schauspieler Sylvester Stallone am 9.6.1988. In Begleitung von Jürgen Wohlrabe, Schatzmeister der West-Berliner CDU und Geschäftsführer der „Jugendfilm GmbH“, plante er, das Ost-Berliner Pergamonmuseum zu besuchen, wo er, während Westmedien filmten, auf den Stufen des berühmten Altars stehend „Es lebe die Freiheit!“ rufen wollte. Ihm wurde die Einreise verweigert. Vgl. Information über eine von dem amerikanischen Schauspieler Sylvester Stallone am 9. Juni 1988 beabsichtigte provokatorische Handlung, BStU, MfS, HA VII, Nr. 523, Bl. 275f.

Auch der Deutsche Bundestag unterstützte Diepgen. In seiner Debatte über die Erweiterung der europäischen Konvention der Menschenrechte am 19. Mai appellierte Bundesjustizminister Engelhard an die Westmächte, endlich auch in West-Berlin, wie zuvor in der DDR geschehen, die Todesstrafe abzuschaffen.

Die Bundestagsopposition blieb berlinpolitisch nicht untätig. Auf ihrer Frühjahrstagung im Reichstag am 11./12. April forderte die SPD im Sinne der Reaganschen Initiative, Berlin zur Hauptstadt des Dialogs zwischen Ost und West zu machen und zeigte sich besorgt über das zunehmend strapazierte Vertrauensverhältnis zwischen Bundesregierung und Senat. Das sei vor allem durch die Kürzung der Berlinförderung offensichtlich. Schlimmeres befürchtend, bezeichnete Senatssprecher Fest Mitte Juli die Berlin von der Bundesregierung zugesagten jährlich 50 Millionen DM für zusätzliche Investitionsvorhaben als „bitte nicht die Obergrenze darstellend“. Am selben Tag erörterte Diepgen mit Kohl und Bundestagspräsident Jenninger die vom Bundestagspräsidenten initiierten Pläne zur Restaurierung des Reichstags inklusive Glaskuppel.¹³⁶

Ost-Berlin hatte laut Statistischem Jahrbuch der DDR im Jahr 1988 mit 1,28 Millionen Einwohnern seine höchste Einwohnerzahl seit Kriegsende. Diepgen war auf der Leipziger Frühjahrsmesse mit Honecker zusammengetroffen. Nach seiner Rückkehr erklärte er der Presse, dass dieser die Bereitschaft habe erkennen lassen, über weitere Transitübergänge im Südosten der Stadt zu verhandeln.¹³⁷ Während das Politbüro Ende Februar beschloss, die Reiseregeln für DDR-Bürger wieder restriktiver zu handhaben, durften West-Berliner ab dem 1. März bei Tagesbesuchen in Ost-Berlin einmal übernachten.

Neben Transitverkehr¹³⁸ und Reiseerleichterungen war der Gebietsaustausch ein weiteres bestimmendes Thema zwischen beiden Stadthälften im Jahr 1988. Am 31. März vereinbarten West-Berlin und die DDR den bis dahin umfangreichsten Austausch dieser Art. Betroffen war unter anderem das 4 ha große Lenné-Dreieck in Berlin-Mitte, das „westlich“ der Mauer lag und trotzdem zu Ost-Berlin gehörte. Am 26. Mai wurde es von verschiedenen Gruppen der linksalternativen Szene besetzt, und ein Mitarbeiter des Kreuzberger alternativen Vereins „Netzwerk Selbsthilfe“ bot Erich Hone-

¹³⁶ Vgl. Reichardt, S. 321.

¹³⁷ Vgl. ebd., S. 276.

¹³⁸ Die Bundesregierung erhöhte 1988 die Transitzuschüsse für die Jahre 1990 bis 1999 von bisher 525 auf 860 Millionen DM.

cker in einem Brief an, das Lenné-Dreieck zu kaufen, bevor es in die Obhut West-Berlins überginge. Besetzten anfangs „offiziell“ Naturschützer die Brachfläche, um 161 Pflanzensorten gegen die Bauabsichten des Senats zu schützen, strömten später politische Besetzer hinzu, benannten die Budenstadt in Norbert-Kubat-Dreieck¹³⁹ um und hängten Plakate wie „Zerschlagt die Nato“ oder „Britten raus aus Nordirland“ auf. Das besetzte Gelände wurde durch die West-Berliner Polizei mit der amtlichen Begründung eingezäunt, dort lagere noch Weltkriegsmunition. Wasserzufuhr und Kanalisation wurden abgestellt, Wasserwerfer in Anschlag gebracht und Lautsprecherbatterien mit Störmusik auch des Nachts aufgefahren.

Die alliiertenrechtlich zuständigen Engländer wandten sich an die Sowjetunion, die auf die Souveränität der DDR verwies. DDR-Grenzsoldaten hatten anfangs noch die ersten Besetzer abgedrängt, den Tränengaseinsatz der West-Berliner Polizei aber durch Lautsprecher zu unterbinden versucht.

Ab dem 1. Juli 1988 gehörte das Lenné-Dreieck zu West-Berlin. In den frühen Morgenstunden räumten 900 Polizisten das Areal, was wie angekündigt circa 200 Besetzer dazu nutzten, die Mauer in Richtung Osten zu überwinden. Dort wurden sie auf Lkws verfrachtet, mit Frühstück bewirtet und verteilt auf verschiedene Sektorenübergänge nach West-Berlin zurückgeführt. Das ND berichtete, ohne auf den technischen Hintergrund, den mit 76 Millionen DM bezahlten Gebietsaustausch zu verweisen.¹⁴⁰

Auch andere Kontakte zwischen Ost- und West-Berlin verliefen nicht ohne widrige Umstände. So musste eine Delegation des Bezirksamts Spandau am 28. Juli ihren Besuch in Nauen ohne Unterzeichnung der vorgesehenen „Vereinbarung zur Entwicklung kommunaler Kontakte“ abbrechen. Die Spandauer Seite hatte vorgeschlagen, in der Präambel die Formel „auf der Basis aller bestehenden Abkommen und Vereinbarungen über Berlin“ einzufügen. Dem stellte der Nauener Bürgermeister als alleinige Grundlage das Viermächteabkommen entgegen. Nach Verhandlungen wurde der Kompromiss gefunden, beide Formulierungen in die Vereinbarung zu integrieren, was die telefonisch verständigte Senatskanzlei nicht billigte.¹⁴¹ Monate spä-

¹³⁹ Norbert Kubat († 26.5.1987) war kurz vor seinem Tod aus der DDR nach West-Berlin gegangen, wo er in Untersuchungshaft Selbstmord beging. Am ersten Jahrestag seines Todes wurde das Lenné-Dreieck besetzt.

¹⁴⁰ Vgl. Lenné-Dreieck von West-Berliner Polizei mit Gewalt geräumt, ND 2.7.1988. Insgesamt standen 16 Landstreifen (180 ha) zur Disposition. 8 ha gingen an die Umland-DDR-Bezirke, 7 ha an Ost-Berlin und 93 ha an West-Berlin.

¹⁴¹ Vgl. Reichhardt, S. 322f.

ter wurde eine Kompromissformel gefunden: „Einig in dem Bestreben, einen Beitrag zur Sicherung des Friedens, zur Abrüstung und zur Entwicklung gutnachbarlicher Beziehungen zu leisten, vereinbaren der Bezirk Spandau und die Stadt Nauen eine kommunale Partnerschaft“. Beide Bürgermeister unterzeichneten am 22. September den Vertrag. Eine ähnliche Partnerschaft wurde zwischen Königs Wusterhausen und dem West-Berliner Stadtteil Zehlendorf verhandelt und mit der gleichen Präambelformel wie zwischen Spandau und Nauen beschlossen.

Die wirtschaftliche Kooperation zwischen Ost- und West-Berlin zeitigte Fortschritte. Am 7. März unterzeichneten Vertreter der DDR-Außenhandelsgesellschaft Intrac sowie der Vebag-Tochter Preußen Elektra und der Bewag einen bis zum Jahr 2012 laufenden Vertrag über den deutsch-deutschen Stromverbund. Er sah den Bau einer 83-kV-Leitung bis Ende 1991 vor und ermöglichte die Lieferung von jeweils rund 1 Milliarde kWh an die DDR und die Bewag durch Preußen Elektra. Das ND stellte fest, dass die Verhandlungen über die Trasse nach dem Honecker-Besuch in Bonn aufgenommen wurden. Die Leitung durch das Gebiet der DDR werde von der DDR gebaut, die Schaltanlagen hingegen kämen aus der Bundesrepublik. Die DDR erhalte dafür, dass sie die Trasse zur Verfügung stelle, Gebühren in angemessener, international üblicher Höhe.¹⁴²

Am letzten Junitag des Jahres 1988, kurz vor der Räumung des Lenné-Dreiecks, übergab OB Erhard Kraak im Beisein Günther Schabowskis die um 3,3 Kilometer verlängerte U-Bahnlinie E vom bisherigen Endpunkt Tierpark über Biesdorf-Süd bis zum Elsterwerdaer Platz. Die weiteren 7,3 Kilometer bis Hönow sollten in absehbarer Zeit folgen.¹⁴³ Jedoch waren die U-Bahn-Wagen knapp geworden. Deshalb wurden am 23. März die ersten 4 von insgesamt 50 an die Ost-Berliner Verkehrsbetriebe verkauften U-Bahn-Wagen der BVG über den noch bestehenden Verbindungstunnel der Linie 8 und die Kehranlage am U-Bahnhof Alexanderplatz überführt. Ost-Berlin bezahlte diese Wagen durch Verrechnung von Leistungen, die es an den S-Bahn-Anlagen der BVG und den von ihr befahrenen Tunnelstrecken erbrachte.¹⁴⁴

¹⁴² Vgl. Pressekonferenz über die Vereinbarung zum Stromverbund, ND 19.3.1988.

¹⁴³ Vgl. Grünes Licht für neue U-Bahnstrecke, ND 1.7.1988.

¹⁴⁴ Vgl. Reichhardt, S. 279.

6. Die Kirche

Die evangelische Kirche in der DDR bildete mit ihren etwa 6 Millionen Mitgliedern den einzigen nicht gleichgeschalteten Raum innerhalb des Landes.¹⁴⁵ In einem fortwährenden Balanceakt hatte sie seit Gründung der DDR ihre Rechte verteidigt und teilweise ausgebaut. Kirchlicher Grundbesitz und das kirchliche Arbeitsrecht blieben staatlicherseits relativ unangetastet. Seit Mitte der 1950er-Jahre wurde aber mit der Jugendweihe die Konfirmation bedrängt und mit der Ernennung eines Staatssekretärs für Kirchenfragen der „Kirchenkampf“ amtlich. Im Jahr 1969 trennten sich durch massiven Druck der DDR-Führung die acht DDR-Landeskirchen von der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und vereinten sich im Bund Evangelischer Kirchen in der DDR (BEK).¹⁴⁶ Später formulierte BEK-Oberhaupt Bischof Albrecht Schönherr die strittige Formel von der „Kirche im Sozialismus“, welche die Kirche in „kritischer Solidarität“ zur SED positionierte. Das erste Gespräch zwischen BEK-Führung und Staatsführung am 6. März 1978 bestätigte der evangelischen Kirche neue Rechte und wurde als Wende in den Staat-Kirche-Beziehungen dargestellt. Diese genügten in ihrem Umfang aber keineswegs rechtsstaatlichen Ansprüchen. 1986 wurden zwei Drittel der BEK-Synodalen neu gewählt und der Thüringer Bischof Werner Leich zum Vorsitzenden der Konferenz der Kirchenleitungen (KKL) bestimmt. Ende des Jahres 1986 formulierte die KKL unter seinem Vorsitz, dass Kirche im Sozialismus weniger Orts- als vielmehr Situ-

¹⁴⁵ Die katholische Kirche hatte im Juli 1987 in Dresden mit ihrem ersten und letzten Katholikentreffen in der DDR gezeigt, dass sie bei aller öffentlichen Zurückhaltung eine politisch denkende Gemeinde vertrat. In Anwesenheit von Kardinal Ratzinger forderte sie eine „Theologie der Befreiung - auch für uns“, und Stefan Krawczyk präsentierte sein Programm „Wi(e)derstehen“, bevor ein zweiter Auftritt verboten wurde. Der Berliner Erzbischof Meisner sollte am Ende des Jahres 1988 zum Nachfolger des verstorbenen Kölner Kardinal Höffner bestimmt werden und war bis dahin der „konservative Stachel“ in Gesamtberlin.

¹⁴⁶ Dieser wurde von den 60 Mitgliedern der Synode des Bundes und der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR (KKL) geführt. Die KKL bildeten die leitenden Geistlichen der Gliedkirchen, weitere Kirchenleitungsvertreter, von der Synode gewählte Mitglieder und neben dem Leiter des Sekretariats der Präses der Synode. Sie kam alle zwei Monate zu zweitägigen Treffen zusammen. Dazwischen führte das Sekretariat die Geschäfte.

ationsbestimmung bedeute.¹⁴⁷ Wie sich durch Gorbatschows „Neues Denken“ die Lage der Kirche geändert hatte, war innerhalb der Kirche umstritten. Der Staat konstatierte, dass in allen DDR-Bezirken Kirchenvertreter aus dem „Neuen Denken“ Gorbatschows innenpolitische Fragestellungen zu Informationspolitik, kirchlicher Öffentlichkeitsarbeit und Reisefragen ableiteten.¹⁴⁸ Andere fühlten sich der DDR hingegen zu sehr verbunden, um Kritisches zu fordern.

Das warf die Frage nach dem gesellschaftspolitischen Mandat des DDR-Protestantismus auf, dem sich die KKL im März 1987 auf einer Tagung widmete. Das Mandat wurde nicht einheitlich aufgefasst. Während Bischof Leich für einen stärkeren biblischen Bezug bei öffentlichen Äußerungen der Kirche plädierte, kritisierte der Berliner Bischof Forck die von ihm wahrgenommene Tendenz zur Ehe zwischen Thron und Altar. Diese widersprach der von Dietrich Bonhoeffer formulierten unbedingten Parteinahme für die Opfer jedweden Systems. Allgemein wurde festgestellt, dass das Phänomen des öffentlichen Einspruchs der Kirche fehle und eine Verschleierung der Spannungen zwischen Staat und Kirche zukünftig unterbleiben solle. Abschließend stellte der KKL-Vorstand fest, dass es in der Konferenz offensichtliche Unterschiede in der Auffassung von „Kirche im Sozialismus“ gebe, es aber nicht möglich war, sich gegenseitig zu verdeutlichen, worin diese Unterschiede liegen.

Zwei Monate später forderte Leich vom Staatssekretär für Kirchenfragen, Gysi, dass Gorbatschows Neues Denken auch in die Bereiche Pädagogik, Wehrdienst oder Westreisen Einzug halten sollte. Darüber wolle er sobald wie möglich mit Honecker selbst sprechen.¹⁴⁹ Rein kirchliche Probleme drängten nicht, was Selbstverständnis und Rolle der evangelischen Kirche dieser Zeit charakterisiert.

Gefährlich wurde dem Staat der große institutionalisierte Kirchenapparat vom Gemeindegemeinderat bis zur BEK-Synode, wenn ihn kirchliche Basisgruppen wie die „Abgrenzungsinitiative“ der Berliner Bartholomäusgemeinde im September 1987 für die innerkirchliche Mehrheitsbeschaffung nutzten. Innerkirchliche Mehrheiten waren verbindlich für das Handeln von Kirchenleitungen in der Öffentlichkeit.

Den Leiter des BEK-Sekretariats, Oberkirchenrat Martin Ziegler, und den Vorsitzenden der KKL, den thüringischen Landesbischof Werner Leich,

¹⁴⁷ Vgl. Besier, S. 188.

¹⁴⁸ Vgl. ebd., S. 197.

¹⁴⁹ Vgl. ebd., S. 198f.

verwarnte am 19. Februar 1988 das SED-Politbüromitglied Werner Jarowsky im Gebäude des Staatsrats. Er wies, einen Monat nach der Luxemburg-Demo und kurz nach der 1. Session der Ökumenischen Versammlung darauf hin, dass die Kirche sich von ihren Friedens- und Menschenrechtskreisen in Dinge hineinziehen lasse, die nach der Verfassung nicht ihre Sache seien. Wer Konzeptionen vertrete, die den Gegensatz zwischen Staat und Kirche förderten, handle gegen die Interessen der Gläubigen. Eine Belebung der Kirche als politische Opposition würde außerdem zu einer gefährlichen Belastung der Staat-Kirche-Beziehungen führen. Die eigentlich geheimen Protokolltexte der Unterredung gelangten in die Hände von kirchlichen Friedensgruppen, die sie veröffentlichten.¹⁵⁰

Am 3. März 1988 kamen endlich Vertreter der Regierung und der evangelischen Kirche der DDR unter Leitung Bischof Leichs zu einem Spitzentreffen zusammen. Gegenüber der ARD-Tagesschau sagte Leich, dass er Wehrdienstfragen, die Chancengleichheit von Christen im Bildungssystem und Fragen des Staatsumgangs mit dem Bürger in konkreten alltäglichen Situationen problematisiert habe.¹⁵¹ Außerdem forderte er den Verkauf einiger als seriös geltender Zeitungen westdeutscher Herkunft in der DDR.¹⁵² Entspannung stellte sich nicht ein. Arbeitskontakte zwischen dem BEK und dem Staatssekretariat für Kirchenfragen wie auch zwischen den einzelnen Landeskirchen und den Räten der Bezirke blieben bestehen. Die Ökumenische Versammlung wie auch die Ergebnisse der Bundessynode¹⁵³ und einiger Landessynoden im Herbst 1988 ließen die Beziehungen aber noch frostiger werden.

Frostig waren die Beziehungen zum Staat für die Evangelische Landeskirche Berlin-Brandenburg (EKBB) in den 1980er-Jahren durchgehend. Sowohl ihre Kirchenleitung als auch vor allem ihre flächendeckend in Friedens- oder Menschenrechtskreisen organisierte Basis galt innerhalb der DDR als besonders renitent. Im Jahr 1987 hatten der regionale Kirchentag,

¹⁵⁰ Vgl. Neubert, Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989, Berlin 1997, S. 803. Auszugsweise verlesen u.a. in „Radio Glasnost“ am 26.9.1988.

¹⁵¹ Vgl. ARD-Tagesschau 4.3.1988.

¹⁵² Vgl. Die Ansprache des Vorsitzenden des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR während seines Gesprächs mit Honecker, FAZ 8.3.1988.

¹⁵³ Die Bundessynode vom 16.-21.9.1988 fasste einen Beschluss zu „Fragen des innergesellschaftlichen Dialogs“. In diesem forderte sie neben Gesprächen über Wehrdienst usw. auch den Dialog über Ausreiseantragsteller.

der Olof-Palme-Friedensmarsch oder die „Aktion Falle“ für zusätzliche Spannungen gesorgt.

Der Bischof der berlin-brandenburgischen Landeskirche, Gottfried Forck, verlangte in einem Deutschlandfunk-Interview am ersten Sonntag des Jahres 1988 neben vielem Brisanten „endlich einmal Klarheit, wie weit Pädagogen gehen dürften“.¹⁵⁴ Die Amtszeit Bischof Forcks wurde am 4. März 1988 von der Kirchenleitung der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg um weitere drei Jahre verlängert, was gegenteilige Hoffnungen des Staates enttäuschte.

Die Tagung der Synode der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg vom 8. bis 12. April 1988 in der Stephanus-Stiftung Berlin-Weißensee stritt über das Verhältnis zu den kirchlichen Basisgruppen wie auch zu den Ausreiseartragstellern.¹⁵⁵ In ihrer Predigt am 10. April vor der Synode verband die Friedrichshainer Superintendentin Laudien aktuelle Vorgänge (wie Skinheadgewalt) und Erziehungsfragen zu einem Gedankengang, der staatlicherseits auf Missfallen stieß.

In einem Beitrag für die in West-Berlin erscheinende Zeitung „Kirche im Sozialismus“ vertrat kurz darauf der Ost-Berliner Dozent am Sprachenkonvikt (einer kircheneigenen theologischen Hochschule), Richard Schröder, die Auffassung, dass die vor mehr als 15 Jahren von der Kirche geprägte Formel „Kirche im Sozialismus“ irreführend sei. Die Bezeichnung „Kirche in der DDR“ hielt er für treffender. Schröder betonte außerdem, dass einige Voraussetzungen des SED-Programms dem christlichen Menschenbild widersprächen.¹⁵⁶

Theologen wie Schröder und Bischof Forck stand eine kleine Anzahl SED-konformer Theologen gegenüber. Diese wurden organisatorisch in Form der „Christlichen Friedenskonferenz“ oder landeskirchlicher Bruderschaften vom Staat unterstützt, um die Kirche zu spalten und zu schwächen. Am 11. Februar 1988 wurde ein Brief des Marzahner Gemeindepfarrers Cyrill Pech an Erich Honecker bezüglich eines guten Miteinanders zwischen Staat und Kirche im ND abgedruckt. Den 10-jährigen Jahrestag des Staat-Kirche-Spitzengesprächs anführend, welches für ein Grundvertrauen zwischen Kirche und Staat gesorgt hätte, verwies er auf Leute, die dieses zerstören wollten. Er versicherte, dass die Mehrheit der Gläubigen mit ihm den Weg des

¹⁵⁴ Vgl. DDR-Kirche verlangt vom Staat Klarheit über Glaubensfreiheit, Frankfurter Rundschau 4.1.1988.

¹⁵⁵ Vgl. BStU, MfS, HA XX/AKG, Nr. 1336, Bl. 43-48.

¹⁵⁶ Vgl. Theologe für Distanz von Kirche im Sozialismus, Die Welt 27.8.1988.

guten Miteinanders gehen wollten, mit ihm für ein gutes menschliches Für- und Miteinander arbeiteten und dafür von der Kirche Zuspruch und Trost erwarten.¹⁵⁷

Als auch derartige Christen ihre ohnehin schwache innerkirchliche Wirkung zunehmend verloren, beschloss das Politbüro der SED im Dezember 1988, den Freidenkerverband wieder zuzulassen, der sich 1989 neu gründete. Ziel des Verbandes war unter anderem, die politische Auseinandersetzung mit jeder Form des klerikalen Antikommunismus zu führen.¹⁵⁸ Das „Neue Denken“ Gorbatschows sollte innerhalb der Gesellschaft nicht der Kirche überlassen, sondern von SED-gesteuerten „liberalen“ Kräften bestenfalls atheistisch gewendet werden. Ein Eingeständnis zunehmender Hilflosigkeit.

6.1. Der Pressekrieg

Nahezu hilflos war die DDR-Führung auch bei der Verteidigung ihres vor allem durch Westmedien in Frage gestellten Öffentlichkeitsmonopols. Kirchliche Anliegen wie auch offiziell verschwiegene gesellschaftliche Missstände wurden durch sie immer stärker in der DDR bekannt. Über die somit breiter wahrgenommene Wirklichkeit wollten auch die DDR-Kirchenzeitungen angemessen berichten. Gegen sie setzte das staatliche Presseamt im Jahr 1988 17 Auslieferungsverbote und 40 verändernde Eingriffe an Artikeln gegenüber Kirchenzeitungen wie „Die Kirche“ (Ost-Berlin), „Potsdamer Kirche“, „Glaube und Heimat“ (Weimar), „Mecklenburgische Kirchenzeitung“ (Schwerin) und „Der Sonntag“ (Dresden) durch. Die Auslieferung der Wochenzeitung „Die Kirche“ wurde fünfmal, die der „Potsdamer Kirche“ viermal und die von „Glaube und Heimat“ dreimal verboten. Parallel wurden kirchenleitende Mitarbeiter und Chefredakteure zum Leiter des Presseamtes beim Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, Kurt Blecha, zitiert, wo ihnen beispielsweise am 18. April 1988 erklärt wurde, dass die Ausreiseproblematik kein Gegenstand der kirchlichen Seelsorge sein könne. Ebenso dürften Fragen wie Wehersatzdienst, Menschenrechtsgruppen und die schulische Erziehung nicht erörtert und publiziert werden. Umweltfragen

¹⁵⁷ Vgl. Für ein gutes Miteinander, Brief Cyrill Pechs, Pfarrer in Berlin-Marzahn Nord, an Erich Honecker vom 5.2.1988, ND 11.2.1988.

¹⁵⁸ Vgl. Bildung des Verbandes der Freidenker in der DDR, 30.12.1988, BStU, MfS, ZKG, Nr. 2.354, Bl. 1.

hingegen nur, wenn sie keine Angriffe auf die staatliche Energiepolitik enthielten.¹⁵⁹

Die Kirche aber ließ sich nicht mehr einschüchtern und reagierte. Als Vorsitzender der KKL schrieb Leich am 28. April an den Vorsitzenden des Ministerrates, Stoph. Darin erhob die Kirchenleitung Einspruch gegen das Verhalten des Leiters des Presseamtes und fragte, was Blecha dazu berechtige, derart einschneidende kirchenpolitische Entscheidungen zu treffen. Der Verkündigungsauftrag der Kirche sei nicht einzugrenzen und die Seelsorge reiche in alle Bereiche des menschlichen Lebens hinein. Anfang Juli bekräftigte die Kirchenleitung ihre Auffassung mit dem Beschluss, dass sie unbedingt die Möglichkeit haben müsse, über kirchliche Vorgänge wie Synodalverhandlungen vollständig und uneingeschränkt zu berichten. Dieser Beschluss wurde anschließend als hektografiertes Rundschreiben an alle Pfarrer und kirchlichen Mitarbeiter des BEK weitergereicht.

Einem Gespräch zwischen Leich und Oberkirchenrat Ziegler mit den Staatssekretären Löffler und Kleinert im Ministerrat am 10. August folgte keine Verhaltensänderung. Ein weiteres Gespräch zwischen Leich und Löffler am 13. Oktober brachte ebenfalls keine Klärung.¹⁶⁰

Die berlin-brandenburgische Landeskirche war eine der am meisten von Zensur betroffenen Regionalkirchen. Gegenüber dem Ost-Berliner Propst Hans-Otto Furian stellten zwei Mitarbeiter des Presseamtes am 22. Juni bezüglich der Wochenzeitung „Die Kirche“ verschärfend klar, dass es keine Möglichkeit des Feilschens mehr gebe und es nur noch um die Entfernung und nicht mehr Bearbeitung von Artikeln mit Überschriften wie „Gesellschaftliche Mitverantwortung im Gespräch“, „Blechkuchen mit Panzern und Marzipan“ oder „Berliner Luft und viele Fragen“ gehe.¹⁶¹

Das Gespräch fand parallel zu den an den vier Juniwochenenden nacheinander stattfindenden Regionalkirchentagen in Erfurt, Halle, Görlitz und Rostock statt. Gerade Berichte über diese Kirchentage, beispielsweise über das Auftreten des SPD-Politikers Egon Bahr auf dem Erfurter Kirchentag sowie

¹⁵⁹ Vgl. Presseamtschef Kurt Blecha gegenüber Oberkirchenrat Siegert, in: Nixdorf, Wolfgang: Kirchliche Pressearbeit unter den Bedingungen der DDR – Die Wochenzeitungen „Die Kirche“ (Greifswalder Ausgabe) und „Mecklenburgische Kirchenzeitung“ 1976-1989, in: Zeitgeschichte regional, Mitteilungen aus Mecklenburg-Vorpommern 7. Jg., H. 1, Juli 2003, S. 42.

¹⁶⁰ Vgl. ebd., S. 45.

¹⁶¹ Vgl. ebd., S. 43.

den Auftritt des Exbundeskanzlers Helmut Schmidt auf dem Rostocker, beurteilte der Staat kritisch.

Der Ost-Berliner Bischof Forck reagierte auf diese Entwicklungen mit einem Schreiben an den Vorsitzenden des DDR-Ministerrats, Willi Stoph, bezüglich Eingriffen in die Wochenzeitung „Die Kirche“. Darüber informierte die berlin-brandenburgische Kirchenleitung die Gemeinden in einem Schreiben, welches in den Sonntagsgottesdiensten verlesen wurde.¹⁶² Kurz darauf wurde der langjährige Staatssekretär für Kirchenfragen, Klaus Gysi, von Kurt Löffler in diesem Amt abgelöst.

Ein Gebetstext zur Ökumenischen Versammlung im Oktober 1988 in Magdeburg in „Die Kirche“ wurde zum ersten großen Problem Löfflers. Das Verbot des Abdrucks der Passage „Hilf, dass durch die Beratungen der Prozess der Umkehr und Erneuerung in unserm Land gefördert wird“ führte dazu, dass kirchliche Mitarbeiter zu einem Schweigemarsch vom Ost-Berliner Konsistorium in der Neuen Grünstraße zum DDR-Pressamt von Kurt Blecha aufriefen. Dem Schweigemarsch wurde ein Schild in Form eines Kreuzes mit der Aufschrift „Gegen die Verbotspraxis“ vorangetragen. Auf anderen Plakaten wurde Pressefreiheit für „Die Kirche“ gefordert. Zunächst wurden 15 Demonstranten festgenommen, während andere versuchten, die westlichen Reporter und Kamerateams zu schützen sowie beruhigend auf die Sicherheitskräfte einzuwirken. Zeitweise wurde die Abfahrt eines von vier Polizeilastwagen verhindert.¹⁶³

Schließlich wurden alle 150 Demonstranten festgenommen und am Abend wieder entlassen. Ost-Berliner Zeitungen berichteten am folgenden Tag unter der Überschrift „Personen wurden verwahrt“, dass die Volkspolizei eine Gruppe von 80 Personen festgestellt hätte, die öffentlich gegen staatliche Ordnungsmaßnahmen aufgetreten sei.

Die anwesenden Pfarrer Wolfram Hülsemann und Cyrus hatten noch am selben Tag verabredet, am 11. Oktober in der Friedrichshainer Galiläage-meinde einen Dankgottesdienst zu veranstalten, den rund 320 Personen besuchten. In seiner Predigt dankte Hülsemann, dass alle wieder auf freiem Fuß seien, und eine Redakteurin der Zeitung „Die Kirche“ trug anschließend das verbotene ökumenische Gebet vor.

¹⁶² Vgl. DDR-Kirche beklagt Eingriffe in ihren Verkündigungsauftrag, Frankfurter Rundschau 5.7.1988.

¹⁶³ Vgl. DDR-Zeitungen berichten über die Festnahmen, FAZ 12.10.1988.

Vollständig vereiste das Verhältnis Staat-Kirche durch die ADN¹⁶⁴-Meldung „Herr Stolpe und der Idealfall“ vom 10. Januar 1989. In einem „Welt“-Interview hatte Konsistorialpräsident Manfred Stolpe¹⁶⁵ erklärt, dass die Reiseverordnung noch nicht der „Idealfall“ sei und flexibel gehandhabt werden müsse. ADN konterte, dass ein Konsistorialpräsident daran interessiert sein müsse, seine ganze Aufmerksamkeit religiösen Belangen zu widmen. Besonders in Zeiten, da seitens der evangelischen Kirchen ein mangelhafter Gottesdienstbesuch festgestellt werde. Stattdessen verteile Stolpe aber Interviews nach dem Motto: „Hauptsache, es bleibt etwas Schlechtes an der DDR hängen.“

Solcherlei Vorkommnisse führten zu einem engeren Schulterschluss zwischen der Kirchenleitung, den unter ihrem Dach arbeitenden Friedens- und Menschenrechtskreisen als auch den organisierten Ausreiseantragstellern. Ihre Anliegen wurden verstärkt Gegenstand der Synoden oder kirchenamtlicher Verlautbarungen. Im Pressekrieg hatte die Kirche noch nicht gesiegt, aber Land gewonnen.

6.2. „Wir wollen raus“: Die Kirche und die Ausreiser

Der Kampf um die kirchliche Betreuung von Antragstellern auf ständige Ausreise verlief ähnlich heftig. Am 8. Februar 1988 hatte die EKBB in der Nöldnerstraße/Berlin-Lichtenberg ein Kontaktbüro zur seelsorgerischen Betreuung ausreisewilliger DDR-Bürger eröffnet. Der Entschluss, Ausreisewillige kirchlich zu betreuen, war möglicherweise gefallen, nachdem Tage zuvor Pfarrer und MfS-IM Gottfried Gartenschläger in seiner Friedrichsfelder Kirche Ausreiseantragstellern das „gemeinsame Wir“ unter dem Dach der Kirche abgesprochen und ihnen privat-egoistische Motive unterstellt hatte. Darauf reagierten einige Gläubige zornig und verlangten Seelsorge auch für die, die ihr Menschenrecht zum Verlassen des Landes einforder-

¹⁶⁴ Der Allgemeine Deutsche Nachrichtendienst (ADN) war die einzige zugelassene Nachrichten- und Bildagentur der DDR.

¹⁶⁵ 1969-1981 Leiter des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR, 1982-1990 Konsistorialpräsident der Ostregion der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg, 1982-1989 einer der beiden stellvertretenden Vorsitzenden des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR.

ten. Einige wollten sogar zur Kanzlei des Rechtsanwalts Wolfgang Vogel¹⁶⁶ ziehen, um dort für Ausreisefreiheit zu demonstrieren.¹⁶⁷

Am 10. Februar druckte die Berliner Zeitung kommentarlos einen kirchlicherseits verfassten Text. Es war die vom Ost-Berliner Generalsuperintendenten Günther Krusche unterzeichnete Erklärung der Kirche zu Ausreisefragen. Darin hieß es, dass trotz Kontaktbüro die Bearbeitung und Entscheidung von Ausreiseanträgen nur bei Staatsorganen erfolgen könne. Diese Kirchenerklärung war nötig, weil die durch Westmedien transportierte Meldung über die Eröffnung des Büros in der Nöldnerstraße zu einem Ansturm von Ausreisewilligen führte, die glaubten, dort ihr Verfahren beschleunigen zu können. Daraufhin wurde die Arbeit der Beratungsstelle eingeschränkt. Der Problemdruck blieb.

Die staatliche Reaktion aber eröffnete eine neue Konfliktlinie und verschuldete so eine Verschärfung der Situation. Die folgenden Vorgänge in der Sophienkirche wurden symptomatisch für derartige Fehlleistungen.

Am 6. März, dem 10. Jahrestag des Staat-Kirche-Spitzengesprächs, wurden Besucher des Gottesdienstes in der Sophienkirche im Bezirk Mitte durch Polizei und MfS Ausweiskontrollen unterzogen oder mit der Begründung, dass die Kirche nicht in ihrem Wohnbezirk liege, verhaftet. Das hing zusammen mit den durch Ausreiseantragsteller forcierten Entwicklungen nach den Anfang Februar ausgelaufenen Fürbittandachten für die Verhafteten der Luxemburg-Demo. Diese deuteten nach Meinung des MfS auf eine Besetzung der Kirche durch Ausreiseantragsteller hin.¹⁶⁸

Der zuständige Gemeindepfarrer Passauer beschwerte sich umgehend beim Berliner Magistrat, womit eine über Monate sich hinziehende Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche ihren Lauf nahm. Mitglieder der Sophiengemeinde richteten eine Beschwerde über die Vorgänge an den Ost-Berliner Magistrat. Andere Gemeinde- und Kreissynoden unterstützten öffentlich diese Beschwerde, die Pfarrer Hildebrandt im Gottesdienst am 13. März in der Sophienkirche in Anwesenheit vieler Ausreiseantragsteller verlas. Zwei Tage zuvor, am 11. März, hatte der Stellvertreter des Oberbürgermeisters Berlins für Inneres, Hoffmann, mit Stolpe und Pfarrer Pas-

¹⁶⁶ Wolfgang Vogel war Rechtsanwalt in der DDR, Organisator des ersten Agentenaustausches im Kalten Krieg und DDR-Unterhändler beim Häftlingsfreikauf.

¹⁶⁷ Vgl. DDR-Kirche will Unmut in den Gemeinden besänftigen, Augsburger Allgemeine 9.2.1988.

¹⁶⁸ Vgl. Zur geplanten Besetzung der Sophienkirche, Radio Glasnost, 28.3.1988, in: BStU, MfS, HA XX/AKG, Nr. 1.345, Bl. 109-112.

sauer ein Gespräch geführt. Hoffmann verteidigte das Vorgehen der Sicherheitskräfte und zog aus der Anwesenheit westlicher Kamerateams am 6. März den Schluss, dass die Ausreiseantragsteller eine öffentlichkeitswirksame Kirchenbesetzung planten.¹⁶⁹

Am darauffolgenden Sonntag erfuhren die Gottesdienstbesucher in einer Erklärung der Kirche, dass der Magistrat die abgegebene Beschwerde über die Vorgänge am 6. März als unwahr zurückgewiesen hätte. In einem offenbar gezielt an kirchliche Mitarbeiter gerichteten Schreiben des stellvertretenden Oberbürgermeisters für Inneres verteidigte dieser im Mai den Einsatz, da es deutliche Anzeichen für eine Kirchenbesetzung gegeben hätte. Das könne der DDR auch außenpolitisch schaden. Außerdem beklagte er, dass die Beschwerde der Sophiengemeinde über westliche Medien Verbreitung fand, bevor sie mit staatlichen Organen besprochen wurde.¹⁷⁰

Neben dem Kontaktbüro und der Aktion um die Sophienkirche produzierte auch das Wirken Pfarrer Werner Hilses in der Treptower Bekenntniskirche, etwa 200 Meter von der Berliner Mauer entfernt, Dynamik in der Auseinandersetzung der Kirche mit dem Staat um die Betreuung der Ausreiseantragsteller. Anfang 1988 bildete sich in der Gemeinde ein Seelsorgekreis, in dem Ausreiseantragsteller Erfahrungen austauschten. Aus dem Kreis ging das monatlich stattfindende Sonntagsgespräch zu verschiedensten Themen sowie der „Arbeitskreis Gottesdienste für Gerechtigkeit und Frieden“ hervor.¹⁷¹

Alles begann am 21. Februar, als 350 Personen, überwiegend Ausreiseantragsteller, die in Folge der Luxemburg-Demo kaum für sie offene Räume fanden, Hilses Gottesdienst besuchten. Noch während des Gottesdienstes überreichte ein Mitglied der Arbeitsgruppe Staatsbürgerschaftsrecht (AGST)

¹⁶⁹ Vgl. Informationen über den am 13. März 1988 in der Sophienkirche stattgefundenen Gottesdienst, BStU, MfS, HA VII, Nr. 523, Bl. 228-231.

¹⁷⁰ Vgl. Ost-Berlin begründet Polizeieinsatz, FAZ 16.5.1988. Ganz ohne Besetzungsandrohungen mussten sowohl der mecklenburgische Bischof Stier als auch der provinziälsächsische Bischof Demke ebenfalls vor den Synoden ihrer Landeskirchen von psychischem Druck auf Gottesdienstbesucher ihrer Landeskirchen berichten. Die nervöse Reaktion des Staates gegenüber den Ausreiseantragstellern führte dazu, dass westlichen Korrespondenten die Teilnahme an weiteren Synodaltagungen in Dresden, Görlitz oder Wittenberg untersagt wurde.

¹⁷¹ Vgl. Herr Hannaske nahm kein Blatt vor den Mund, ND 16.8.2004. Von Februar bis Anfang November 1988 führte Hilse 13 Sonntagsgespräche und 14 thematische Abendveranstaltungen durch.

dem Pfarrer eine Spende von 900 Mark für eine neue Orgel. Als bekannt wurde, dass um 19.30 Uhr ein Sonntagsgespräch mit Oppositionellen der „Kirche von unten“ (KvU) in der Bekenntniskirche stattfinden sollte, war klar, dass die Ausreiseantragsteller auch dort massenhaft auftreten würden. Hilse informierte darüber die Kirchenleitung, und Propst Hans-Otto Furian und Rechtsanwalt Lothar de Maizière gestalteten neben dem Vertreter der KvU und einem weiteren Pfarrer aus Lichtenberg das Sonntagsgespräch. Es drehte sich auch nicht wie geplant um die Arbeit der KvU, sondern um die Probleme der Ausreiseantragsteller. Flugblätter forderten auf, sich ab sofort jeden Montag um 18 Uhr am Brandenburger Tor zu einem gemeinsamen großen Ausreiseantragsteller-Spaziergang zu treffen.¹⁷² Zur Bekenntniskirche wollten sie ohnehin zurückkommen.

Hilse ließ bei dem Sonntagsgespräch am 10. Juli jedoch den eher systemnahen Pfarrer Bruno Schottstädt über die Ergebnisse der Berliner Konferenz für kernwaffenfreie Zonen, deren Teilnehmer er war, sprechen und erregte damit den Unmut der anwesenden Ausreiseantragsteller. Neben Anwürfen „Wie können Sie von Menschenrechten und Frieden sprechen und zugleich die Mauer billigen und zulassen?“ griffen sie Schottstädt auch persönlich an. Der drohte, den Raum zu verlassen, wenn dieser Ton beibehalten würde. Der Stellvertreter für Inneres des Rates des Stadtbezirkes Berlin-Treptow beschloss daraufhin, den Gemeindegemeinderat stärker in die Bearbeitung von Pfarrer Hilse einzubeziehen.¹⁷³

Zum Konflikt führte das Sonntagsgespräch am 30. Oktober mit Bärbel Bohley, ihrem ersten Auftritt vor großem Publikum nach der Rückkehr aus dem Exil in England. Die Ausreiseantragsteller brachten nur Unverständnis für ihr Zurückkehren auf. Dieses wurde noch gesteigert durch Bohleys Haltung, dass sie sich trotz aller Verfolgung weiter für die Demokratisierung der DDR einsetzen wolle. Dass die Friedensgruppen sich nur verhalten für Antragsteller öffneten, begründete sie damit, dass diejenigen, die hier bleiben wollten, Angst davor hätten, von Ausreisewilligen überschwemmt zu werden.¹⁷⁴ Die gemeinsame Absage an das System führte für Ausreisean-

¹⁷² Vgl. Informationen über Veranstaltungen in der Bekenntniskirche, Berlin 22.2.1988, und Informationen über geführte Gespräche mit kirchlichen Amtsträgern, Berlin 25.2.1988, in: Landesarchiv Berlin C Rep. 104, Nr. 563.

¹⁷³ Vgl. Informationen über eine Veranstaltung in der Bekenntniskirche in Berlin-Treptow am 10.7.1988, in: Landesarchiv Berlin C Rep. 104, Nr. 563.

¹⁷⁴ Vgl. Informationen über das Sonntagsgespräch vom 30.10.1988 in der Bekenntniskirche Berlin-Treptow, in: ebd.

tragsteller und kirchliche Basisgruppen nur sukzessiv zu einer gemeinsamen Handlungsbasis.

Den thematischen Gottesdienst zur Pogromnacht (innerhalb der Friedensdekade) am 7. November pointierte Hilse mit der Aussage, dass der Mensch immer nach vorne sehen müsse, um Unterdrückung, Verleumdung und das Abhören des Telefons zu verschmerzen.¹⁷⁵ Dass er die Lage von Juden im „Dritten Reich“ mit der Situation der Ausreiseantragsteller in der DDR wegen des gegen beide verhängten Führerscheintzuges verglich, brachte das Fass zum Überlaufen. Ein Mitarbeiter für Kirchenfragen des Rats des Stadtbezirks Treptow stellte fest, dass der eigentlich der Pogromnacht gewidmete Gottesdienst missbraucht wurde, um die Verhältnisse in der DDR zu diskriminieren.¹⁷⁶ Die Vertreter der Nationalen Front des Wohnbezirksausschusses sollten deshalb zukünftig mit Mitgliedern des Gemeindekirchenrats reden.¹⁷⁷ Für den 28. November wurde ein Gespräch des Stellvertreters des Stadtbezirksbürgermeisters für Inneres mit dem Gemeindekirchenrat geplant.

Schon vorher wurden wegen der Vorbereitung eines Gottesdienstes anlässlich des 40. Jahrestags der Menschenrechtskonvention der Bürgerrechtler Werner Fischer, einige Ausreiseantragsteller und Mitglieder des „Arbeitskreises Gottesdienste für Gerechtigkeit und Frieden“ der Treptower Bekenntniskirche festgenommen. Die meisten wurden nach 20 Stunden freigelassen, während drei zuvor bereits verhaftete Arbeitskreismitglieder in Haft blieben.¹⁷⁸

Im Vorfeld des Menschenrechts-Gottesdienstes traf sich der Gemeindekirchenrat mit Genossen des Stadtbezirkes. In einer Atmosphäre, die vom „Sputnik“-Verbot, den Verhaftungen und der konsequenten Haltung Hilses geprägt war, verwiesen die Gemeindekirchenratsmitglieder darauf, dass man

¹⁷⁵ Informationen zum thematischen Gottesdienst in der Bekenntniskirche Berlin-Treptow am 7.11.1988, in: ebd.

¹⁷⁶ Vgl. Information über Veranstaltungen der Friedensdekade, Landesarchiv Berlin C Rep. 104, Nr. 604.

¹⁷⁷ Hintergründe zu Versuchen, den Gemeindekirchenrat zu spalten, Unterschriftensammlungen der Kirchenanlieger gegen die Veranstaltungen, das Selbstverständnis Hilses usw., in: Hilse, Werner: Flucht und Ausreisebewegung, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), hg. vom Deutschen Bundestag, Bd. VII, Baden-Baden 1995, 1, S. 390-397.

¹⁷⁸ Vgl. Drei festgenommenen Christen in der DDR droht Anklage, FAZ 28.11.1988.

die Ausreisewilligen nicht in die Kirche geholt hätte, sie vielmehr von allein seit Januar/Februar verstärkt aufträten. Dass das Interesse der Westmedien an der Bekenntniskirche gewachsen war, gefiel dem Gemeindegemeinderat nicht. Hilse betonte, dass, solange er etwas zu sagen habe, die Westpresse ihm nicht in die Kirche komme.¹⁷⁹

Wenige Tage vor dem Gottesdienst anlässlich des 40. Jahrestages der Menschenrechtskonvention sprach ein Staatsvertreter noch einmal mit Superintendent Kautzsch, der erklärte, dass die Bekenntniskirche Stellvertreterfunktion für andere ausübe.¹⁸⁰ Etwa 800 Besucher (200 davon in staatlichem Auftrag) kamen zum Gottesdienst am 11. Dezember 1988. Hilse predigte scharf. Arche-Mitglieder präsentierten ihre Arbeit, dann berichtete ein Sowjetbürger über Erfahrungen von Umweltschutzgruppen in den baltischen Sowjetrepubliken.¹⁸¹ Ein erstes Miteinander von kirchlichen Basisgruppen und Ausreisepersonen.

6.3. „Wir bleiben hier“: Die Kirche und die Basisgruppen

Vom 11. bis 13. März tagte die KKL auf einer Klausurtagung in Buckow zum Thema „Unsere Kirche in der gegenwärtigen Situation - zum Verhältnis zwischen Kirche und Gruppen“. In der abschließenden Presseinformation formulierte die KKL, dass die Kirche ihre Aufgabe darin sehe, zu gesellschaftlichen Verhältnissen beizutragen, unter denen Menschen gerne lebten. Dabei war mancher Kirchenleitung aber nicht jedes Mittel recht. Die Mittel vieler kirchlicher Friedens-, Menschenrechts- und Ökogruppen, oft von kirchlichen Mitarbeitern gegründet und geleitet, auch nicht. Hier setzten die staatliche Kirchenpolitik und das MfS ihre Differenzierungsstrategie an. Das Selbstverständnis, dass auch die verschiedenen Basisgruppen „Kirche waren“, konnte sich jedoch, trotz MfS-IM in Kirchenleitungen und Gruppen, bis zum Ende der DDR erfolgreich behaupten. Ohne sich darauf einzulassen, „Kirche zu sein“, hätte es die kirchlichen Basisgruppen auch nie gegeben.

¹⁷⁹ Vgl. Protokoll der Beratung des Gemeindegemeinderates Treptow am 30.11.1988, in: Landesarchiv Berlin C Rep. 104, Nr. 563.

¹⁸⁰ Vgl. Protokoll über ein Gespräch mit dem Superintendenten des Kirchenkreises Oberspree, Herrn Kautzsch, in: Landesarchiv Berlin C Rep. 104, Nr. 563.

¹⁸¹ Radio Glasnost, 26.12.1988, BStU, MfS, HA XX/AKG, Nr. 1345, Bl. 382-383.

Friedens-, Menschenrechts- und Ökogruppen nutzten die Institutionen der Kirche, um ihren Anliegen mehr Gewicht zu verleihen. Waren sie auch nicht in jedem Fall ausdrücklich als kirchliche Gruppe organisiert (wie etwa Evangelische Studentengemeinden, Arbeitskreise einer Gemeinde oder Landeskirche), konnten sie dennoch kirchliche Infrastruktur benutzen, ihre Zeitschriften mit der Aufschrift „nur zum innerkirchlichen Dienstgebrauch“ teilegalisieren oder im kirchlichen Instanzenzug mit Anträgen Mehrheiten für ihre Ideen organisieren.

So auch Mitglieder der Berliner Bartholomäusgemeinde. Parallel zum Briefwechsel der Berliner Bischöfe zum 25. Jahrestag des Mauerbaus hatte sich am 13. August 1986 der Vikar der Bartholomäusgemeinde, Reinhard Lampe, öffentlich an ein Fensterkreuz in Grenznähe gekettet und damit gegen die Mauer protestiert. Der Gemeindegemeinderat setzte sich mit diesem Vorgang auseinander und formulierte den Synodalantrag „Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung“. Anfang 1987 schlugen Stephan Bickhardt und der wieder aus der Haft entlassene Lampe dem Gemeindegemeinderat vor, eine Initiative zu gründen, die sich wesentlich um die Popularisierung des „Abgrenzungsantrags“ kümmern sollte. Auf der Tagung der Synode des BEK im September 1987 brachte der Synodale Propst Heino Falcke aus Erfurt den Antrag des Gemeindegemeinderats der Bartholomäusgemeinde Berlin mit dem Ziel ein, die Kirche für die Forderung nach Reisefreiheit zwischen West und Ost zu sensibilisieren. Er erhielt dort keine Mehrheit. Die Synode beschloss aber, mit den Initiatoren wie auch Absendern von unterstützenden Zuschriften (viele waren Vertreter von Basisgruppen) eine Aussprache zu führen. Diese fand als Seminar am 16. Januar 1988 in Oranienburg statt. Die Mehrheit des Seminars forderte „Freiheitliches“, wie es einen Tag später die ungebetenen Demonstranten auf der Luxemburg-Demonstration ebenfalls tun wollten.¹⁸²

Der sachsen-anhaltinische Oppositionelle Hans-Joachim Tschiche stellte im März 1988 auf dem zentralen Vertretertreffen der Basisgruppen „Frieden konkret“ in Cottbus die Forderungen an die Kirche folgendermaßen zusammen: Man erwarte, dass sie Räume zur Verfügung stelle, kirchliche Mandatsträger am Spiel der Mächtigen nicht teilhätten und sie sich solidarisch mit Gruppenvertretern verhielten. Tschiche erkannte aber auch an,

¹⁸² Vgl. Informationen über das Seminar „Abgrenzung und Öffnung des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR“ am 16. Januar 1988 in Oranienburg, BStU, MfS, HA XX/4, Nr. 1.480, Bl. 243-251.

dass die gesamtkirchliche Arbeit Aspekte habe, die nicht unbedingt im Blickfeld der Gruppen lägen.

Das Verständnis, Teil der Kirche zu sein, dokumentierten die Gruppen im internationalen „Konziliaren Prozess“¹⁸³. Diese noch von Dietrich Bonhoeffer angeregte, seit 1986 für die DDR vom Städtökumenekreis Dresden vorbereitete „Ökumenische Versammlung“ fühlte sich im Begriffszusammenhang „Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ den Fragen einer Verbindung von globaler Herausforderung und regionaler Reformperspektive verbunden. Kirchengemeinden wurden aufgerufen, Reformvorschläge an das Vorbereitungskomitee schriftlich einzureichen. Bis Ende Januar 1988 gingen rund 10.000 Zuschriften aus der gesamten DDR ein. Diese problematisierten eher innenpolitische Missstände als außenpolitische Problemlagen. Der Staat war alarmiert.

In diesem Sinne politisierte Delegierte aus Kirchengemeinden und ihren Basisgruppen trafen sich erstmalig am 13. Februar 1988 im Gemeindezentrum der Dresdner Christuskirche, um unter dem Titel „Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ die „Zeugnisse der Betroffenheit“ über Probleme des Lebens in der DDR anzuhören. Auch der Antrag „Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung“ wurde hier vorgestellt, und die Bildung einer Arbeitsgruppe, die ein Papier über „Mehr Gerechtigkeit in der DDR“ verfassen sollte, wurde zum Politikum. Am Abend des Tages predigte der Berliner Bischof Gottfried Forck beim traditionellen Gedenkgottesdienst anlässlich der Bombardierung Dresdens in der restlos überfüllten Dresdner Kreuzkirche. Im Anschluss an ihn demonstrierten Ausreiseantragsteller für ihre Anliegen.

Unmittelbar nach der Dresdner Session beschloss das Politbüro der SED das Gespräch Leich/Jarowsky vom 19. Februar sowie ein Westpresseverbot bei kirchlichen Veranstaltungen. Die zweite Session vom 8. bis 10. Oktober 1988 in Magdeburg wurde auf dem Höhepunkt des „Pressekrieges“ auf Verlangen des Staates unter Ausschluss der Öffentlichkeit abgehalten. Delegierte aus der DDR brachten auch diese Erfahrung in die erste Europäische Ökumenische Versammlung „Frieden in Gerechtigkeit“ 1989 in

¹⁸³ „Konziliarer Prozess“ heißt der gemeinsame Lernprozess der christlichen Kirchen zu Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. Dieser begann auf der VI. Vollversammlung des Weltrats der Kirchen (ÖRK) in Vancouver/Kanada 1983. Die erste Europäische Ökumenische Versammlung „Frieden in Gerechtigkeit“ kam 1989 in Basel/Schweiz zusammen.

Basel (Schweiz) ein, womit ihre Arbeit eine weitere internationale Dimension erlangte.

7. Die kirchlichen Basisgruppen

In ihrem Zeitzeugenbericht vor der Bundestags-Enquetekommission zur Aufarbeitung der SED-Geschichte stellte die Berliner Bürgerrechtlerin Ulrike Poppe fest, dass aufgrund der Inhomogenität der kirchlichen Basisgruppen eine einheitliche Charakteristik für die DDR-Opposition nicht formulierbar wäre. Latent oppositionell war ein Milieu, wenn es in seinen Lebensentwürfen oder seinen Wertvorstellungen von den offiziellen Normen kommunistischer Gesellschaftskonzeption abwich. Zwischen Resistenz und Neinsagen, Sichheraushalten und eine Nische suchen bis zu einer klaren Frontstellung gegen das System war innerhalb der aktiven Basisgruppen jede Haltung zu finden. Selbst in der einzelnen Gruppe vertraten die Mitglieder unterschiedliche Grade an Widerspruchsintensität.¹⁸⁴

Diese kirchlichen Basisgruppen waren überwiegend Anfang der 1980er-Jahre in Ablehnung der Hochrüstung und inneren Militarisierung der DDR unter dem Dach von Kirchengemeinden entstanden. Viele Kirchenleitungsmitglieder sahen deshalb in den Gruppen die aktuelle „Sozialgestalt des Bekennens“. Etwa zeitgleich bildeten sich ebenfalls unter dem Kirchendach Basisgruppen, die sich Umweltthemen widmeten. Spätestens nach der resignierenden Erfahrung der Nachrüstung im Jahr 1983/1984 widmeten sich Friedensgruppen der Menschenrechtsproblematik oder Menschenrechtsgruppen bildeten sich gänzlich neu.

Den territorialen Schwerpunkt dieser Basisgruppen bildete Berlin. Das MfS vermutete die Gründe darin, weil hier die Einwirkungsmöglichkeiten äußerer Feinde am direktesten und intensivsten seien und die Mehrzahl profilierter feindlicher und oppositioneller Kräfte in und um Berlin wohne. Die Kirchenleitung der zuständigen Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg mit ihrer bekannten konfrontativen und auf Politisierung der religiösen Tätigkeit ausgerichteten Haltung begünstige, so das MfS, außerdem die Herausbil-

¹⁸⁴ Vgl. Zeitzeugenbericht Ulrike Poppe, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), hg. vom Deutschen Bundestag, 1995, Band VII, 1, S. 262.

dung und Profilierung solcher Zusammenschlüsse.¹⁸⁵ Insgesamt 19 Gruppen zählten laut MfS zu den aktivsten und gefährlichsten der DDR. Nach der Hauptstadt Berlin bildeten die Bezirke Leipzig, Karl-Marx-Stadt, Halle, Dresden, Gera und Erfurt weitere Gruppenschwerpunkte.

Ausreiseantragsteller organisierten sich 1988 ebenfalls flächendeckend. Ihr Verhältnis zu den Gruppen war schwierig. Sahen die Gruppen in den Antragstellern überwiegend eine unpolitische, nur ums eigene Fortkommen bemühte „Schlaraffenlandbewegung“ oder „Stonewashed-Fraktion“, reklamierten die Gruppenmitglieder für sich den Anspruch gesamtgesellschaftlicher Verantwortung. Ein Problem, das über das Jahr 1988 hinaus fortbestand.¹⁸⁶

Der West-Berliner Stadtbuchverlag gab 1987 ein Nachschlagewerk über Ost-Berlin mit Kontaktdaten und Kurzcharakteristiken der verschiedenen Berliner Basisgruppen heraus.¹⁸⁷ Ähnliches wird auf den folgenden Seiten anhand einschlägiger Ereignisse des Jahres 1988 versucht.

Der *Friedenskreis der Samaritergemeinde* entstand 1982 und gliederte sich schnell in verschiedene Untergruppen wie beispielsweise eine Redaktionsgruppe für die Publikation des „Infobriefs Schalom“. In der Winterkirche wurden Ausstellungen mit Bildern von Bärbel Bohley gezeigt, und Musiker wie Barbara Thalheim und Gerhard Schöne, Freya Klier und Stefan Krawczyk konnten hier auftreten. Der aktive Kern des Friedenskreises bestand aus 20 bis 30 Personen, die in den Untergruppen arbeiteten und sich zum Plenum mehrmals monatlich im „Café Schalom“ innerhalb der Samaritergemeinde trafen.

Die Arbeit des Kreises war wesentlich geprägt und nach außen präsentiert durch Rainer Eppelmann. Am 13. Juli 1987 traf sich Rainer Eppelmann in einer – unter den verschiedenen Berliner Basisgruppen heftig umstrittenen – Zusammenkunft von Oppositionellen wie Katja Havemann, Gerd Poppe und anderen in der Wohnung von Ralf Hirsch mit West-CDU-Politikern wie Eduard Lindner, Heribert Scharrenbroich und Werner Schreiber. Im Jahr

¹⁸⁵ Vgl. Informationen über beachtenswerte Aspekte des aktuellen Wirksamwerdens innerer feindlicher Oppositioneller und anderer negativer Kräfte in personellen Zusammenschlüssen, 1.6.1989, BStU, MfS, BdL/Dok. Nr. 008932, Bl. 5.

¹⁸⁶ Gruppen wie den AKG Leipzig, welche die Ausreiseantragsteller ernst nahmen und mit ihnen kooperierten, beschreibt: von zur Mühlen, S. 186.

¹⁸⁷ Vgl. Halb Berlin und ganz die Hauptstadt: Berlin (DDR). Ein Reiseführer, Stadtbuch 1987.

1988 wiederum wollte Eppelmann die SPD wiedergründen.¹⁸⁸ Ohne direkte Bezugnahme darauf sortierte Eppelmann, unter Verweis auf einen Artikel in der „Budapester Rundschau“, am 21. März 1988 im Friedenskreis, wie Gorbatschow, links und rechts im Sozialismus folgendermaßen: Links seien die jungen Kräfte, die verändern wollen, und rechts die alten Dogmatiker.¹⁸⁹ Eppelmann erzählte Rechtsanwalt und IM Wolfgang Schnur am 21. März 1988, dass er für den 11. April in der Samaritergemeinde ein Gespräch zum SED-SPD-Papier unter Hinzuziehung des Präses der westdeutschen Synode, Jürgen Schmude, plane – ein Thema, das den Friedenskreis der Samaritergemeinde noch bis 1989 beschäftigte. Der Friedenskreis traf sich außerdem ab 1987 regelmäßig mit Vertretern der niedersächsischen FDP und deren Arbeitskreis Liberalismus und Kirche. So auch am 10. Dezember 1988, dem Tag der Menschenrechte. Parallel war Eppelmann ab 1988 bemüht, Kontakte zu diplomatischen Vertretungen in Berlin zu knüpfen und zu halten.¹⁹⁰

Neben diesen Kontakten zu institutionalisierten Parteien und Behörden plante der Friedenskreis für Anfang Mai eine „Woche der Versöhnung“ in Form eines Seminars in der Gemeinde. Die 60 bis 80 Teilnehmer wollten am 8. Mai, dem Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus, einen Gedenkmarsch zum Ehrenmal nach Treptow unternehmen. Dies sollte jedoch nicht parallel zur staatlichen Demonstration geschehen (die Folgen der Luxemburg-Demo waren nicht vergessen), sondern in Form einer eigenständigen Kranzniederlegung.

In diesem Sinne schrieb Eppelmann am 22. März einen Brief an den Magistrat von Berlin. Er verwies auf das geplante Seminar unter dem Titel „Versöhnung mit den Völkern der Sowjetunion“ anlässlich des 1.000-jährigen Jubiläums der Taufe Russlands. Als zeichenhaftes Handeln für einzugestehende Schuld sowie für weiter wachsende Versöhnung und Freundschaft zu den Völkern der Sowjetunion sollte am Sonntag, dem 8. Mai 1988, zum Abschluss des Gemeindefeminars nach Gottesdienst und gemeinsamem Mittagessen gegen 15 Uhr am (beziehungsweise an einem) sowjetischen Ehrenmal in Berlin im Rahmen einer Andacht ein Kranz nie-

¹⁸⁸ Vgl. Maser, Reiner: Rainer Eppelmann, in: Veen, Hans-Joachim (Hg.): Lexikon Opposition und Widerstand in der SED-Diktatur, Berlin 2000, S. 118.

¹⁸⁹ Vgl. Information über die Veranstaltung in der Samariterkirche am 21.3.1988, Landesarchiv Berlin C Rep. 104, Nr. 568.

¹⁹⁰ Vgl. Eppelmann, Rainer: Fremd im eigenen Haus. Mein Leben im anderen Deutschland, Köln 1993, S. 279.

dergelegt werden. Er bat, dies im Beisein des Moskauer Patriarchs und eines oder mehrerer Vertreter der Botschaft der UdSSR tun zu dürfen, die bereits eingeladen worden seien.¹⁹¹ Seminar und Kranzniederlegung fanden modifiziert statt.

Ebenfalls noch in der ersten Hälfte des Jahres 1988 konnte Michael Beileites seine kritische Dokumentation „Pechblende - Der Uranbergbau in der DDR und seine Folgen“ im Keller der Samaritergemeinde vervielfältigen.

Nachdem Via Lewandowsky¹⁹² am 4. September seine Ausstellung „Sublime Liebe“ in den Räumen der Samaritergemeinde eröffnet hatte, wurden mit ihm und dem Dichter Durs Grünbein am 22. des Monats eine Lesung veranstaltet sowie am 29. September seine „Experimentalfilme“ zur Aufführung gebracht. Der Ökologiekreis veranstaltete am 17. Oktober einen Abend mit dem Schriftsteller Stefan Hermlin. Eppelmann war unter Hinweis darauf, dass dies ein Abend des Ökologiekreises sei, bemüht, die vielen wartenden Ausreiseantragsteller nicht vollzählig einzulassen. Diese wiederum verwiesen auf den Antrag „Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung“ (Absageantrag), woraufhin einige weitere eingelassen wurden, nur die Vertreter des Rates des Stadtbezirks nicht.¹⁹³

Ende 1988 entdeckte Eppelmann in seiner Wohnung mit Hilfe eines Detektors Abhörwanzen. In Absprache mit Eppelmann erstattete die Kirchenleitung Berlin-Brandenburg am 20. Dezember Anzeige gegen Unbekannt. Anfang des Jahres 1989 wurden in einer Lampe und einem Radio zwei weitere Wanzen gefunden. Die Kirche hatte alle Hände voll zu tun, in Gesprächen Eppelmann dazu zu bewegen, den Vorfall nicht den Westmedien zu übergeben. Diese hatten zuvor eher verhalten auf die Entdeckung der ersten Wanze reagiert. Stolpe führte gegenüber dem stellvertretenden

¹⁹¹ Vgl. Brief Rainer Eppelmann an den Magistrat von Berlin vom 22.3.1988, in: Landesarchiv Berlin C Rep. 104, Nr. 568.

¹⁹² Via Lewandowsky, 1963 in Dresden geboren, studierte an der Hochschule für Bildende Künste und übersiedelte kurz vor der Friedlichen Revolution 1989 nach West-Berlin.

¹⁹³ Vgl. Information zur Veranstaltung der Samaritergemeinde am 17.10.1988, Landesarchiv Berlin C Rep. 104, Nr. 568. Weitere Veranstaltungen des Friedenskreises 1988 waren: 15.2. SED-SPD-Papier; 21.3. Umgestaltung in der DDR; 18.4. Gewaltlosigkeit in einer Sackgasse; 16.5. Fragen der Abgrenzung des Menschen zum Menschen (Ausreiseproblematik); 20.6. „Gewässerschutz“; 19.9. Abend zu Rasputins Roman „Abschied von Matjora“; 26.9. „Stimme des Herzens“; 19.12. „Antarktis“. Politische und ökologische Probleme des Subkontinents.

Staatssekretär für Kirchenfragen, Kalb, aus, dass einige Berliner Pfarrer, die Kenntnis von dem Vorfall hätten, in ihren Wohnungen nach Minisendern suchten und forderten, einen Sonderkonvent der Berliner Pfarrer einzuberufen. Parallel zur Unterzeichnung des Wiener KSZE-Nachfolgedokuments, in dem der Schutz der Persönlichkeit und Unverletzlichkeit der Privatsphäre geregelt wurde, sei dieser Vorfall politisch hoch brisant.¹⁹⁴

Der *Pankower Friedenskreis* wurde Ende 1981 durch die junge Pastorin Ruth Misselwitz gemeinsam mit etwa 50 anderen Engagierten im Gemeindesaal der alten Pfarrkirche in der Hadlichstraße gegründet. Nach anfangs monatlichen Treffen am Freitag entwickelten sich, ähnlich wie im Samarterfriedenskreis, Gruppen zu Themen wie Erziehung, Umwelt und Menschenrechte. Diese veranstalteten Wanderungen, nahmen an Friedensseminaren in Mecklenburg teil und organisierten Ausstellungen. Ab Herbst 1983 besuchten MfS-Direktstudenten, alle unter dem Namen „Lutz“, die Sitzungen des Friedenskreises, um sie zu stören.

Im Jahr 1988 fanden besondere Beachtung ein offener Abend am 5. Februar unter Leitung von Ruth Misselwitz zum Thema feministische Theologie, ein Diavortrag über Benin am 4. März und einen Monat später ein offener Abend mit Karl-Rudi Pahnke zum Thema „Kirche im Sozialismus“. Nachdem Hans-Jürgen Fischbeck Anfang Mai in einem offenen Abend den „Absageantrag“ vorgestellt hatte, schrieben Friedenskreismitglieder unmittelbar vor dem Treffen der kernwaffenfreien Zonen am 2. Juni einen Brief an Erich Honecker, ihre Forderungen friedenspolitischen Mitwirkens betreffend. Außerdem nahmen Vertreter des Friedenskreises an den Sitzungen des konziliaren Prozesses in Dresden teil, wo sie zwei Eingaben an die Versammlung einreichten. Sie entsandten Vertreter zum VI. Gruppentreffen „Konkret für den Frieden“ in Cottbus und fragten am 5. Januar 1989 in einem offenen Abend nach der Rolle der Kirche in unserer Gesellschaft.¹⁹⁵

¹⁹⁴ Vgl. Besier, S. 373.

¹⁹⁵ Vgl. Subklew-Jeutner, Marianne: *Der Pankower Friedenskreis*, Berlin 2004, S. 374. Weitere Veranstaltungen 1988: 3.6. Mosambik-Abend; 12.11. Lange Nacht: Sie wollen immer nur unser Bestes ... Weil der Pankower Friedenskreis die mit dem Wandel des Repressionsregimes bedingten Spielraumerweiterungen wie zum Beispiel Publikationsmöglichkeiten nicht in vollem Umfang nutzte und daneben auf die strategische Gesprächsfähigkeit mit Kirchen und staatlichen Stellen setzte, blieb der Kreis, so Thomas Klein, zwar in seiner sozial-ethischen theologischen Ausrichtung kenntlich, verlor aber ab Mitte der 1980er-Jahre gegenüber anderen „radikaleren“ Kreisen an Bedeutung. Vgl. Klein, Thomas: *Frieden und Gerechtigkeit*, Köln u.a. 2007, S. 125.

Bis zum Ende der DDR war der Pankower Friedenskreis eine wichtige Rekrutierungsagentur für Engagierte, die später in anderen Basisgruppen weiterarbeiteten.

Die Gruppe *Frauen für den Frieden* wurde im Oktober 1982 aus Anlass einer Novellierung des Wehrdienstgesetzes, welches die Einberufung von Frauen in den Wehrdienst vorsah, gegründet. Sie richtete eine Eingabe an den Staatsrat, in der sie gegen das Wehrdienstgesetz protestierte. Unterzeichnerinnen waren neben Bärbel Bohley und Katja Havemann Irina Kutz, Ulrike Poppe, Bettina Rathenow und Karin Teichert. Sie waren Mitveranstalter und Teilnehmer der jährlichen DDR-weiten Frauengruppentreffen. Die Pastorin Christa Sengespeick veranstaltete in ihrer Berliner Auferstehungsgemeinde mit den Frauen für den Frieden regelmäßig „Liturgische Nächte“ zu verschiedenen Themen. Große Teile der Berliner Frauen für den Frieden engagierten sich auch in der Initiative Frieden und Menschenrechte (IFM), dem Friedenskreis Friedrichsfelde und der Initiative „Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung“. Im Jahr 1986 waren die Frauen für den Frieden aktiv an der Bekämpfung der Pläne der DDR-Regierung beteiligt, den Jüdischen Friedhof Berlin-Weißensee mit einer Schnellstraße zu überbauen. Themen der Arbeit von Frauen für den Frieden waren 1988 neben Risiken der Gentechnik auch klassische Frauenthemen wie Krippen, Kindergärten, Schulen und Scheidungsrecht.¹⁹⁶

Der *Friedenskreis Berlin-Friedrichsfelde* gründete sich 1984, nachdem der Friedenskreis der Evangelischen Studentengemeinde (ESG) „Anstiftung zum Frieden“ aus der ESG ausgewiesen und in der Kirchengemeinde Friedrichsfelde bei Pfarrer und MfS-IM Gottfried Gartenschläger aufgenommen worden war. Geprägt von Reinhard Schult und anderen, erhielt der Kreis ein eher linkes Profil und setzte sich damit etwa vom Friedenskreis der Samaritergemeinde ab. Der Kreis bot im Laufe der Jahre Seminare und größere Veranstaltungen zu Menschenrechts- und Pädagogikproblemen an. Stefan Krawczyk gab hier am 11. Januar 1988 sein letztes Konzert in der DDR, und der einflussreiche MfS-IM Ibrahim Böhme referierte einen Monat später über den Streit in der Sowjetunion um die Perestroika. Angeregt durch die friedenskreisinterne „Arbeitsgruppe Weltwirtschaft“ trat der Kreis mit einer Aktionswoche gegen den IWF-Kongress im September hervor. Über diesen wusste unter Bezug auf das DKP-Organ „Unsere Zeit“ die Tageszeitung „Die Welt“ zu berichten, dass ein Referent erklärt hätte, das Experiment des realen Sozialismus sei gescheitert und die SED-Lösung

¹⁹⁶ Vgl. BStU, MfS, HA XX/AKG, Nr. 5.653, Bl. 159.

„alles für das Volk“ reine Augenwischerei. In einem 10-Punkte-Forderungskatalog, in dem er neben einem anderen Schulsystem die Umorientierung der Produktion und des Konsums sowie ein gesichertes Mindesteinkommen für alle verlangte, wurde auch die Forderung nach einem Beratergremium von Fachleuten für die DDR-Führung erhoben.¹⁹⁷ Der „Friedrichsfelder Feuermelder“, das Organ des Friedenskreises, erschien 1988 neun Mal und griff regelmäßig aktuelle und brisante Vorgänge auf.

Der *Friedenskreis der Bartholomäusgemeinde* in Berlin existierte seit Mitte der 1980er Jahre. Vor allem in der Person Hans-Jürgen Fischbecks war er ab 1987 eng mit der „Abgrenzungsantrags-Initiative“ verbunden. Parallel zum Briefwechsel der Berliner Bischöfe zum 25. Jahrestag des Mauerbaus hatte sich am 13. August 1986 der Vikar der Bartholomäusgemeinde Reinhard Lampe öffentlich an ein Fensterkreuz in Grenznähe gekettet und damit gegen die Mauer protestiert. Der Gemeindegemeinderat setzte sich mit diesem Vorgang auseinander und formulierte den besagten Synodalantrag „Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung“. Anfang 1987 schlugen Stephan Bickhardt und der wieder aus der Haft entlassene Reinhard Lampe dem Gemeindegemeinderat vor, eine Initiative zu gründen, die sich wesentlich um die Popularisierung des „Abgrenzungsantrags“ kümmern sollte. Die Pastorin Almuth Berger und Mitglieder des Gemeindegemeinderats sowie der Synodale und Friedenskreismitglied Fischbeck unterstützten die Initiative und traten im Jahr 1988 immer offensiver auf. Wegen personeller Doppelmitgliedschaften und verschiedener Engagements der Mitglieder war oft unklar, ob Gruppenmitglieder als Vertreter der „Abgrenzungs-Initiative“ oder des sich auch anderem widmenden Friedenskreises auftraten.

Wie der Pankower Friedenskreis sich um die Benin-Hilfe kümmerte, sorgten sich um die Pastorin Almuth Berger gescharte Mitglieder der Bartholomäus-Gemeinde um vietnamesische und mosambikanische Gastarbeiter. Das Begegnungszentrum für In- und Ausländer „Cabana“, ab dem 1. November 1988 jeweils dienstags gemeinsam mit INKOTA¹⁹⁸ und dem Öku-

¹⁹⁷ Vgl. Beratergremium für SED gefordert, *Die Welt* 28.9.1988. Weitere Veranstaltungen 1988: 14.3. Strafprozeßrecht; 9.5. Bildungsreform in der SU; 13.6. Golfkrieg Iran-Irak; 12.9. Antisemitismus in der DDR; 14.11. Rumänien; 12.12. Lebenshilfe in Krisensituationen.

¹⁹⁸ INKOTA (Information, Koordination, Tagungen) wurde 1971 als ökumenischer Arbeitskreis von entwicklungspolitischen Basisgruppen, Kirchengemeinden und Einzelnegagierten in der DDR gegründet und arbeitet seit 1990 als unabhängiger, gemeinnütziger Verein.

menisch-Missionarischen Zentrum veranstaltet, geriet zum Politikum.¹⁹⁹ „DrehOrt Berlin“ hieß der Dokumentarfilm, den der Friedenskreis am 2. Dezember in Anwesenheit der West-Berliner Regisseurin Helga Reide-meister vor circa 120 Personen (unter ihnen viele HFF-Studenten) zeigte. Der im Jahr 1987 uraufgeführte „Rundgang durch das geteilte Berlin“ führte zu einer Diskussion, in welcher die „streckenweise fortschrittlichen Auffassungen der Regisseurin“ von Mitgliedern des Friedenskreises heftig attackiert wurden.²⁰⁰

Der *Arbeitskreis Solidarische Kirche (AKSK)*, der mit einer Basiserklärung am 7. Oktober 1986 offiziell gegründet wurde, umfasste DDR-weit etwa 300 Mitglieder, überwiegend Kirchenmitarbeiter. Er stellte den Versuch dar, mittels einer innerkirchlichen Gewerkschaft die Kirche von unten zu erneuern. Vor allem die oft große Nähe zwischen kirchlichen Amtsträgern und Staatsorganen wurde vom AKSK kritisch hinterfragt. Der AKSK war in Regionalgruppen unterteilt, stellte Menschenrechte ins Zentrum seiner Arbeit und unterstützte teilweise die Anliegen von Ausreisepersonen. Die Vollversammlung des AKSK tagte halbjährlich regelmäßig um den 1. Mai und den 7. Oktober.

Die 4. Vollversammlung traf sich vom 29. April bis 1. Mai 1988 im Evangelischen Gemeindehaus Berlin-Karlshorst, Eginhardstraße. Vorgesehen waren ein Gespräch mit Vertretern der Kirchenleitung Berlin-Brandenburg, ein Erfahrungsaustausch der Regionalgruppen, Vorstellung und Initiierung von Projekten und die Neuwahl von Mitgliedern des Koordinierungsausschusses.²⁰¹

Diese 4. Vollversammlung in Berlin besuchten circa 100 Vertreter von 13 verschiedenen Regionalgruppen. Zahlenmäßig stark vertreten waren vor allem Teilnehmer aus Berlin, Halle, Leipzig sowie dem Thüringer Regionalkreis. Als Einstieg in die Versammlung wurde ein Podiumsinterview mit den Vertretern der Kirchenleitung Berlin-Brandenburg, Generalsuperintendent

¹⁹⁹ Vgl. diverse Akten in: Landesarchiv Berlin C Rep. 104, Nr. 568.

²⁰⁰ Vgl. Informationsbericht über die am 2.12.1988 durchgeführte Dokumentarfilmveranstaltung, in: ebd. Weitere Veranstaltungen des Kreises waren 1988: 26.1. Gemeindeforum zu „Geschichte und Gründe für eine innere und äußere Abgrenzung in der DDR“; 28.1. Liederabend mit Karl-Heinz Bomberg; 29.1. Unser Weg als Gemeinde in Gesellschaft und Staat; 11.2. Lesung Ulrich Plenzdorf; 19.5. 2 Jahre Tschernobyl; 27.9. „Haben uns die Propheten heute noch was zu sagen?“

²⁰¹ Vgl. MfS-Akte vom 21.4.1988 in: Goertz, Joachim: Die Solidarische Kirche in der DDR. Erfahrungen, Erinnerungen, Erkenntnisse, Berlin 1999, S. 295.

Krusche und Oberkirchenrat Pettelkau, sowie verschiedenen Berliner Basisgruppenvertretern geführt. Im Bericht von Vertretern des Koordinierungsausschusses des AKSK wurde erwähnt, dass seit Februar 1988 zwei Gespräche des Koordinierungskreises mit Vertretern der Kirchenleitung stattfanden. Die kirchenrechtliche Absicherung des AKSK gegenüber dem Staat sowie die Forderung des AKSK nach einem eigenen Büro einschließlich Telefon und Kopierer seien besprochen worden.²⁰²

In der Tradition der DDR-Kirchenleitungen, Verhaftete(n)listen in die gottesdienstliche Fürbitte einzubeziehen, beschloss die 5. AKSK-Vollversammlung im Oktober 1988 in Leipzig eine Liste für nichtkriminelle Inhaftierte, die durch den AKSK zu führen sei. In diese Liste sollten unverschuldet inhaftierte Personen aufgenommen werden. Neben ihrem Namen der Haftgrund, Haftdauer und die Familienlage.²⁰³ Die AKSK-Regionalgruppen Thüringen und Leipzig gründeten außerdem am 10. Dezember 1988 aus Anlass des 40. Jahrestages der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte die „Arbeitsgruppe zur Situation der Menschenrechte in der DDR“.

Die Geschichte der *Initiative für Frieden und Menschenrechte (IFM)* begann mit der vom MfS betriebenen Absage eines für die zweite Jahreshälfte 1985 in Pfarrer Hilses Bekenntniskirche geplanten Menschenrechtsseminars. In dessen Vorbereitungsgruppe schürten MfS-IM Streit, so dass sich neben der Gruppe „Gegenstimmen“, die eine eher links geprägte Ideologie der Befreiung vertrat, eine nicht unmittelbar das Dach der Kirche suchende radikaloppositionelle „Initiative für Frieden und Menschenrechte“ bildete²⁰⁴,

²⁰² Im Anschluss an die Berichterstattung des Koordinierungsausschusses stellten Vertreter von Regionalgruppen ihre Projekte vor. Das MfS konstatierte außerdem beruhigt, dass Bezüge zur Kampfdemonstration am 1. Mai nicht hergestellt wurden. Vgl. Goertz, S. 299-304.

²⁰³ Vgl. Goertz, S. 222.

²⁰⁴ Ab März 1988 fanden für ein Jahr eine Reihe von Treffen zwischen Vertretern der Kirchenleitung, unter der Leitung von Bischof Forck und Stolpe, mit IFM-Vertretern statt. Interpretierte die IFM das auch als Aufwertung und Anerkennung, da diese Gespräche auf einem Beschluss der Kirchenleitungskonferenz basierten, wuchs die Distanz zur Kirchenleitung, so dass die Kontakte im Frühjahr 1989 einschliefen. Hier zeigte sich einmal mehr, dass die Kirche nur bedingt viel von ihrer Autonomie an andere weitergeben konnte. Vgl. Templin, Wolfgang; Weißhuhn, Reinhard: Die Initiative Frieden und Menschenrechte, in: Kuhr, Eberhard: Opposition in der DDR von den 70er Jahren bis zum Zusammenbruch der SED-Herrschaft (Am Ende des realen Sozialismus, Bd. 3), Opladen 1999, S. 81.

die ohne institutionelle Anbindung wirken wollte. Analog zu mittelosteuropäischen Demokratiebewegungen wie der Charta 77 war sie von der Idee einer Zivilgesellschaft geprägt und bestand aus etwa 30 Aktiven. Viele von ihnen waren MfS-IM.

Die IFM benutzte, im Gegensatz beispielsweise zum Pankower Friedenskreis, die Westmedien. Ihr eigenes Medium „Der Grenzfall“ war bis 1988 15-mal erschienen und Kern der IFM-Strategie, eine kritische Gegenöffentlichkeit zu bilden. Daneben initiierte die IFM Eingaben und Aufrufe, für die sie regelmäßig Unterschriften sammelte.

Ab Februar 1988, nachdem fünf ihrer aktivsten Mitglieder nach der Luxemburg-Demo in den Westen abgeschoben worden waren, ruhte die thematische Arbeit. Die IFM organisierte nun überwiegend Veranstaltungen mit im kirchlichen Umfeld arbeitenden Gruppen, und ab September wurde nach der Rückkehr Bärbel Bohleys vor allem mit der Rumänien-Problematik die Themenarbeit wieder aufgenommen. „Der Grenzfall“ erschien im Jahr 1988 viermal, die erste Ausgabe nach der „Aktion Falle“ Anfang Januar als Doppelnummer 11/12 1987. Sie setzte sich mit dem Menschenrechtsverständnis in der DDR wie auch mit dem sowjetischen Film „Die Reue“ und den Entwicklungen in der DDR sowie dem Warschauer Pakt auseinander. Kern war, dass die DDR als simpler Polizeistaat titulierte wurde, der nach außen Dialogbereitschaft und Weltoffenheit demonstrierte.²⁰⁵

Unmittelbar nach Erscheinen dieses „Grenzfalls“ war ein Gutachten über diese Zeitschrift, von der DDR-Generalstaatsanwaltschaft bei drei Rechtsprofessoren in Auftrag gegeben, fertig. Die Frage war: Reicht sich das Blatt in vom imperialistischen Ausland betriebene „ideologische“ Angriffe gegen die DDR ein und richtet es Angriffe gegen die verfassungsmäßigen Grundlagen der DDR? Das Resümee der Professoren sah im „Grenzfall“ ein „strategisch angelegtes Zentrum zur politisch-ideologischen Orientierung, Formierung und Aktivierung von Bürgern der DDR gegen die politische Ordnung der DDR“. Die Zielsetzungen reihen sich ein in die vom imperialistischen Ausland ausgehenden Versuche, in der DDR Basisgruppen zu installieren, die unter dem Dach der Kirche subversive Arbeit gegen die DDR-Organen betreiben. Die Initiatoren des „Grenzfalls“, so die drei Professoren, benutzen das Dach der Kirche als Arbeitsbedingung und Arbeitsmittel und bemühen sich, dieses Dach auch für die Zukunft als materielle Basis und

²⁰⁵ Vgl. Neuer „Grenzfall“ nennt die DDR einen simplen Polizeistaat, Frankfurter Rundschau 11.1.1988.

Schirm zu erhalten.²⁰⁶ Obwohl die „Umweltblätter“ der Berliner Umweltbibliothek nicht Gegenstand des Gutachtens waren, unterließen es die Professoren nicht, darauf hinzuweisen, dass die „Umweltblätter“ in wachsendem Maße inhaltlich auf „Grenzfall“ einschwenkten, da sie sich neuerdings weniger ökologischen Problemen widmeten und eher gesellschaftspolitische Zielsetzungen verfolgten.²⁰⁷

Die IFM war an sämtlichen großen oppositionellen Aktivitäten im Jahr 1988 als Gruppe oder durch einzelne Mitglieder beteiligt. Sie gab „Fußnote 3“, eine umfangreiche Dokumentation zu Vorgeschichte und Nachspiel der „Aktion Falle“ und der Luxemburg-Demo, sowie die Erstausgabe von „Ost-Kreuz“, einer Zeitschrift zur osteuropäischen Opposition, heraus. Nach der „Luxemburg-Demo“ stand die eigene Programmatik zur Debatte, und unmittelbar nach der Rückkehr Bohleys wurde deutlich, dass an der wenig institutionalisierten Arbeitsweise festgehalten werden sollte.²⁰⁸ Im Ergebnis gab sich die IFM im März 1989 eine neue Selbstverständnis-Erklärung.

Die Gruppe „Gegenstimmen“ entstand parallel zur IFM. Stark mit IM des MfS wie Knud Wollenberger, Wolfgang Wolf und Mario Wetzky durchsetzt, engagierte sie sich bei der Vorbereitung der IWF-Weltbankwoche und der parallelen Herausgabe der Publikation „Schuldenkrise“. Innerhalb der Gruppe „Gegenstimmen“ gab es zwei Flügel: Marxisten wie Thomas Klein, Wolfgang Wolff, Sylvia Müller und Herbert Mißlitz sowie linke Christen wie Tina Krone, Reinhard Schult, Marion und Roland Selig. Im Sommer 1988 beschloss die Gruppe die Erarbeitung eines Reformprogramms für die DDR, was bei den linken Christen den Eindruck erweckte, dass dies in Zusammenarbeit mit SED-Genossen geschähe. Zum offenen Ausbruch der Spannungen führten später Meinungsverschiedenheiten in der Ossietzky-Affäre.²⁰⁹

Die bereits angesprochenen „Umweltblätter“ wurden von der am 2. September 1986 gegründeten *Umweltbibliothek (UB)*, die in der Evangelischen Zionskirchengemeinde in Berlin unter der besonderen Obhut von Pfarrer Hans

²⁰⁶ Mit Formulierungen wie „unter dem Dach der Kirche“ sollte Basisgruppen regelmäßig ihr eigenes „Kirchesein“ rechtlich abgesprochen werden. Dies sollte ihre Kriminalisierung erleichtern und ist vor dem Hintergrund der staatlicherseits betriebenen Differenzierungspolitik zu verstehen.

²⁰⁷ Vgl. Gutachten über das Informationsblatt „Grenzfall“, 15.1.1988, BStU, MfS, HA IX, Nr. 13.839, Bl. 1-31.

²⁰⁸ Vgl. BStU, MfS, HA XX/AKG, Nr. 5.653, S. 313.

²⁰⁹ Vgl. Rüdtenklau, Wolfgang: Störenfried, Berlin 1992, S. 194.

Simon ihre Heimat hatte, gedruckt. Sie war in Bibliothek, Galerie, Redaktion und Druckerei unterteilt und verfügte über eine Regalwand, die als Informationsverteiler für Gruppen der gesamten DDR diente. Die „Umweltblätter“ erschienen in einer Auflage von mehreren tausend Exemplaren und erweiterten ihr Themenspektrum ab 1988 beachtlich. Nach dem Verlust der Drucktechnik im Zuge der „Aktion Falle“ erhielt die UB Anfang 1988 von der Alternativen Liste West-Berlins einen Computer und von Roland Jahn²¹⁰ eine Wachsmatrizenmaschine (eine weitere von Stolpe als Leihgabe).²¹¹ Bis zur Inbetriebnahme im Sommer erlernten einige UB-Mitarbeiter den Umgang mit Computertechnik. Was nach außen teilweise wie ein Abflauen der Aktivitäten wirkte, war tatsächlich ein „Produktivitätsgewinn“, da die UB ab 1988 auch Publikationen für andere Gruppen herstellte. Weil der Zulauf von Interessenten zunahm, wandelte sich der UB-Trägerkreis aus Angst vor Unterwanderung zu einer immer fester geschlossenen Gruppe.²¹² Die „Umweltblätter“ firmierten im Gegensatz zum „Grenzfall“ unter dem Aufdruck „Nur zum innerkirchlichen Dienstgebrauch“. Beide Zeitschriften tauschten Artikel und Meldungen aus, und ab 1988 erhielt die IFM Räume der UB für monatliche Veranstaltungen.²¹³

Die UB wurde wesentlich durch Roland Jahn und Politiker der Grünen Westdeutschlands unterstützt. Im Gegenzug rief die UB Anfang April 1988 Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter der Bundesrepublik auf, sich für einen Wirtschaftsboykott des südafrikanischen Apartheidregimes einzusetzen. In dem Appell der Umweltbibliothek stellten die Verfasser fest, dass unter dem Vorwand, ein Wirtschaftsboykott führe zu größerer Arbeitslosigkeit

²¹⁰ Roland Jahn musste sich nach Protesten gegen die Biermann-Ausweisung als Transportarbeiter „bewähren“. Nachdem er am 1.9.1982 mit einem Solidarnosc-Plakat auf dem Fahrrad durch Jena gefahren war, wurde er verhaftet und im Februar 1983 vorzeitig aus der Haft entlassen. Danach war er Mitbegründer der Jenaer Friedensgemeinschaft und wurde am 8.6.1983 wieder verhaftet und zwangsausgebürgert. In West-Berlin arbeitete er später als Redakteur des ARD-Fernsehmagazins Kontraste und inspierte genauso Radio Glasnost wie die Ost-Berlin-Seite der taz.

²¹¹ Vgl. Rüddenklau, S. 186f.

²¹² Vgl. Moritz, Torsten: Gruppen der DDR-Opposition in Ost-Berlin, Berlin 2000, S. 88.

²¹³ Weitere Veranstaltungen der UB 1988: Anfang Juni wurde in der UB eine Ausstellung mit Werken der im Exil lebenden Malerin Bärbel Bohley eröffnet; Ende September fand in der UB ein Filmfestival statt; 6.9. Veranstaltung zum IWF.

keit unter den Schwarzen Afrikas, in Wirklichkeit die Gewinninteressen der großen kapitalistischen Unternehmen gefördert würden.²¹⁴

Wie auch die Spaltung der Vorbereitungsgruppe für das Menschenrechtsseminar in Gegenstimmen und IFM war die Abspaltung der *Arche* von der Umweltbibliothek ein Ergebnis der MfS-Zersetzungsarbeit. Die Idee eines Netzwerks unabhängiger Basisgruppen der DDR wurde auf dem 4. Berliner Ökologieseminar im November 1987 erstmals vorgetragen, was zu Kontroversen zwischen den Befürwortern von eindeutigen Organisationsformen und eher basisdemokratisch geprägten Umweltbibliotheksmitgliedern führte. Als die Arche-Gründer ihre Auffassung nicht in den Umweltblättern publizieren durften, gründeten sie die „Arche-Infos“, die zum 2. Jahrestag der Tschernobylkatastrophe erstmals erschienen. Die Umweltbibliothek wiederum fasste im Mai 1988 einen Unvereinbarkeitsbeschluss, demzufolge niemand bei Arche und in der Umweltbibliothek gleichzeitig arbeiten durfte. Damit war der Bruch endgültig. Die Arche wurde Teil der Andreas-Markus-Gemeinde in Berlin-Friedrichshain. Die Archegründer um Carlo Jordan, Matthias Voigt und den MfS-IM Falk Zimmermann blieben aber vor allem über Siegbert Scheffke in Kontakt mit der Umweltbibliothek. Die Umweltbibliotheksmitarbeiter, selbst Netzwerker, kritisierten den Ansatz der Mitarbeiter der Arche, weil die bloße Organisierung der Umweltgruppen die sich gerade anbahnende Erkenntnis von gemeinsamen Zielen aller Friedens-, Umwelt-, Frauen- und „Offene-Arbeit“-²¹⁵Gruppen sprengte und den ohnehin sektiererischen Charakter der Umweltgruppen verstärkte.²¹⁶

Das MfS schätzte in einer Stellungnahme vom 6. Juli 1988 den Vorschlag, augenblicklich gegen die Zeitschrift „Arche Nova“ vorzugehen, als denkbar schlecht ein. Im Kontext der Repressionen gegen die Kirchenzeitungen befürchteten sie Solidarisierungseffekte bei den kirchlichen Basisgruppen, die zugleich gegenwärtig vorhandene Differenzierungsansätze innerhalb der Gruppen in Frage stellen könnten.²¹⁷

²¹⁴ Vgl. Boykottaufruf aus der DDR, Frankfurter Rundschau 6.4.1988.

²¹⁵ Ende der sechziger Jahre entstand die „Offene Arbeit“ (OA) innerhalb der Jugendarbeit der evangelischen Landeskirchen. Sie integrierte Randgruppen und wandte sich zunehmend friedenspolitischen und menschenrechtlichen Themen zu.

²¹⁶ Vgl. Rüddenklau, S. 179.

²¹⁷ Vgl. Stellungnahme zum Entwurf des Vorschlags der HA XX/4 zur Durchführung von Maßnahmen gegen die Zeitschrift „Arche Nova“, in: Jordan, Carlo; Kloth, Hans-Michael: Arche Nova. Opposition in der DDR, Das „Grün-ökologische Netzwerk Arche“ 1988-90, mit den Texten der „Arche Nova“, Berlin 1995, S. 93.

In einem frühen Infoblatt der Arche benannte sie die wissenschaftliche Unterstützung lokaler ökologischer Aktivitäten als eines ihrer Ziele.²¹⁸ Überregional gelang der Arche im Oktober 1988 mit der Veröffentlichung von geheimen Ministerratsbeschlüssen zur Geheimhaltung von Umweltdaten ein beachtlicher Erfolg. Bereits im Januar 1988 beschlossen die Arche-Mitglieder Ulrich Neumann, Carlo Jordan und ein Bauleiter aus dem Raum Bitterfeld, die Umweltverschmutzung in dieser Region zu dokumentieren. Die mit Neumann befreundeten West-Berliner Filmjournalisten Rainer Hällfritzsch und Margit Miosga halfen bei den illegalen Filmaufnahmen. Im Ergebnis sendete am 27. September 1988 das ARD-Polit-Magazin „Kontraste“ den Film „Bitteres aus Bitterfeld“. Kurz vor Ausstrahlung gab der zwei Monate zuvor ausgereiste Neumann dem Sender SFB II ein Interview zur Entstehung des Filmes und zu seinem Inhalt. Die Kreisdienststelle Bitterfeld des MfS vermerkte, dass Arche den Film einige Tage später einem Freundeskreis in Bitterfeld noch einmal zeigen wollte.²¹⁹

Somit existierten Ende 1988 durch die vom MfS betriebene Spaltung der UB zwei unabhängig voneinander wirkende Gruppen, die öffentlichkeitswirksam oppositionell arbeiteten, auch wenn die Arche stark mit IM durchsetzt war.

Die *Kirche von unten (KvU)*, obwohl DDR-weit präsent, hatte ihr Zentrum in Berlin. Die dem Staat entgegenkommende Entscheidung der berlin-brandenburgischen Kirchenleitung, im Jahr 1987 wegen des Kirchentages keine „Friedenswerkstatt“ zu veranstalten, führte dazu, dass die Berliner Offene Arbeit gemeinsam mit Vertretern des Friedenskreises Berlin-Friedrichsfelde, der UB, der IFM, des AKSK und den Gegenstimmen einen „Kirchentag von unten“ veranstaltete. Dieser geriet zum Erfolg, so dass am 11./12. September 1987 im Rahmen der Berliner Werkstatt der Offenen Arbeit die KvU gegründet wurde.

Verstand sich der Arbeitskreis Solidarische Kirche tendenziell als innerkirchliche Gewerkschaft, sah die KvU sich als innerkirchliche Opposition. Sie gab sich am 20. Februar 1988 auf ihrer Vollversammlung einen Rahmenbeschluss, erkannte die Grundordnung der Evangelischen Kirche an und defi-

²¹⁸ Vgl. Kirchliche Umweltgruppen in der DDR gründen Netzwerk, Der Tagesspiegel 10.6.1988.

²¹⁹ Vgl. Information zu Aktivitäten von Übersiedlungersuchenden des Kreises Bitterfeld beziehungsweise des Grünen Netzwerkes, BStU, MfS, BV Halle, BKG, Sach Nr. 362, Bl. 4-5. Weitere Arche-Veranstaltung 1988: 21.7. Brief an KSZE-Nachfolgekonferenz mit Forderung nach Reisegesetz.

nierte sich als Personalgemeinde. Die Kirchenleitung Berlin-Brandenburg erkannte diesen Status im April 1988 an. Das Raumproblem wurde erst Anfang 1989 mit der Bereitstellung eigener Räume in der Elisabethkirche in Berlin-Mitte gelöst. Im Grunde leistete die Kirche mit der „Offenen Arbeit“ und der aus ihr hervorgegangenen KvU an jungen Menschen Sozialarbeit, die es in dieser Form in der DDR sonst nirgends gab. Auch deshalb war die KvU mit MfS-IM durchsetzt. Die zweimonatlichen Vollversammlungen fanden nicht nur in Berlin statt, wurden aber regelmäßig neben Stadtjugendpfarrer Wolfram Hülsemann auch von Berliner Aktivisten anderer Gruppen wie Reinhard Schult, Vera Wollenberger oder Herbert Mißlitz besucht. Die Zeitschrift der Offenen Arbeit Berlin „Moaning Star“ erschien erstmals im Dezember 1985 und wurde ab 1988 durch das Wachsmatrizenverfahren im UB-Keller in einer 6.000er Auflage gedruckt und über Gelegenheitskuriere verteilt.

Den *Friedenskreis „Pro“/Oberschöneweide* gründete Ben Roolf im März 1988 aus Resten des ehemaligen „Friedenskreises Wühlmaus“/Treptow. Das Interesse dieses Kreises galt im Jahr 1988 überwiegend Fragen der Ökologie. Der Staat wertete ein Gespräch mit Verantwortlichen des Kreises als Vertrauensbeweis.²²⁰ In der Zeitschrift des Friedenskreises „Pro-Sonderinfo“ (erschien Anfang 1989) gaben die Autoren den Verlauf des Eingabeverfahrens eines SED-Mitglieds wegen der Nichtauslieferung der sowjetischen Zeitschrift „Neue Zeit“ 3/88 wieder. Interessanterweise wurde dieser Abdruck staatlicherseits als absolut rechtens eingestuft.

Als nicht rechtens aber empfand der Staat die Zeitschrift „Kontext – Beiträge aus Politik, Gesellschaft und Kultur“. Die Zeitschrift des Friedenskreises enthielt Texte zum Streit der Ideologien, Gedichte und einen Beitrag von Fjodor Bulatski zu Chruschtschow. Die beiden Herausgeber, Torsten Metelka und Ben Roolf, wurden im Sommer 1988 mit jeweils 300 Mark für die Herausgabe dieses Informationspapiers bestraft. Wohl erstmals wurde damit die Veröffentlichung eines mit „Nur für den innerkirchlichen Dienstgebrauch“-Aufdruck publizierten Blättchens geahndet.²²¹

²²⁰ Vgl. Information für die Monate Juni und Juli 1988, Landesarchiv Berlin C Rep. 104, Nr. 563.

²²¹ Vgl. Brief an Hartenhauer, 3.8.1988, Landesarchiv Berlin C Rep. 104, Nr. 602. Metelka und Roolf waren auch Mitglieder der Informationsgruppe bei der Evangelischen Bekenntnisgemeinde Berlin-Treptow, wo „Kontext“ vervielfältigt wurde. Vgl. BStU, MfS, HA XX/AKG, Nr. 5.653, Bl. 142f.

Der Stellvertreter für Inneres des Stadtbezirksbürgermeisters Hohenschönhausen stellte Ende 1988 fest, dass bei der Mehrzahl der Veranstaltungen der Friedensdekade in Hohenschönhausen der Jugendmitarbeiter Mario Schatta, der den *Friedenskreis Weißensee* gegründet hatte und leitete, die Gesprächsleitung innehatte. Er verantwortete überdies die Aufnahmen eines ARD-Teams während dieser Zeit.²²² Mitglied des Friedenskreises war neben Schatta, Evelyn Zupke oder Klaus Kupler auch der MfS-IM Gunther Seifert. Der Kreis rekrutierte seine Mitglieder stark aus der Mitarbeiterschaft der Stephanus-Stiftung und den dort studierenden zukünftigen Diakonen. In der Stephanus-Stiftung waren außerdem in den 1980er-Jahren viele Ausreiseantragsteller, wegen ihrer Chancenlosigkeit anderen Ortes, tätig. Somit bestimmten innenpolitische Probleme die Arbeit des Kreises, bis er im Zusammenhang mit der Kommunalwahl DDR-weit bekannt wurde.

Nachdem 1988 auf internationalen Druck hin die Möglichkeit einer Einzelmitgliedschaft in den *Ärzten für den Frieden (IPPNW)* auch für die DDR-Sektion staatlicherseits eingeräumt werden musste, versuchten viele kritische Ärzte, dies für ihre Arbeit zu nutzen. Die „Pechblende“ von Michael Beleites wurde von den Ärzten für den Frieden Berlin (DDR) gemeinsam mit dem kirchlichen Forschungsheim Wittenberg herausgegeben. Ihre Teilnahme an der Tagung „Schicksal der Medizin im Faschismus“ im November 1988 (von der SED-hörigen Sektion Erfurt/Weimar organisiert) wurde jedoch abgelehnt und zum Teil mit Gewalt verhindert.

Stasi-Rapporte stellten das Wirken einzelner Mitglieder der IPPNW im Jahr 1988 auf eine Stufe mit dem „bekannter Oppositioneller“.²²³ Ähnlich erging es einigen organisierten Ausreiseantragstellern.²²⁴

²²² Vgl. Zu politischen Tendenzen und Entwicklungen..., undatiert, Landesarchiv Berlin C Rep. 104, Nr. 563.

²²³ Vgl. Diverse Rapporte zu IPPNW-Aktionen, in: BStU, MfS, HA XX/AKG, Nr. 5.653.

²²⁴ Weitere Gruppen waren: Der *Friedenskreis der Auferstehungsgemeinde Friedrichshain*. Er beschloss schon auf seiner Sitzung am 8.2.1988 bezüglich der erwarteten Wiederkehr Bärbel Bohleys im August, keinen Dankgottesdienst durchzuführen, um nicht „hunderte Antragsteller auf den Hals zu bekommen“. Am 26. April wollte der Friedenskreis eine Tschernobylgedenkandacht abhalten und plante für den 3. Mai im „Klub 2000“, einer öffentlichen Einrichtung in der Marzahner Allee der Kosmonauten, einen Mocambique-Abend. Die *AG Frieden und Umwelt Kaulsdorf* sprach am 4. Mai mit dem Stellvertreter des Stadtbezirksbürgermeisters für Inneres/Hellersdorf, Genosse Dammaß. Sie stellte ihre Arbeit vor und sprach von ihrer Sorge über die Flä-

7.1. Die Arbeitsgruppe Staatsbürgerschaftsrecht und die Liebknecht-Luxemburg-Demonstration am 17. Januar 1988

Nicht nur Ärzte, Frauen oder Friedensbewegte zeigten durch Selbstorganisation ihre Unzufriedenheit mit den sie speziell betreffenden Auswirkungen der Politik der DDR. Eine bis dahin neue Konfliktlinie tat sich auf, als 1987 Ausreiseantragsteller eine erste Selbsthilfegruppe gründeten. Deren Ansprüche stellten die Kirche und ihre Basisgruppen vor neue Herausforderungen. Der Agraringenieur und Schauspielregisseur Günter Jeschonnek war seit Ende der 70er-Jahre Mitglied der Gethsemane-Gemeinde. Im Januar 1986 stellte er gemeinsam mit seiner Frau, die seltsamerweise trotzdem als Gesundheitserzieherin in Prenzlauer Berg weiterarbeiten durfte, einen Ausreiseantrag. Im darauffolgenden Jahr nahm Jeschonnek aktiv am Berliner Kirchentag und dem Pilgerweg des Olof-Palme-Friedensmarsches teil.

Er und anfangs einige wenige andere nutzten die resultierende Aufbruchstimmung und gründeten am 22. September 1987 die Arbeitsgruppe Staatsbürgerschaftsrecht (AGST). Diese sollte Bürgern der DDR bei der Ausübung ihrer Rechte kraft Staatsbürgerschaftsgesetz zur Seite stehen. Sie wollte informieren, internationale Rechtsvorschriften einklagen sowie im Falle von Familienzusammenführungen und Eheschließungen behilflich sein. Die sich als Selbsthilfegruppe verstehende AGST war damit die erste programmatische Gruppe für Ausreiseantragsteller der DDR.

Das Gründungstreffen fand im Café „Tutti Frutti“ gegenüber von Palasthotel und Palast der Republik statt. Nachdem eines der wenigen Gründungsmitglieder ausreisen durfte, wurden mit verschiedenen Gruppen wie der IFM, AKSK und KvU Gespräche geführt, um sich ihnen organisato-

chenausdehnung der Stadt, Sondermülldeponien und mangelnde Radfahrwege. Die AG wollte außerdem genau wissen, wer für den Kreis der staatliche Ansprechpartner in politischen Fragen sei. Vgl. Aktenvermerk zum gemeinsamen Gespräch mit der kirchlichen AG „Frieden und Umwelt“ Berlin-Kaulsdorf, Landesarchiv Berlin C Rep. 104, Nr. 563. Die *drei kirchlichen Arbeitskreise Homosexualität* in Berlin und der *Sonntagsclub* (kirchenunabhängiger Homosexuellenverein, gegründet 1973) besprachen am 19.7.1988 die Gründung einer gemeinsamen Kontaktgruppe und das zukünftige Abstimmen ihrer Veranstaltungsprogramme. Drei Tage später trafen dieselben Gruppen mit Mitgliedern der West-Berliner AIDS-Hilfe zusammen, um zukünftige Kooperationen bei Präventionsprojekten zu besprechen. Vgl. BStU, MfS, HA XX, Nr. 4.309, Bl. 23.

risch anzuschließen. Im Ergebnis durfte die AGST einmal monatlich im Café der Umweltbibliothek zusammenkommen.

Zum ersten Treffen kamen am 3. Oktober 1987 bereits etwa 30 Menschen aus verschiedenen Bezirken der DDR. Ihnen beschrieb Jeschonnek den Rechtsstandpunkt der Gruppe, dessen wichtigster Satz lautete, dass ein jeder DDR-Bürger das Recht hätte, einen Antrag auf Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der DDR zu stellen. Außerdem forderte er Anwesende auf, in ihren Heimorten weitere Gruppen wie die AGST zu gründen. Das zweite Treffen der Gruppe besuchten am 31. Oktober 40 Ausreiseantragsteller. Sie sprachen über die Rolle der evangelischen Kirche innerhalb der Ausreiseproblematik, informierten über die Beschlüsse der Görlitzer Bundessynode und diskutierten die Praktiken der Behörden bei der Behandlung von Ausreiseantragstellern.

Wie und wann aber sollte die Gruppe an die Öffentlichkeit treten? Die AGST einigte sich auf den Tag der Menschenrechte am 10. Dezember. Bei einem Treffen der AGST-Gründer, die sich Initiativgruppe nannten, griffen sie diesen Gedanken auf und unterbreiteten der 3. Versammlung am 14. November, mitten in der Friedensdekade, den Vorschlag, eine Erklärung zum 10. Dezember zu verfassen, die man auf der nächsten Sitzung vorstellen wollte. Jeschonnek und wenige andere begannen, die Erklärung zu formulieren, da brach über sie die „Aktion Falle“ herein.

Am Tag der Freilassung der letzten Verhafteten dieser Aktion, dem 28. November, sollte die nächste Sitzung der AGST stattfinden. Einer der Freigelassenen, Wolfgang Rüddenklau, bat Jeschonnek, die Versammlung ausfallen zu lassen. Allerdings standen auf dem Hof der UB schon 50 Antragsteller aus der gesamten DDR. Diese wurden kurzfristig im Café der UB versammelt, bekamen die Erklärung verlesen und 44 der Anwesenden, die vom MfS alle beim Eintreten kontrolliert wurden, unterschrieben sie. Es folgte am 7. Dezember in Jeschonneks Wohnung ein Vorbereitungsgespräch zum Gottesdienst in der Gethsemanekirche am Tag der Menschenrechte. Je ein Vertreter der IFM, AGST, KvU und Gegenstimmen sollten einen Vortrag halten und Stefan Krawczyk den liturgischen Teil des Gottesdienstes gestalten. Im Anschluss an das Vorbereitungsgespräch witzelte der MfS-IM Wolfgang Wolf von der Gruppe Gegenstimmen, dass Jeschonnek am 10. Dezember eventuell schon gar nicht mehr in der DDR sei.

Bei der Abteilung Inneres wurde Jeschonnek am 9. Dezember eröffnet, dass er am 10. Dezember ausreisen müsste. Gegen seinen ausdrücklichen Widerstand verließen am folgenden Tag, seinem Geburtstag, er, seine Frau und seine Tochter die DDR über den Grenzübergang Friedrichstraße. Mit-

glieder der IFM wollten am selben Tag vor dem Komitee für Menschenrechte in der Otto-Grotewohl-Straße Flugblätter verteilen. Acht IFM-Mitglieder wurden deshalb präventiv vom MfS verhaftet. Ihnen wurde unverblümt die freie Ausreise in die Bundesrepublik angeboten. Sie lehnten ab. Andere sahen aber spätestens jetzt in oppositionellem Engagement den „schnellen Weg in den Westen“.

Parallel zur IFM-Aktion versuchten am 10. Dezember 30 Mitglieder der AGST, als Reisegruppe getarnt, von der St.-Hedwigs-Kathedrale aus zur gut bewachten Volkskammer vorzudringen, um dort ihre Erklärung abzugeben. Darin hieß es, dass eine Gesellschaftsordnung, die sich ihren Konflikten nicht offen und kritisch stelle, krank sei. „Deshalb wenden wir uns an Herrn Sindermann, um in Ausreiseangelegenheiten künftig gemeinsam Lösungen zu finden, die das Selbstbestimmungsrecht und die Würde des einzelnen respektieren.“ Während Ministerpräsident Stoph und andere Regierungsstellen die Erklärung per Einschreiben erhielten, drang die Gruppe bis zur Poststelle der Volkskammer vor und gab die Erklärung dort ab.²²⁵

Anschließend ging sie zum Gottesdienst anlässlich des Tages der Menschenrechte in die Gethsemanekirche. Kurz darauf reifte innerhalb der AGST der Entschluss, an der Liebknecht-Luxemburg-Gedenkdemonstration am 17. Januar 1988 (Luxemburg-Demo) teilzunehmen.

Am 18. Dezember 1987, in Kenntnis der Entwicklung der AGST, entwarf das MfS einen Maßnahmeplan zur politisch-operativen Zersetzung, Verunsicherung und Auflösung dieser Gruppe. Mit dem Ziel der Verunsicherung sollten einzelne ausgewählte Übersiedlungssuchende, vor allem die Initiatoren der Erklärung, kurzfristig in die BRD übergesiedelt werden.²²⁶ Das MfS wusste noch nichts von der sich langsam abzeichnenden Beteiligung an der Luxemburg-Demonstration. Nach der AGST-Sitzung am 9. Januar aber war das MfS alarmiert und erarbeitete eine Übersicht zu den Mitgliedern der AG Staatsbürgerschaftsrecht. 131 Personen waren ihm aufgefallen, wovon 89 in den Speichern des MfS identifiziert werden konnten.

Zur AGST-Versammlung am 9. Januar 1988 kamen 150 Ausreiseträger in die Zionskirche. Der Pfarrer der Zionskirche bat um Verständnis: Er bekomme Probleme, wenn er künftig so viele Ausreisewillige in der UB tagen lassen würde. Die Ausreiseträger sammelten Unterschriften

²²⁵ Vgl. Text der Erklärung vom 10.12.1987 in Kroh, Ferdinand: Freiheit ist immer die Freiheit ... Die Andersdenkenden in der DDR, Berlin 1988, S. 266.

²²⁶ Vgl. Maßnahmeplan zur politisch-operativen Zersetzung, Verunsicherung und Auflösung der Gruppierung AGST, 18.12.1987, Bl. 89-90.

gegen die fristlose Entlassung einer Ausreisewilligen und beschlossen, am 12. Januar bei Regierungsstellen vorzusprechen. Man wollte eine Antwort auf die Erklärung vom 10. Dezember und weiterhin dem Aufruf der SED folgen, am Jahrestag der Ermordung von Liebknecht und Luxemburg an der Kampfdemonstration teilzunehmen – allerdings unter den Losungen „Freiheit ist auch immer die Freiheit der Andersdenkenden“ oder „Wer sich nicht bewegt, spürt seine Fesseln nicht.“²²⁷ Ausreisetransparente oder Anspielungen auf ihre Gruppe sollten nicht sichtbar werden, da man die Teilnahme nicht als Gruppenaktion verstanden wissen wollte. Als Treffpunkt wurde das Sporthaus am Frankfurter Tor, 9 Uhr verabredet. Die nächste Sitzung wurde für Mitte Februar beschlossen, und die Teilnehmer aus allen Bezirken der DDR fuhren in ihre Heimatorte zurück.

Man wurde mutig. Die Ungarn durften seit Jahresanfang visumfrei ins kapitalistische Ausland reisen, und am 10. Januar verließ Fußballikone Jürgen Sparwasser illegal die DDR. Zwei Tage später sprachen AGST-Mitglieder wegen einer Antwort auf ihre Erklärung bei der Volkskammer, dem ZK der SED und dem Ministerrat vor. Keine Stelle wusste etwas von einer Erklärung.

Am selben Tag gingen beim AGST-Kontakttelefon in Berlin Anrufe aus allen Bezirken der DDR ein. Teilnehmer der Versammlung vom 9. Januar wurden in allen Bezirken für den 13. Januar in die jeweiligen Abteilungen für Inneres vorgeladen, wo sie erklären sollten, an der Demonstration in Berlin nicht teilzunehmen. Diese Vorladungen zogen sich über die nächsten Tage hin. Der Initiativkreis traf sich auch deshalb am 14. Januar, wo festgestellt wurde, dass einige der Mitglieder kurzfristig ausreisen durften. Jeder befürchtete/hoffte, der Nächste zu sein, und man einigte sich kurzfristig auf eine Erklärung, die klarstellen sollte, dass die Teilnahme an der Demonstration eine freie Entscheidung jedes Einzelnen sei, er nur dem allgemeinen Aufruf zur Teilnahme folge und die Teilnahme keinen provokativen Charakter trage. Am folgenden Tag wurde diese Erklärung dem Ministerium des Inneren übergeben sowie bei einer Berliner Rechtsanwältin hinterlegt.

²²⁷ Das MfS ließ vom Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED die Herkunft der Losungen überprüfen und zweifelte bei der zweitgenannten Luxemburgs Autorschaft an. Vgl. BStU, MfS, HA XX/AKG, Nr. 1.336, Bl. 4. Das Unterwandern offizieller Demonstrationen durch „Andersdenkende“ hatte in Berlin Tradition. Schon an der FDJ-Friedensmanifestation am 27.5.1982 nahmen ESG-Mitglieder mit eigenen Plakaten teil, bis diese von der Polizei zerstört und sie selbst des Platzes verwiesen wurden.

Am 9. Januar tagte die IFM parallel zur AGST-Versammlung in der UB. Dort diskutierten und verwarfen sie mehrheitlich den Vorschlag der AGST, an der Luxemburg-Demonstration teilzunehmen. Einige wenige erklärten sich zur Teilnahme bereit, allerdings ohne auf die Ausreisegruppe Bezug nehmen zu wollen. Deutlich für die Teilnahme plädierten lediglich Lotte und Wolfgang Templin sowie Stefan Krawczyk.²²⁸

Die Templins wechselten zwischen IFM- und AGST-Versammlung hin und her. Während Lotte Templin in der Staatsbürgerschaftsrechtsgruppe zur Teilnahme an der Luxemburg-Demonstration aufrief, beabsichtigte Wolfgang Templin, Bilder von Opfern des Stalinismus, beispielsweise von Trotzki, in großem Format zu beschaffen und auf der Demonstration mitzuführen.²²⁹ All dies weckte bei der AGST die Erwartung, andere Gruppen würden sich am 17. Januar mit ihr an der Demonstration beteiligen.

Tatsächlich forderte Wolfgang Templin Herbert Mißlitz vom Friedenskreis Friedrichsfelde auf, am 11. Januar in Friedrichsfelde die Demoteilnahme zu propagieren. Mißlitz kam dem nicht nach.

Einen weiteren Anlauf, Demoteilnehmer zu gewinnen, unternahm Templin am 13. Januar. Er brachte sein Anliegen der Vorbereitungsgruppe der Friedenswerkstatt zur Kenntnis und gab unzutreffend an, dass sowohl die AGST als auch die IFM und der AKSK beteiligt seien. Spätestens hier bekam die Kirchenleitung Kenntnis von der Entwicklung, weil neben Pfarrer Rudi Pahnke auch Stadtjugendpfarrer Hülsemann und Synodenpräses Manfred Becker anwesend waren. Diese hielten sich bedeckt, Pahnke ließ laut MfS keine Diskussionen zu und sagte, jeder müsse das mit sich selbst abmachen. Daraufhin eilte Templin zur erstmals tagenden „AG Wirtschaft“ der IFM und warb dort ebenfalls für seine Sache.²³⁰ Die Umweltbibliothek beschloss zeitgleich am 13. Januar, sich als Gruppe nicht an der Demonstration zu beteiligen, stellte es ihren Mitgliedern aber frei, dorthin zu gehen.

Am Vorabend der Demonstration hatten die Theologen Markus Meckel und Martin Gutzeit am Rande des Treffens eines philosophisch-theologischen Studienkreises ein Gespräch mit Wolfgang Templin über die Notwendigkeit veränderter politischer Handlungsformen und Ziele. Gutzeit verwies auf die programmatische Unbestimmtheit sowie das Fehlen klarer politischer Ziele

²²⁸ Vgl. Kroh, S. 256.

²²⁹ Vgl. Informationen über eine geplante öffentlichkeitswirksame Störung der Kampf demonstration anlässlich des 69. Jahrestages der Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg am 17.1.1988, 12.1.1988, BStU, MfS, ZA 9665, Bl. 154.

²³⁰ Vgl. MfS HA XX/AKG 5.690, Bl. 34ff.

der IFM sowie ihren Mangel an Struktur. Templin wiederum verteidigte die Notwendigkeit des gesellschaftlichen Diskurses – und damit die Teilnahme an der Demo.²³¹ Während Martin Gutzeit mit Wolfgang Templin diskutierte, traf sich parallel die AKSK-Regionalgruppe Berlin in der Stephanus-Stiftung Weißensee. Neben der Vorbereitung der Mai-Vollversammlung besprach man die bevorstehende Luxemburg-Demonstration und verwarf eine Teilnahme, weil man nicht mit der AGST marschieren wollte.

Das MfS entwarf einen ersten „Maßnahmeplan zur politisch-operativen Absicherung der Kampfdemonstration der Berliner Werktätigen“ am 13. Januar 1988. Neben 14 mobilen Zuführungspunkten (Autos) sollten zwei Stasi-Einsatzgruppen neben einer Spezialistengruppe einsatzbereit sein. Die Einweisungen aller eingesetzten Kräfte erfolgten am 15. Januar um 16 Uhr.²³² Seit dem 15. Januar plante das MfS die operative Kontrolle sowie Zuführung zum zentralen Zuführungspunkt Rummelsburg von Ausreiseantragstellern, welche sich an der Luxemburg-Demo beteiligen wollten. Außerdem legte es eine Liste mit Personen an, die unter operative Kontrolle gestellt oder am Morgen des 17. Januar ab 6 Uhr unabhängig von der Demonstrationsteilnahme zugeführt werden sollten.²³³

Im Rahmen der „Aktion Störenfried“ besetzte das MfS am 17. Januar ab 7 Uhr den Einsatzort am Frankfurter Tor. Um 8.40 Uhr wurden die ersten vier missliebigen Personen entdeckt, bald neun weitere. Sie wurden umge-

²³¹ Vgl. Gutzeit, Martin; Hilsberg, Stephan: Die SDP/SPD im Herbst 1989, in: Kuhrt, S. 610.

²³² Vgl. Maßnahmeplan zur politisch-operativen Absicherung der Kampfdemonstration, 13. Januar 1988, BStU, MfS, ZA 9665, Bl. 141-142.

²³³ Vgl. Plan der Maßnahmen zur Verhinderung provokativer feindlicher Aktivitäten anlässlich des 17.1.1988, 15.1.1988, BStU, MfS, ZA 9.665, Bl. 114-122. Am selben Tag wurde in Moskau die erste unabhängige Organisation, die „Internationale Stiftung für das Überleben und die Entwicklung der Menschheit“, offiziell mit Billigung der Behörden gegründet. In West-Berlin folgten etwa 1.300 Menschen dem Aufruf der sozialistischen Jugendorganisation „Die Falken“ zu einem Mahnmarsch vom Elefantenplatz in der Budapester Straße zu den Gedenkstätten der 1919 ermordeten Liebknecht und Luxemburg. Am Nachmittag hatte der Vorsteher der Schöneberger Bezirksverordnetenversammlung, von Metnitz (CDU), vor dem ehemaligen Wohnhaus Rosa Luxemburgs in der Friedenauer Cranachstraße 58 eine Bronzetafel enthüllt. Vgl. Reichhardt, S. 261.

hend verhaftet.²³⁴ Um 8.25 Uhr postierte sich unmittelbar vor dem Haus für Sport und Freizeit ein Fernsehteam der ARD. Etwa 15 Minuten später parkte ein ZDF-Team vor dem Rat des Stadtbezirks Friedrichshain. Sofort wurden die vier Männer von einer 16-köpfigen Gruppe Sicherungskräfte unter Kontrolle gehalten und gehindert, „Zuführungen“ zu filmen. Tonaufzeichnungen, so das MfS, konnten nicht vollständig unterbunden werden.

Das MfS hatte die Abmarschzone der Demo in 7 Abschnitte eingeteilt. Abschnitt 1 rund um das Frankfurter Tor war der erste Verhaftungsbrennpunkt, später konnten „im Abschnitt 6 besonders komplizierte Zuführungen“ erfolgen. Dort erkannten die MfSler gegen 10.15 Uhr im Hinterland der Frankfurter Allee Herbert Mißlitz und Vera Wollenberger von der Gruppe Gegenstimmen. Als sie ebenfalls zugeführt werden sollten, leisteten sie Widerstand, riefen laut und bemühten sich ohne Erfolg, Öffentlichkeit herzustellen. Im selben Abschnitt wurden 15 Minuten später Till Böttcher, Bert Schlegel und Andreas Kalk von der UB verhaftet.²³⁵

Stephan Krawczyk und Freya Klier hatten lange vor der AGST geplant, an der Luxemburg-Demo 1988 teilzunehmen, um dort auf ihre Berufsverbote aufmerksam zu machen. Dass die AGST diese Idee übernahm, störte Krawczyk insoweit, dass er es vorzog, unabhängig von ihr an der Demo teilzunehmen. Freya Klier lehnte Ziele und Motive der AGST ab und blieb zu Hause. Krawczyk hatte frühmorgens die Wohnung verlassen und war unmittelbar darauf in der Nähe seiner Wohnung in der Oderberger Straße verhaftet worden. Er wurde in den nächsten Tagen zur neuen Ikone der DDR-Protestbewegung.

Die Zuführungen erfolgten überwiegend durch MfS-Angehörige. Neben ihnen, 350 an der Zahl, waren 70 VP-Angehörige im Einsatz, dazu 300 „gesellschaftliche Kräfte“ der SED sowie 22 Genossen aus dem Bereich Innere Angelegenheiten.²³⁶ Ab 10.30 Uhr sah das MfS am Frankfurter Tor eine „stabile Lage“.²³⁷

Insgesamt wurden an diesem Tag etwa 110 Menschen verhaftet, davon 65 im Sicherheitsabschnitt Frankfurter Tor. Sie wurden in die Untersuchungshaftanstalt Berlin-Rummelsburg gebracht. Von dort aus wurden einige

²³⁴ Vgl. Informationen über den Einsatz am 17. Januar 1988 im Rahmen der Aktion „Störenfried“, BStU, MfS, ZA 9.665, Bl. 92.

²³⁵ Vgl. ebd., Bl. 96-97.

²³⁶ Vgl. ebd., Bl. 97.

²³⁷ Vgl. Informationen über den Einsatz am 17. Januar 1988 im Rahmen der Aktion „Störenfried“, ebd., Bl. 92.

AGST-Mitglieder nach Westdeutschland abgeschoben, während Mitglieder der AGST-Initiativgruppe Anklagen erhielten. Auch sie konnten kurz darauf in die Bundesrepublik ausreisen.

Nicht verhaftet wurden Wolfgang Templin und Ralf Hirsch. Diese standen den ganzen Tag über unter Hausarrest, aber auch mit Roland Jahn in West-Berlin in ständigem Informationsaustausch. Sie hielten Verbindung zu Mitgliedern der AGST, der IFM und anderer Basisgruppen und unterstützten westliche Medien bei ihrer Arbeit. Hirsch reichte einen offenen Brief der IFM an den Generalsekretär des ZK der SED gegen 19.20 Uhr an Jahn weiter. Rias 2 und der SFB verlasen noch in den Nachtstunden den Brief sowie einen Kommentar. In derselben Nacht begann Bärbel Bohley, ein Treffen der IFM und anderer Basisgruppen für den nächsten Tag in der UB zu organisieren. Hier wurden die täglichen Solidaritätsandachten, die Koordinierungsgruppe aus Gruppenvertretern sowie die Einrichtung eines Kontaktbüros, zuerst bei Bohley, später in der Generalsuperintendentur, beschlossen. Roland Jahn sammelte in West-Berlin diese Informationen aus Ost-Berlin und reichte sie an die Medien weiter.

Am Morgen des 20. Januar gab Freya Klier ein Deutschlandfunk-Interview, ging danach zum Staatsanwalt und besuchte abends eine Solidaritätsandacht. Einen Tag später fand man im Prenzlauer Berg Hetzbriefe gegen Krawczyk in Briefkästen. Klier verfasste gleichzeitig einen Aufruf, in dem sie Westkünstler zum Boykott von Auftritten in der DDR aufforderte, solange Krawczyk in Haft war. Die SFB-Abendschau strahlte diesen Aufruf am 22. Januar erstmals aus.

Am selben Tag veröffentlichte die „Bild-Zeitung“ ein Interview ihres Reporters Kai Diekmann mit Generalsuperintendent Krusche. Dieser erklärte, dass die Folgen des 17. Januar auch deshalb schwierig wären, da die Ausreiseartragsteller den Schutz der Kirche zum Teil überhaupt nicht verlangten.²³⁸ Der Schutz der Kirche wurde durch das, was noch kommen sollte, erst recht herausgefordert.

Am 25. Januar wurden Klier sowie die IFM-Mitglieder Wolfgang Templin, Ralf Hirsch, Bärbel Bohley und Werner Fischer verhaftet. Unter anderem MfS-IM Wolfgang Schnur nahm sich ihrer anwaltlich an. Am folgenden Tag las Klier im ND, dass gegen sie ein Ermittlungsverfahren wegen landesverräterischer Beziehungen lief. Freya Klier fragte sich, was sie in Anbetracht von sechs Monaten Knast für Vera Wollenberger wohl selbst zu erwarten hätte. Schnur behauptete noch am selben Tag ihr gegenüber, so

²³⁸ Vgl. Der Staat muß sich mehr gefallen lassen, Bild 22.1.1988.

demoralisierend wie falsch, dass an den von Hunderten besuchten Solidaritätsgottesdiensten angeblich nur 50 Leute teilgenommen hätten.

Welche Interessen Wolfgang Schnur, Rechtsanwalt Vogel als auch Oberkonsistorialrat Stolpe im Fall von Klier und Krawczyk sowie der anderen verhafteten Gruppenmitglieder vertraten, ist strittig. Die „Dauerprobleme“ Klier/Krawczyk sowie IFM (auch mit Abschiebung in den Westen) zu lösen, war anscheinend ihr gemeinsames Anliegen. In Unklarheit über ihre genaue Situation formulierten Freya Klier und Stephan Krawczyk am 1. Februar 1988 einen Ausreiseantrag, begründeten ihn mit politischer Hoffnungslosigkeit und saßen am folgenden Tag, dem 2. Februar, im Bus des Ost-Berliner Pfarrers und Leiters der Stephanus-Stiftung, Braune, auf dem Weg nach Bielefeld in die Bethel-Anstalten. Der mit dieser verwickelten Situation bis dahin unvertraute Pfarrer Braune behauptete dort vor versammelten Westmedien, Krawczyk und Klier seien freiwillig ausgereist. Diese hingegen erklärten am 3. Februar, dass sie die DDR nicht freiwillig verlassen hätten. Vielmehr seien sie vor die Alternative gestellt worden, eine Haftstrafe von 2 bis 12 Jahren zu empfangen oder sofort in die Bundesrepublik überzusiedeln.²³⁹ Klier sowie die später ebenfalls abgeschobenen Bohley, Fischer, Hirsch, Wolfgang und Regina Templin erläuterten in einer Erklärung vom 9. März ausführlicher ihre Position, ihre Ausreiseentscheidung und den Wunsch, in die DDR zurückzukehren.²⁴⁰

Warum aber wurden Freya Klier, Bärbel Bohley, Werner Fischer, Ralf Hirsch, Wolfgang und Regina Templin verhaftet? MfS-Offizier Klaus Roßberg schreibt, dass die Stasi-Kirchenabteilung XX/4 in die Vorgänge um die Luxemburg-Demo nicht eingeschaltet war. Erst als sich die Kirche für die Inhaftierten engagierte, erlangte sie Zuständigkeit. Gerade als sich eine Woche nach der Luxemburg-Demo Entspannung anzubahnen schien, entschloss sich laut Roßberg die Parteiführung zu einem Befreiungsschlag. Mielke hatte sich Listen mit den prominentesten Oppositionellen erarbeiten lassen in dem Glauben, dass die Bevölkerung über die Störung der Luxemburg-Demo sehr verärgert sei und man sich jetzt der Haupträdelsführer

²³⁹ Vgl. Klier, Freya: Abreißkalender. Ein deutsch-deutsches Tagebuch, München 1988, S. 297.

²⁴⁰ Vgl. BStU, MfS, BV Berlin, Abt. XX, Nr. 2.701, Bl. 102ff. Sympathisierende Oppositionelle beschlossen schon zuvor (wie ernsthaft auch immer), Stolpe zu entführen, um Verhaftete freizupressen oder schlicht ein Druckmittel in die Hand zu bekommen. Vgl. Bohley, Bärbel; Neubert, Ehrhart: Wir mischen uns ein. Ideen für eine gemeinsame Zukunft, Freiburg 1998, S. 40.

wenn schon nicht wegen der Luxemburg-Demo, dann doch wegen des begründeten Verdachts auf landesverräterische Beziehungen entledigen konnte. Mahnwachenbüros, Kontakttelefone und Informationen für die Westmedien sollten als Beweise herhalten.

Wurde Vera Wollenberger schon am 27. Januar wegen Vorbereitung von Rowdytum und Zusammenrottung zu einem halben Jahr Haft verurteilt, geriet die Aburteilung der anderen ins Stocken. Eigentliches Ziel war, so Roßberg, im Zusammenspiel mit Kirchenvertretern die prominentesten Oppositionellen zum Verlassen der DDR zu bewegen. Dem MfS, in Person von Roßbergs Chef Joachim Wiegand in Zusammenarbeit mit Schnur, gelang dies zuerst bei Krawczyk und Klier. Bei diesen konnte man eine unbefristete Ausreise durchsetzen. Bohley und Fischer konnten nach einem halben Jahr in die DDR zurückkehren, Wollenberger nach einem Jahr und die Templins nach zwei Jahren.²⁴¹

Aber nicht alle wurden abgeschoben. Kalk und Böttcher aus der UB wurden in die DDR entlassen, während Schlegel, der schon länger einen Ausreisantrag zu laufen hatte, mit seiner Freundin in die Bundesrepublik ging. Kirchenleitungsmitglieder, Kirchengemeinden und einzelne Pfarrer hatten sich, trotz Vorwürfen von Abgeschobenen und anderen Gruppenmitgliedern, nach den Verhaftungen vom 17. Januar für die Freilassung der AGSTler und später der am 25. Januar Verhafteten stark gemacht. Die schnell zusammen mit einigen Basisgruppen gegründete Koordinierungsgruppe und ein Kontaktbüro veranstalteten tägliche Informationsgottesdienste in reihum sich abwechselnden Kirchen mit teilweise 3.000 Teilnehmern. Daneben mobilisierte sie, erfolgreich wie nie zuvor, Gruppen und Kirchengemeinden in der gesamten DDR zur Solidarität.

Die IFM distanzierte sich unmittelbar nach dem 17. Januar in einer Erklärung von der im Westen verbreiteten Behauptung, dass die AGST eine Untergruppe der IFM sei. Reinhard Weißhuhn verfasste später unter dem Titel „Ausreise ist ein Menschenrecht - Vorschlag für einen Minimalkonsens“ ein Papier, das in vier Punkten das Geschehen der letzten vier Wochen bilanzierte und den massenhaften Wunsch nach endgültigem Verlassen der DDR mit einem Rechtsanspruch versah. Formell nicht als IFM-Dokument anerkannt, wurde dieser Text auf dem Basisgruppentreffen „Frieden konkret“

²⁴¹ Vgl. Roßberg, Klaus: Das Kreuz mit dem Kreuz. Ein Leben zwischen Staatssicherheit und Kirche, Berlin 1996, S. 128-131.

im Februar 1989 in Greifswald von Gruppendelegierten diskutiert, ohne eine Mehrheit zu finden.²⁴²

In einem Extrablatt des Friedrichsfelder Feuermelders versuchte sich Reinhard Schult im April 1988 unter der Überschrift „Gewogen und für zu leicht befunden“ an einer Einschätzung der Januarereignisse.²⁴³ Er griff Wolfgang Templins Wirken in Vorbereitung des 17. Januar sowie die politische Kurzsichtigkeit einiger Gruppen, speziell der UB, scharf an. Ausgereisten Oppositionellen wie Vera Wollenberger sprach er den von ihnen nicht beanspruchten Revolutionärsstatus ab und sah als Gewinner der Ereignisse den Staat, den Westen, die Amtskirche und die Ausreiseantragsteller. Einziger Verlierer waren die Gruppen. Klier, Wollenberger und einige andere rechtfertigten sich in den folgenden Wochen, und Schult nahm im Mai einige der Vorwürfe zurück.²⁴⁴

Ein klärendes Gespräch zwischen Kirchenleitung und Basisgruppenvertretern fand am 25. Februar in der Friedrichsfelder Kirchgemeinde statt. Man interpretierte das Geschehen unterschiedlich, und ein Staatsvertreter schätzte das Verhältnis von Basisgruppen zu Ausreiseantragstellern mit den Worten ein: Die kurzfristige Schaffung einer gemeinsamen Arbeitsbasis ist ausgeschlossen.²⁴⁵

Nach der Luxemburg-Demo begann das ND am 2. Februar eine kurze Artikelserie, die die „westdeutschen Hintergründe“ der DDR-Bürgerrechtsbewegung offenlegen sollte. Das ND blamierte sich gründlich, da es das linke West-Berliner „Radio 100“ und den konservativen Sender „Radio 100,6“ nicht auseinanderhalten konnte. Das SEW-Organ „Die Wahrheit“ verpflichtete sich Ende Februar in einer Unterlassungserklärung, die vom ND übernommene Behauptung, Roland Jahn sei „Komplize eines westlichen Geheimdienstes“, nicht zu wiederholen.

Gegen Roland Jahn hatte die Generalstaatsanwaltschaft der DDR am 18. Dezember 1987 ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Der Kontakt mit seinen engsten Verbindungspersonen in Ost-Berlin (W. Templin/R. Hirsch/B. Bohley/L. Rathenow) wurde strenger überwacht. In West-

²⁴² Vgl. Kowalczyk, Ilko Sascha: Freiheit und Öffentlichkeit. Politischer Samisdat in der DDR 1985-1989, Berlin 2002, S. 440-442.

²⁴³ Vollständig abgedruckt in Rüdtenklau, S. 223f.

²⁴⁴ Vgl. Kroh, S. 54. Im Gespräch mit dem Autor verneinte Schult jegliche Zurücknahme der Vorwürfe.

²⁴⁵ Vgl. Aktenvermerk zum Verlauf der Veranstaltung in der Kirche Friedrichsfelde, 25.2.1988, Landesarchiv Berlin C Rep. 104, Nr. 563.

Berlin war Jahn der Dreh- und Angelpunkt der Medienarbeit der Berliner Gruppen. Er inspirierte Aktionen und war bemüht, oppositionelle Vorgänge in der gesamten DDR mittels Westmedien zu publizieren.²⁴⁶

Eine erste Einschätzung zur Lage der Basisgruppen nach den Januarereignissen nahm die Bezirksverwaltung Berlin des MfS am 16. Februar vor. Für die Mehrzahl diagnostizierte sie, nicht zu Unrecht, eine desolante Situation.²⁴⁷ Letztendlich hatte die Luxemburg-Demo die strukturelle Schwäche der Gruppen deutlich aufgezeigt. Diese wurde allgemein im Kommunikationswirrwarr zwischen den Berliner Gruppen gesehen.²⁴⁸

Als Reaktion auf diese Einsicht und nach der Erfahrung mit dem 17.-Januar-Kontaktbüro reifte in den Gruppen der Wunsch nach einem DDR-weiten Kontakttelefon zum schnellen und institutionalisierten Informationsaustausch. Ulrike Poppe lud zum 31. Mai in die Andreas-Markus-Gemeinde und Vertreter von 14 Basisgruppen beschlossen dort die Bildung einer „Initiativgruppe Kontakttelefon“, bestehend aus Marianne Birthler, Reinhard Weißhuhn und Christoph Singelstein. Die Kirchenleitung verzögerte die Kooperation, und erst im Februar 1989 konnte eine „Telefongruppe“ in der Gethsemane-Gemeinde ihre Arbeit aufnehmen. In West-Berlin gründeten AL'er, Mitglieder der Initiative Ost-West-Dialog und ehemalige DDR-Bürger die Initiative „Freiheit für Andersdenkende“, welche 1988 vielerlei Unterstützung über die Mauer hinweg gab.

Am 3. August kehrten Bärbel Bohley und Werner Fischer in die DDR zurück und setzten ihr Engagement, wenn auch vorerst nicht in selbem Maße wie vor ihrer Verhaftung, fort. Pastorin Sengespeick verkündete die gute Nachricht in einem Gottesdienst ihrer Friedrichshainer Auferstehungsgemeinde und nannte Bohley prädestiniert, „die Stimme zu erheben“.²⁴⁹ Die in Westdeutschland verbliebenen Ralf Hirsch, Wolfgang Templin sowie Klier und Krawczyk standen dort unter besonderer Beobachtung des MfS.

Die AGST existierte unter dem Namen „Initiativgruppe Gleichgesinnter“ weiter und suchte mittels Autokorsofahrten zum Kloster Chorin oder des

²⁴⁶ Vgl. Durchführung von strafprozessualen Maßnahmen gegen Verbindungspersonen von Jahn, Roland, 6.1.1988, Matthias-Domaschk-Archiv Berlin, Bestand ZOV „Weinberg“.

²⁴⁷ Vgl. Rüdtenklau, S. 239.

²⁴⁸ Einige Autoren sehen an diesem Punkt die Übernahme der Führerschaft innerhalb der Oppositionsszene durch die Leipziger Basisgruppen.

²⁴⁹ Vgl. Aktenvermerk zu den Gottesdiensten am 7.8.1988, Landesarchiv Berlin C Rep. 104, Nr. 568.

Besuchs von Urania-Veranstaltungen (die 1988 seit 100 Jahren existierten) mit engagierter Diskussionsteilnahme eine Öffentlichkeit.

Die Angst der Staatsorgane vor einer Unterwanderung der Demonstration am 1. Mai ließ sie den Termin für das Einrücken von Wehrpflichtigen vom 3. Mai auf den 26. und 27. April vorziehen. So erhielt sie Kontrolle über jene Ausreiseantragsteller, die wehrpflichtig, häufig aber Wehrdienstverweigerer oder Totalverweigerer waren.²⁵⁰ Die Reste der AGST hatten nämlich nach dem 17. Januar geplant, in einem geschlossenen Marschblock zur 1.-Mai-Demonstration anzutreten, um beim Passieren der Ehrentribüne das Gesicht demonstrativ abzuwenden.²⁵¹

Auch andere Gruppen standen im Verdacht, die 1.-Mai-Demonstration für ihre Zwecke „missbrauchen“ zu wollen.²⁵² Schnur warnte persönlich den Samariter-Friedenskreis am 18. April vor Aktionen jeder Art, und das MfS rechnete mit ca. 40 Personengruppen und 75 Einzelpersonen, welche die Demonstration zu stören beabsichtigten.²⁵³ Diese wollten, so das MfS, sich wieder mit Transparenten, Schrifttafeln und anderen Sichtelementen feindlich-negativen Inhalts im Sinne der gegnerischen Freiheits- und Menschenrechtsdemagogie in die Marschblöcke einreihen. Daneben lagen dem MfS Hinweise vor, wonach Vera Wollenberger und Wolfgang Templin zusammen mit Roland Jahn unter Einbeziehung kirchlicher Basisgruppen vom Westen aus öffentlichkeitswirksame Aktivitäten planten.

Dies genügte dem MfS, um die Aktion „Nelke 88“ zu beschließen. In deren Rahmen sollten Hinweise gesammelt, Ordnungsstrafverfahren durchgeführt, Vorbeugungs- und Disziplinierungsgespräche abgehalten sowie Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen zur Verhinderung einer Einreise in die Hauptstadt gewährleistet werden.²⁵⁴ Insgesamt wurden dem MfS seit dem 30. April DDR-weit 31 Verstöße gegen die staatliche Ordnung bekannt, davon 26 Missachtungen staatlicher beziehungsweise gesellschaftlicher Symbole, eine öffentliche Herabwürdigung, eine Gewaltandrohung sowie

²⁵⁰ Vgl. Plakatzensur der SED vor dem 1. Mai, Die Welt 18.4.1988.

²⁵¹ Vgl. BStU, MfS, HA VII, Nr. 523, Bl. 202.

²⁵² Vgl. BStU, MfS, BV Erfurt, XX/ZMA, Bd. 2, Bl. 76.

²⁵³ Vgl. Informationen über geplante Aktivitäten feindlich-negativer Kräfte anlässlich der Feierlichkeiten in Zusammenhang mit dem 1. Mai 1988, 10.4.1988, BStU, MfS, HA VII, Nr. 3.011, Bd. 1, Bl. 35.

²⁵⁴ Vgl. Berichterstattung zum Stand der Durchsetzung des Befehls Nr. 5/88 des Genossen Minister zur Aktion Nelke 88, 18.4.1988, MfS HA VII 3.011, Bd. 1, Bl. 42.

drei provokatorisch-demonstrative Handlungen.²⁵⁵ In Berlin waren insgesamt 5.186 Personen verstärkt kontrolliert worden und 1.328 Personen erhielten Auflagen. Im Ergebnis von 3.361 Vorbeugungsgesprächen waren 3.274 Personen bereit, sich „gesellschaftsgemäß“ zu verhalten.²⁵⁶

Das aufsehenerregendste Vorkommnis des 1. Mai 1988 fand unmittelbar vor Beginn eines Gottesdienstes in der Berliner Marienkirche statt, in dem Bischof Forck vor 700 Besuchern predigte. Ein Demonstrant kettete sich vor der Marienkirche an ein steinernes Kreuz und zeigte ein Transparent. Zwei Minuten später führte ihn die VP ab. Nach Abschluss des Gottesdienstes suchte Bischof Forck das VP-Revier auf und verlangte Auskunft über den Verbleib des Verhafteten.²⁵⁷ Am 3. Mai wetterte das ND gegen Forcks Einmischung. Die „Welt“ konstatierte, dass das FDJ-Blatt Junge Welt nicht die ADN-Version vom jungen Mann, der für seine Aktion den Segen Forcks erhalten habe, übernahm, sondern den Bischof direkt für die Aktion verantwortlich machte. Es unterstellte, Forck habe die Aktion vorher gekannt und sie in Kauf genommen.²⁵⁸ Die Ost-Berliner Zeitungen verschwiegen den Vorgang weitgehend und wiesen eher auf die Krawalle in Berlin-Kreuzberg anlässlich des 1. Mai hin.

7.2. Mit Radio Glasnost gegen die Sondermülldeponie, IWF und Weltbank

Nachdem im Jahr 1986 der oppositionelle Piratensender „Der Schwarze Kanal“ gescheitert war, startete 1987 im West-Berliner Privatsender Radio 100²⁵⁹ „Radio Glasnost“. In 27 Sendungen bis Ende 1989 wurden aus

²⁵⁵ Vgl. ebd., Bl. 69.

²⁵⁶ Vgl. ebd., Bl. 76.

²⁵⁷ Vgl. ebd., Bl. 80.

²⁵⁸ Vgl. SED-Kampagne gegen Bischof Forck, Die Welt 5.5.1988.

²⁵⁹ Der Sender nahm am 1.3.1987 seine Arbeit auf und bat umgehend auch Ost-Berliner Institutionen wie das „Theater der Freundschaft“ um Aufnahme in deren Presseverteiler. Die Schwulenredaktion des Senders unterhielt umfangreiche Kontakte zur Ost-Berliner Homosexuellenszene. Linksalternativ ausgerichtet, wurde während des Reagan-Besuchs 1987 der Sendebetrieb vorübergehend unterbrochen, nachdem der Berliner Polizeifunk abgehört und ausschnittsweise gesendet wurde. Während des West-Berliner Hochschulstreiks 1988 wurde 14-täglich die Sendung „Radio 100.000 - Das Radio für die Hunderttausend Studentinnen“ gesendet.

dem Studio Potsdamer Straße/Ecke Bülowstraße an jedem letzten Montag im Monat zwischen 21 und 22 Uhr Beiträge von West-Berlin aus in die DDR gesendet. Diese wurden zuvor in der DDR von Basisgruppen hergestellt und nach West-Berlin geschmuggelt, wo sie von Roland Jahn bearbeitet wurden. Gerade im Zusammenhang mit der Luxemburg-Demo führte dies dazu, dass die DDR den Empfang nicht nur mit Störsendern beeinträchtigte, sondern dass das ND Radio Glasnost in einem scharfen Kommentar angriff. Dies auch, weil neben geschmuggelten Beiträgen Hinweise auf offizielle Veranstaltungen bspw. im Ost-Berliner Haus der Sowjetischen Wissenschaft und Kultur zum Thema „Umgestaltung“ gesendet wurden. Dem massiven Störsendereinsatz der DDR begegnete der Radio 100 mit Wiederholungen von Radio Glasnost auf unterschiedlichen Sendeplätzen. Die Einführung der *Wehrpflicht* im Jahre 1962 und das Bausoldatengesetz von 1964 brachten für die evangelischen Kirchen der DDR und viele ihrer Mitglieder erhebliche Probleme mit sich. Etwa 90 Prozent der Bausoldaten begründeten ihre Verweigerung religiös. Zusammenschlüsse von Bausoldaten und kirchliche Beratungsstrukturen entwickelten sich im Laufe der 1960er und 1970er-Jahre zum Kern der kirchlichen Friedensbewegung in der DDR. Ab Anfang der 1980er-Jahre wurde die bis zum Ende der DDR durchgehaltene Forderung nach einem Sozialen Friedensdienst zum Zentrum friedenspolitischen Handelns innerhalb der DDR.

Auf dem Basisgruppenseminar Frieden konkret 1986 in Stendal hatte sich zusätzlich eine *DDR-offene Wehrdienstgruppe* gegründet, die das Ziel verfolgte, einen Wehersatzdienst in der DDR durchzusetzen. Diese Gruppe tagte am 30. Januar 1988 in der Samaritergemeinde. Mit Gerold Hildebrandt, Winfried Weu und anderen nahmen überwiegend Berliner Delegierte an dieser Tagung teil. Sie formulierten einen Gesetzesentwurf für die Einführung eines Wehersatzdienstes, den Mitglieder des Weißenseer Friedenskreises in 500 Exemplaren vervielfältigten und an die Volkskammer, die evangelischen Kirchen und andere versenden sollten.²⁶⁰

Die Tagung der Wehrdienstgruppe Stendal am 29. Oktober war wieder mit Mario Schatta, Hildebrandt, Wolfgang Janisch und anderen Berlin-dominiert. Sie beschwerten sich bei Verteidigungsminister Heinz Kessler über diskriminierende Unterstellungen in einem „Zeit“-Interview, bereiteten die

²⁶⁰ Vgl. Zusammenkunft der DDR-offenen Wehrdienstgruppe Stendal, 2. 2. 1988, BStU, MfS, BV Rostock, XX, Nr. 507, Bl. 758.

2. Ökumenische Versammlung nach und Frieden konkret in Greifswald 1989 vor.²⁶¹

Im Jahr 1988 war jeder zweite Wehrdienstverweigerer auch Ausreiseantragsteller. Taten sie dies überwiegend, um ihre Ausreise zu beschleunigen, unterstützten sie dennoch gelegentlich die Arbeit der religiös motivierten Verweigerer.

Im selben Jahr wie die Wehrdienstgruppe hatte sich auch der „*Freundeskreis Wehrdiensttotalverweigerer*“ gegründet, der sich um die Berliner Diakone Mario Schatta und Michael Frenzel scharte. Im Jahr 1988 gab sich die Gruppe eine Basiserklärung und organisierte vom 29. April bis 1. Mai in Berlin-Schmöckwitz ein erstes Totalverweigerertreffen.²⁶²

Auf einem *Treffen von Umweltgruppen* am 16. Januar 1988 in Weimar gründete sich eine DDR-weite Atomkraftinitiative. Ökogruppen hatten sich schon lange gegen den Bau des Kernkraftwerkes in Stendal engagiert, dessen Baustelle der Magdeburger Bischof Demke Ende März 1988 besuchte. Michael Beileites hatte zuvor auf der Ökumenischen Versammlung in Anwe-

²⁶¹ Ein Kämpfer für den Wehersatzdienst hatte, wie erst Anfang 1988 öffentlich wurde, die DDR am 11.11.1987 verlassen. Der Autor des Bestsellers „Soldat in drei Armeen“, Bruno Winzer, der ranghöchste Westoffizier, der jemals in die DDR floh, war an diesem Tag aus der DDR in die Bundesrepublik zurückgekehrt. Dies missfiel der DDR-Führung sehr, da er nach seiner Übersiedlung im Mai 1960 als propagandistische Allzweckwaffe im DDR-Fernsehen wirken, Wehrmachtskameraden nachspüren und prominente Überläufer interviewen durfte. Sein Buch „Soldat in drei Armeen“, in dem er unter anderem mit Franz Josef Strauß abrechnete, erschien in 100.000 Exemplaren. Dieser Erfolg ließ ihn wagemutig werden. Nach seiner Pensionierung als militärpolitischer Berater im Ministerium des Innern begann er öffentlich, gegen Kriegsspielzeug in der DDR zu Felde zu ziehen und zerbrach an seinem 65. Geburtstag im Ost-Berliner Presseklub feierlich eine Plastikspielzeugpistole. Weihnachten 1978 verfasste er ein Friedensmanifest, in dem er die totale Abrüstung der Spielzeugindustrie verlangte. Das Manifest schickte er an sämtliche Auslandsbotschaften der DDR und stellte sich am letzten verkaufsoffenen Sonntag vor den Feiertagen auf den Ost-Berliner Alexanderplatz, wo er ein Transparent mit der Aufschrift „Kauft kein Kriegsspielzeug“ entrollte. Nachdem er sich am 1.5.1983 in einem offenen Brief an Erich Honecker für verfolgte Jenaer Friedensfreunde wie Roland Jahn eingesetzt hatte, wurde er mit Publikations- und Auftrittsverbot belegt. In heiklen Situationen erhielten er und seine Frau zukünftig Hausarrest, und Westreiseanträgen wurde nicht stattgegeben. Vgl. Noch eins drauf. Nach fast dreißig Jahren im DDR-Exil ist der ranghöchste Bundeswehrdeserteur erneut getürmt - zurück in den Westen, Spiegel 1/88.

²⁶² Vgl. Neubert 1997, S. 714.

senheit von Westjournalisten über seine Forschungen zur SDAG Wismut berichtet. Die Folge war, dass am 16. Februar der SFB Beleites' Ausführungen sendete und die „Frankfurter Rundschau“ sie am 29. Februar abdruckte.²⁶³ Nachdem er anschließend im Keller der Samariterkirche sein Werk „Pechblende – der Uranbergbau in der DDR und seine Folgen“ vervielfältigt hatte, erschien es als Broschüre beim Forschungsheim Wittenberg und dem beim Landespfarrer für Krankenseelsorge der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg etablierten IPPNW Berlin.

Ein berlin-brandenburgisches Problem war die *Müllverbrennungsanlage Schöneiche*, 20 km südöstlich von West-Berlin. Nach einer „Kontraste“-Sendung vom 12. Januar 1988 blockierten am 1. Februar Umweltschützer den Grenzübergang Kirchhainer Damm in Lichtenrade, um den Transport von West-Berliner Sondermüll in die Verbrennungsanlage zu verhindern. Auf der anderen Seite der Mauer meldete ein Dutzend Radfahrer, darunter vier Vertreter von „Robin Wood“ aus Hamburg, ebenfalls ihren Protest an. Nachdem die Volkspolizei die Hamburger abgeschoben hatte, wurden auch die Ost-Berliner Demonstranten, die der Umweltbibliothek angehörten, wieder freigelassen. Am 2. November erklärten die Initiatoren der Demonstrationen den Sondermülltransport zum Ausverkauf der DDR und die UB forderte den West-Berliner Umweltsenator Jürgen Starnick (FDP) auf, zum Müll auch die erforderliche Umwelttechnik mitzuliefern. Das MfS interessierte sich weiter für das Engagement der Ost-Berliner Umweltgruppen, während die West-Berliner Blockierer mit Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Nötigung bedacht wurden.²⁶⁴

Neben Schöneiche existierte die *Sondermülldeponie Vorketzin*, Kreis Nauen. Dorthin wurden große Teile der jährlich 60.000 Tonnen Sondermüll West-Berlins verbracht.²⁶⁵ Auch hier wurden 1988 (nicht nur) Umweltgruppen aus Ost-Berlin aktiv.

Waren die weiter oben beschriebenen Entwicklungen in Ungarn und Polen Maßstab für die innenpolitischen Forderungen der kirchlichen Basisgruppen, wurde die Politik Nicolae Ceaucescus in *Rumänien* hingegen schon 1987 Gegenstand ihrer besonderen Fürsorge. Der Protest der Basisgruppen gegen die blutige Niederschlagung eines Aufstands gegen das Ceaucescuregime im November 1987 in Brasov gipfelte in einer gewaltsam unterbundenen

²⁶³ Vgl. Beleites, Michael: Untergrund. Ein Konflikt mit der Stasi in der Uran-Provinz, Berlin 1991, S. 93.

²⁶⁴ Vgl. Reichhardt, S. 363.

²⁶⁵ Vgl. Radio Glasnost, 29.2.1988, BStU, MfS, HA XX/AKG, Nr. 1345, Bl. 219f.

Mahnwache vor der rumänischen Botschaft am 25. Dezember. Westmedien druckten am 12. Januar 1988 den Aufruf der tschechischen Charta 77 zum europaweiten Aktionstag gegen das Ceaucescuregime am 1. Februar. Ihm folgten Gruppen in Warschau und Budapest mit Demos vor den rumänischen Botschaften. Das MfS stellte am 23. Januar 1988 fest, dass Berliner Oppositionelle für diesen Tag planten, ein vom bereits verhafteten Krawczyk verfasstes Schreiben an die Botschaft der SR Rumänien in der DDR zu übergeben. Die Koordinierungsgruppe des AKSK hatte die Teilnahme an dieser Aktion beschlossen und zu landesweiter Beteiligung aufgerufen. Sie beschloss außerdem, am 1. Februar 1988 einen Gottesdienst des Stadtjugendpfarramts Berlin zu organisieren und darauf hinzuwirken, dass an diesem Tag um 18 Uhr in Berlin die Glocken läuten.²⁶⁶ Die Aktionen fielen aber weit kleiner aus, auch weil viele der potenziellen Teilnehmer wegen der Luxemburg-Demo in Haft oder eingeschüchtert waren.

Die IFM kritisierte am 15. November auf einer Informationsveranstaltung in der Gethsemanekirche Ceaucescus Politik, womit sie besonders auf die geplante Zerstörung von 7.000 Dörfern zugunsten agroindustrieller Zentren anspielte. Sie bat aber darum, anlässlich des bevorstehenden Ceaucescu-Besuchs in der DDR auf öffentliche Aktionen zu verzichten.²⁶⁷

In der Samariterkirche war für einige Wochen eine kritische Rumänienausstellung aufgebaut, und „empörte Bürger“ (Kindergartenleiter/Mitarbeiter des Pionierpalastes) formulierten in mehreren Briefen an den Rat des Stadtbezirks Lichtenberg ihren Protest gegen die kritische Ausstellung „Solidarität mit Rumänien“ in der Kirchengemeinde Fennpfuhl.²⁶⁸ Der zuständige Pfarrer

²⁶⁶ Vgl. Informationen über eine am 1. Februar 1988 durch feindlich-negative Kräfte geplante provokatorische Aktion, MfS Hauptabteilung XX Nr. 43/88 in: Goertz, Joachim: Die Solidarische Kirche in der DDR. Erfahrungen, Erinnerungen, Erkenntnisse, Berlin 1999, S. 199.

²⁶⁷ Information zum Informationsabend Rumänien, 16.11.1988, BStU, MfS, HA XX/AKG, Nr. 1.336, Bl. 60. Freya Klier versuchte am 15.11.1988 (dem Jahrestag des Aufstandes in Brasow), in West-Berlin einen „Aktionstag Rumänien“ durchzuführen. Das Menschenrechtskomitee Rumänien, dem Freya Klier angehörte, hatte eine Theaterproduktion vorbereitet, die vor der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche aufgeführt werden sollte. Als deren Gemeindekirchenrat ihr die Kirchentreppen nicht zur Verfügung stellte, trat sie, auch wegen der kirchlichen Implikationen ihrer DDR-Ausbürgerung, aus der Kirche aus.

²⁶⁸ Vgl. Briefe an Rat des Stadtbezirkes bezüglich Protest gegen Ausstellung „Solidarität mit Rumänien“, Landesarchiv Berlin C Rep. 104, Nr. 563.

Galley und Diakon Zimmermann verteidigten sich gegenüber dem Magistrat, dass sie bei der Planung der Ausstellung nichts vom anstehenden Besuch Ceaucescus gewusst hätten und verwiesen auf die vom Gemeindegemeinderat durchgesetzte Streichung des Wortes „Solidarität“ aus dem Ausstellungstitel.²⁶⁹ Einige Tage später besuchte Ceaucescu Ost-Berlin, wo er am 17. November zum zweiten Mal von Erich Honecker die höchste Auszeichnung der DDR, den Karl-Marx-Orden, erhielt.

Die *Friedenswerkstatt*²⁷⁰ des Jahres 1988 fand am 26. Juni auf dem Gelände der Erlöserkirche unter der Überschrift „Miteinander streiten – solidarisch leben“ statt. Diese seit 1982 bestehende jährliche Veranstaltung hatte ihren Zenit bereits überschritten und fand nur noch 1.200 bis 2.000 Besucher. Ein Drittel davon war staatlich beauftragt.²⁷¹ Themen wie Wehrdienstverweigerung, Ausreiseantragstellung, Umwelt- und Energiepolitik wie auch Fragen von Erziehung und Informationsfreiheit bestimmten die Werkstatt 1988. Rudi Pahnke hatte zuvor verkündet, dass außerdem das Verhältnis Jugendlicher zum Faschismus näher behandelt werden sollte.

An von den Gruppen eingerichteten Informationsständen rund um die Erlöserkirche wurden der Wahlaufwurf „Neues Handeln“ der „Abgrenzungs-Initiative“ und Kontaktadressen zur Unterstützung bei Wehrdienstverweigerung verteilt. Ausreiseantragsteller sollten von der IFM erstellte „Fragebögen zur Ausreiseproblematik“ ausfüllen, und der MfS-IM Pfarrer Gartenschläger fand das Diskussions-Podium wegen eines beteiligten Ausreiseantragstellers „zum Kotzen“.²⁷²

Während West-Berlin anlässlich der *Jahrestagung von IWF und Weltbank* im September 1988 mit einem Ausnahmezustand wie im Jahr zuvor beim Reaganbesuch rechnete, nannte Bischof Leich die in Ost-Berlin neu errichteten Luxushotels „Apartheidhotels“. Gerade die in Ost-Berlin für die Tagungsteilnehmer im Grand-Hotel, Hotel Metropol und Palasthotel gebuchten

²⁶⁹ Aktenvermerk über ein Gespräch Pletl/Inneres Lichtenberg und Musler /Magistrat mit Pfarrer Galley und Diakon Zimmermann, 14.11.1988, Landesarchiv Berlin C Rep. 104, Nr. 563.

²⁷⁰ Im Juni 1982 fand in und um die Erlöserkirche/Lichtenberg die erste „Friedenswerkstatt“ statt. Menschenrechts- und Friedensgruppen aus der gesamten DDR trafen sich danach jährlich, präsentierten ihre Arbeit und kamen in Kontakt.

²⁷¹ Vgl. Klein, S. 158.

²⁷² Bericht zur kirchenpolitischen Situation, 26.7.1988, Aktenvermerk zum Verlauf der Veranstaltung in der Kirche Friedrichsfelde, 25.2.1988, Landesarchiv Berlin C Rep. 104, Nr. 563.

1.000 Zimmer und bereitgestellten Fahrzeuge rückten ins Zentrum der Anti-IWF-Aktionen.

Wie konnte die DDR-Führung auch die von ihr regelmäßig für die Verschuldung der Dritten Welt verantwortlich gemachten Institutionen aus rein finanziellen Gründen derart hofieren?! Im ND blieben die üblichen Angriffe auf IWF und Weltbank aus, sozialistische Bruderstaaten hatten diesen ohnehin bereits ihr Beitrittsinteresse bekundet, am Checkpoint Charlie wurde ein zeitweiliger Sonderübergang eingerichtet und die internationalen Gäste sollten mit Besuchen im Pergamonmuseum und in Potsdam die DDR in angenehmer Erinnerung behalten.

Die hier abgebrochene klassenkämpferische Argumentation des ND nahmen vor allem die eher linken Basisgruppen auf. Ihre Vorbereitung begann in Ost-Berlin schon 1987, und ab März 1988 arbeitete eine aus Mitgliedern der UB, KvU, Friedrichsfelder FK und verschiedenen Dritte-Welt-Gruppen gebildete Weltwirtschafts-AG an der Detailvorbereitung ihrer Aktionen.²⁷³

Ein Basisgruppen-Regionaltreffen am 9. April in Fürstenwalde bildete den Auftakt für eine Serie von Veranstaltungen bis zum September. Im Zentrum der Gruppenkritik an IWF und Weltbank stand die Verschuldungsproblematik. Diese wurde in einem Weltwirtschaftsseminar vom 3. bis 5. Juni 1988 in Form einer Potsdamer Erklärung zur IWF-Weltbanktagung gerade anhand der jüngsten Entwicklungen in Jugoslawien, Polen, Ungarn und Rumänien kritisch auf den Punkt gebracht.

Anfang Juli stand fest, dass im September parallel zur IWF-Tagung und einem IWF-Gegenkongress in der Technischen Universität West-Berlins eine Aktionswoche und ein Wochenendseminar in Ost-Berlin abgehalten würden. Neben einem Pilgerweg, einer Mahnwache sowie einer Demonstration vor der US-Botschaft sollte eine Broschüre zur Schuldenkrise erscheinen. Der Leiter der Abteilung Kirchenfragen beim Ost-Berliner Magistrat,

²⁷³ Einige, vor allem Mitglieder des Friedrichsfelder Friedenskreises, hatten zuvor schon versucht, mit autonomen Aktivisten, die die West-Berliner Proteste vorbereiteten, gemeinsame Erklärungen und Aktionen abzustimmen, was zum Teil durch gegenseitiges Misstrauen verhindert wurde, in einzelnen Punkten aber zu konkreten Ergebnissen führte. Die MfS-Spitze hatte am 12. August ihre führenden Genossen außerdem darüber informiert, dass die RAF mittels der Anti-IWF-Aktionen Schritte in Richtung „vorrevolutionäre Situation“ plane. Auch deshalb mussten die in Ost-Berlin vorgesehenen Aktionen wie Mahnwachen vor der US-Botschaft unter Kontrolle gehalten werden. Vgl. Rede vor MfS-Offizieren (Datum und Verfasser unbekannt), BStU, MfS, HA VII, Nr. 414, Bl. 3ff.

Mussler, verbot dem Gemeindegemeinderat Friedrichsfelde und dem Stadtjugendpfarramt als Träger des geplanten Pilgerweges dessen Durchführung. Die Aktionswoche hingegen lief vom 23. bis 30. September. Neben Veranstaltungen der traditionellen Reihe „Künstler in Aktion“ wurden Proteste gegen die bevorzugte Behandlung von IWF- und Weltbanktagungsteilnehmern in den Berliner Hotels unternommen. Daueranrufen sollte die Telefonanlagen dieser Hotels lahmlegen, und am 29. September bewarfen einige Gruppenakteure IWF-Kongressteilnehmer vor dem Pergamonmuseum mit Kleingeld. Der Versuch, danach eine Demonstration in Richtung US-Botschaft zu unternehmen, wurde durch Verhaftungen beendet.

Friedlich verlief das Friedrichsfelder Themenseminar vom 24. bis 25. September. Referate, Plenarvorträge, Arbeitsgruppen und Diskussionen drehten sich überwiegend um die Schuldenkrise und Alternativen zur bestehenden Weltwirtschaftsordnung. Das MfS rechnete für die Dauer der IWF-Tagung wegen starker Medienpräsenz und kräftebindender Kontrolltätigkeit an den Grenzübergangsstellen mit einer Häufung von Fluchtversuchen nach West-Berlin.

7.3. Von der Ossietzky- zur Sputnikaffäre

Bildungsfragen waren Machtfragen und vom Anfang bis zum Ende der DDR ständiger Gegenstand der Staat-Kirche-Auseinandersetzung. In der „Ossietzky-Affäre“ jedoch zeigten sich im Jahr 1988 neue Risse im DDR-Bildungssystem.

Sie begann am 11. September 1988, als bei einer Kundgebung für die Opfer des Faschismus auf dem Ost-Berliner Bebelplatz Schüler der Pankower Ossietzky-Schule Plakate mit Aufschriften wie „Neonazis raus“ zeigten. In den folgenden Tagen äußerten sich einige von ihnen in ihrer Schule positiv zu den sich ausweitenden Bergarbeiterstreiks in Polen, während ein anderer in der von der FDJ neu eingerichteten „Speakers corner“ der Schule am 14. September fragte, wie denn Militärparaden am 7. Oktober mit der Friedenspolitik der DDR zu vereinbaren seien. Eine mit dieser Problematik zusammenhängende Unterschriftensammlung brachte den Stein endgültig ins Rollen. Vierzig Schüler unterschrieben, und Bildungsministerin Margot Honecker sah sich nicht nur wegen der Prominenz der Schule und mancher Schüler-Eltern (bspw. SED-Politbüromitglied Egon Krenz) genötigt, den Fall zu übernehmen.

Wegen pazifistischer Plattformbildung wurden Katja Ihle, Kai Feller, der Sohn von Vera Wollenberger Philipp Lengsfeld, und Benjamin Lindner aus der FDJ ausgeschlossen. Auch weil sie ihre geäußerten Meinungen nicht aufgaben, wurden sie später von der Schule verwiesen. Shenja-Paul Wiens, Sohn der Schriftstellerin Maja Wiens, gehörte zum erweiterten Kreis der gemäßregelten Schüler. Nicht nur deshalb solidarisierten sich Schriftsteller wie Stefan Hermlin und Jürgen Kuczynski mit den verfolgten Schülern mittels Eingaben und kritischen Anmerkungen.

Eventuell die Kontakte von Maja Wiens zur oppositionellen Szene führten letztendlich dazu, dass Mitte Oktober Wolfgang Rüdtenklau in den „Umweltblättern“ die Vorgänge an der Ossietzky-Schule öffentlich machte. Die Kirche hatte parallel in Person von Bischof Forck Position bezogen. Er schrieb am 18. Oktober Honecker einen Brief, in welchem er darauf hinwies, dass die Relegierung von Philipp Lengsfeld den Geschmack einer Abrechnung mit seiner Mutter hätte.

Da auch gleichzeitig eine Informationsveranstaltung in der Zionskirche für den 28. Oktober angekündigt wurde, war der Staat alarmiert. Da er sich nicht zu helfen wusste, nahm er am 28. Oktober, vor der Informationsveranstaltung in der Zionskirche, vorübergehend die Basisgruppenmitglieder Thomas Klein, Werner Fischer und Reinhard Schult fest. Da diese die Veranstaltung wesentlich vorbereitet hatten, übernahm der AKSK die Durchführung, und 300 Besucher markierten das große Interesse am Thema. Hier wurden eine weitere Protestveranstaltung für den 4. November sowie ein DDR-weiter Aktionstag für Veränderungen im DDR-Bildungs- und Erziehungssystem für den 27. November angekündigt.

Wieder wurden am 4. November Thomas Klein und andere vorübergehend festgenommen, und am 20. November verlas Katharina Harich von der KvU vor hunderten Gottesdienstbesuchern in der Erlöserkirche den Aufruf zum Aktionstag am 27. November. Um Verhaftungen sofort registrieren zu können, wurde in der Küsterei der Zionskirche ein Telefondienst eingerichtet, den besonders gefährdete Aktivisten täglich zwischen 17 und 18 Uhr anrufen sollten.

Tatsächlich fanden in einigen Orten der DDR, vor allem aber in Berliner Gemeinden wie der Gethsemane- oder Bartholomäuskirche, Veranstaltungen zum DDR-Erziehungs- und Bildungssystem statt. Bei diesen traten unter anderem junge Menschen mit T-Shirt-Aufdrucken wie „Carl von Ossietzky - Das Risiko, eine eigene Meinung zu haben“ auf. Während einige Eltern betroffener Schüler forderten, von weiteren Aktionen zugunsten ihrer

gemäßregelten Kinder abzusehen, unterstützte Vera Wollenberger sie ausdrücklich.

Folge der Ossietzky-Affäre war eine Sensibilisierung bis dahin angepasster Bevölkerungskreise für die innenpolitischen Schieflagen ihres Landes. Kirchliche Basisgruppen veranstalteten 1989 Seminare zur Volksbildung und trugen so den Geist der Ossietzky-Affäre in den Herbst 1989 hinein. Die *Ökumenische Friedensdekade* findet seit Anfang der 1980-er Jahre im November jeden Jahres an den 10 Tagen vor Buß- und Bettag statt. Kirchengemeinden und Gruppen bearbeiten in ihrem Rahmen aktuelle Themen zu Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. Die Friedensdekade 1988 stand unter dem Motto „Frieden den Fernen und Frieden den Nahen“. In Form von Friedensgebeten, Diskussionen, Filmvorführungen und Ausstellungen wurde in Berliner Gemeinden in diesem Jahr vor allem des 50. Jahrestages der Reichspogromnacht gedacht.²⁷⁴ Waren diese Veranstaltungen auch überwiegend wenig provozierend, nutzte die Samaritergemeinde die Friedensdekade traditionell zur Auseinandersetzung mit innenpolitischen Problemlagen. 1987 hatte Eppelmann in diesem Rahmen ein Plakat mit einem sowjetischen Soldaten und der Unterschrift „Befreit uns noch einmal“ ausstellen und gegen staatlichen Widerstand Klier und Krawczyk auftreten lassen.

Die SED-Kreisleitung und der Rat des Stadtbezirks Friedrichshain schulten deshalb eine „Agitatorengruppe“²⁷⁵ zum Einsatz während der Friedensdekade. Ein Podiumsgespräch zum „Verhalten der Deutschen zwischen 1933-1945 und heute“ in der Samariterkirche wurde eingeleitet von einem Konzert des Liedermachers Karl-Heinz Bomberg. Er sang ein Lied von Krawczyk und forderte die Freilassung aller politisch Inhaftierten. Das Podium bildeten Eppelmann (Kind eines SS-Unterscharführers), Paul Österreicher (Halbjude), Rolf Schneider und Anwalt Gregor Gysi. Sie diskutierten Verantwortlichkeiten im Umgang mit der eigenen Geschichte, was der anwesende Staatsvertreter nahezu wortwörtlich protokollierte.²⁷⁶

²⁷⁴ Vgl. Veranstaltungen zur Friedensdekade in Berliner Gemeinden, Landesarchiv Berlin C Rep.104, Nr. 604.

²⁷⁵ Vgl. Bericht zur Einschätzung der kirchenpolitischen Situation im Stadtbezirk Berlin-Friedrichshain für die Monate August und September 1988, 5.10.1988, Landesarchiv Berlin C Rep. 104, Nr. 568.

²⁷⁶ Vgl. Samariterkirche/Podiumsgespräch „Verhalten der Deutschen zwischen 1933-1945 und heute“, Landesarchiv Berlin C Rep. 104, Nr. 604.

Sichtbarer denn je wurde der Dissens zwischen der Politik Gorbatschows und Honeckers im Herbst 1988. Er hatte einen Punkt erreicht, an dem das SED-Politbüro innenpolitischer Befriedigungsversuche wegen den Rückhalt Gorbatschows aufs Spiel setzte. Am 19. November begründete das ND, warum die (deutschsprachige) sowjetische Zeitschrift „Sputnik“²⁷⁷ von der Postzeitungsliste gestrichen wurde: „Wegen fehlendem Beitrag zur Festigung der deutsch-sowjetischen Freundschaft.“ Vor allem die kritische Berichterstattung über das KPD-Versagen und die stalinistische Vergangenheit der Sowjetunion passte der DDR-Führung nicht. Die „Iswestija“ druckte schon zuvor Auszüge aus dem im gesamten Ostblock verbotenen stalinkritischen Buch „Die Revolution entlässt ihre Kinder“ von Wolfgang Leonhard, woraufhin sich der zuständige ZK-Sekretär Hermann Axen umgehend in Moskau beschwerte.²⁷⁸ Dies blieb der DDR-Öffentlichkeit noch verborgen. Wegen des „Sputnik“-Verbots jedoch streikten am 21. November in Leuna einige Arbeiter für mehrere Stunden und am 28. November kam es in Leipzig zu öffentlichen Protesten. In Dresden wurde während einer Aufführung des „Barbier von Sevilla“ in der Semperoper am 26. November vom Darsteller des Figaro in einer Szene in Abweichung vom Operntext geäußert, er habe jetzt mehr Zeit, da er immer den „Sputnik“ gelesen habe.²⁷⁹ Die Moderatorin von Jugendlradio DT64, Silke Hasselmann, begann am 19. November eine Sendung mit dem Satz „Ein Sputnik ist heute abgestürzt“. Es brachte ihr die Strafversetzung zur „Stimme der DDR“ ein.²⁸⁰ Schlimmer aber traf die DDR-Führung die sie erreichende Eingabenflut. Da die Mehrheit der Eingabenschreiber SED-Mitglieder waren, die zum Teil die Partei verließen, öfter aber noch die Massenorganisation „Deutsch-Sowjetische Freundschaft“ (DSF), sah sie sich besonders herausgefordert. Das ZK der SED erreichten bis Dezember 1988 etwa 800 Eingaben, 75 % davon durch SED-Mitglieder, 57 % von Parteigruppen. Besonders schmerz-

²⁷⁷ Sputnik, gegründet 1967, war eine sowjetische Zeitschrift, die von der Presseagentur Nowosti in Russisch, Deutsch, Englisch, Französisch, Spanisch, Tschechisch und Ungarisch vertrieben wurde. Zu Beginn der 80er-Jahre betrug die Auflagenhöhe eine Million Exemplare, von denen 180.000 in Deutsch erschienen. Sputnik berichtete magazinhaft über kulturelle Themen und politische Vorgänge in der Sowjetunion.

²⁷⁸ Vgl. Leonhard, Wolfgang: *Meine Geschichte der DDR*, Berlin 2007.

²⁷⁹ Vgl. Holzweißig, S. 154.

²⁸⁰ Vgl. ebd.

lich war, dass vorwiegend die Partei-Intelligenz als Verfasser auftrat.²⁸¹ Die „Umweltblätter“ berichteten im Dezember 1988 über den „Sputnik“, das Verbot von fünf sowjetischen Filmen und dass in Berlin ganze Abteilungen geschlossen aus der DSF austraten. Wieder wurden, wie bei der Ossietzky-Affäre, Wandzeitungen ausgehängt. Beispielsweise in der Humboldt-Universität, wo es am Schwarzen Brett einer Sektion hieß: „Wer heute den Sputnik verbietet, verbrennt morgen Bücher.“²⁸² Eine andere Sektion kündigte den Boykott des FDJ-Pfingsttreffens an. Aber auch 60 sowjetische Komsomolzen, so die Umweltblätter, demonstrierten am 21. und 22. November an der Friedrich-Schiller-Universität in Jena gegen das „Sputnik“-Verbot.²⁸³

Schon im Februar 1988 waren drei Ausgaben der sowjetischen Zeitschrift „Neue Zeit“ nicht an die Abonnenten ausgeliefert worden. Wegen des dort in Auszügen abgedruckten Schatrow-Theater-Stückes „weiter weiter weiter“, in dem mit den Größen der Oktoberrevolution abgerechnet wird und auch Rosa Luxemburg ausführlich zu Wort kommt, hatte zuvor schon das ND Schatrow-kritische Artikel aus der „Prawda“ abgedruckt. Rainer Eppelmann fragte deshalb per Brief ironisch beim im Politbüro der SED für Presse zuständigen Joachim Hermann an, wie lange DDR-Bürger die „Budapester Rundschau“ oder die „Neue Zeit“ noch ertragen müssten und bat um die fürsorgende Hand des Politbüros, die vor Fehlinterpretationen und Verzerrungen bewahre.²⁸⁴

Parallel zum „Sputnik“ wurden die sowjetischen Filme „Der kalte Sommer des Jahres 53“, „Morgen war Krieg“, „Spiele für Schulkinder“, „Das Thema“ und „Die Kommissarin“ verboten, nachdem sie kurz in wenigen Kinos aufgeführt wurden. Der Friedenskreis Weißensee rief deshalb zu einem einwöchigen Boykott aller Kinoveranstaltungen in Berlin vom 11. bis 18. Dezember auf. Die Hauptabteilung IX/2 des MfS erstellte am 7. Dezember eine rechtliche Stellungnahme zu diesem Boykottaufruf. Sie kam zu dem Schluss, dass es sich hierbei um eine die staatliche und öffentliche

²⁸¹ Vgl. Klein, Thomas: Zu Opposition und Widerstand in der SED, in: Herbst u.a., S. 214.

²⁸² Vgl. Dass der Zusammenhang, wer Bücher verbietet, könne sie auch verbrennen, nicht nur in Berlin als Analogie gebraucht wurde, belegt ein Vorfall in Rostock. Vgl. Stolle, Uta: Der Aufstand der Bürger. Wie 1989 die Nachkriegszeit in Deutschland zu Ende ging. Baden-Baden 2001, S. 78.

²⁸³ Vgl. Umweltblätter Dezember 1988, Nr. 11/88, S. 4.

²⁸⁴ Vgl. Ein für allemal, Spiegel 48/1988.

Ordnung herabwürdigende Aussage handele sowie um ein rechtswidrig hergestelltes Vervielfältigungserzeugnis, dessen Verbreiter mit einer Ordnungsstrafe bis zu 500 Mark bestraft werden sollte.²⁸⁵ Mitglieder des Friedenskreises räumten am 26. Dezember in „Radio Glasnost“ ein, dass die Aktion unbedacht gewesen und der Friedenskreis noch ungeübt in öffentlichen Aktionen sei.

Der Sonntag (11. Dezember) nach dem *Tag der Menschenrechte* 1988 war Großkampftag für die Sicherheitskräfte. Sämtliche Gottesdienste wurden beobachtet, und Pastoren wie Almuth Berger von der Bartholomäusgemeinde griffen die Erklärung der DDR-Regierung zum 40. Jahrestag der Menschenrechte von der Kanzel aus scharf an. Rainer Eppelmann verwob „Sputnik“-Verbot, Ossietzky-Affäre, Ausreiseantragsteller und Menschenrechte zu einer szenischen Darstellung und bestimmte die Kollekte für notleidende Menschen in Rumänien.²⁸⁶ Verschiedene Gruppen veröffentlichten (neben dem in Gottesdiensten verlesenen Votum der KKL zum 40. Jahrestag der Erklärung der Menschenrechte) eigene Erklärungen zum Tag der Menschenrechte. Die von 14 Oppositionellen wie Rainer Eppelmann, Mario Schatta oder Bärbel Bohley unterzeichnete forderte neben einer Verwaltungsgerichtsbarkeit die Aufhebung der Zensur und eine Reform des Wahlrechts.²⁸⁷

7.4. Von der Sowjetunion lernen heißt wählen lernen. Kommunalwahl 1989

Die Gruppen agierten nicht isoliert. Weder voneinander noch international. Im Jahr 1988 existierten neben den verschiedensten Seminaren zu Frieden oder Ökologie in den meisten Landeskirchen auch Koordinierungsinstanzen für die Gruppenarbeit. Das Gruppennetzwerk „Frieden konkret“ lud seit 1983 im Delegiertenverfahren jährlich mindestens einen Vertreter jeder Basisgruppe der DDR zu einem gemeinsamen Wochenende aller Gruppen-delegierten ein. Der Staat war bemüht, diese Vernetzung zu verhindern. Auch die internationale Vernetzung behinderte er durch teilweise erhebliche

²⁸⁵ Vgl. Rechtliche Stellungnahme, 7.12.1988, BStU, MfS, HA XX/4, Nr. 2.101.

²⁸⁶ Vgl. Bericht über die Gottesdienste am Sonntag, dem 11.12.1988, Landesarchiv Berlin C Rep. 104, Nr. 568.

²⁸⁷ Am 14.12.1988 kündigte die DDR-Regierung die Einrichtung von verwaltungsgerichtlichen Instanzen ab dem 1.7.1989 an.

Reiseverbote. Mitglieder der Berliner Umweltbibliothek protestierten am 8. Januar 1988 mit einem „Offenen Telegramm“ an Erich Honecker, der in Paris weilte, gegen ein am Vortag verhängtes Ausreiseverbot für Vera Woltenberger zu einem Ökologieseminar nach Ungarn.²⁸⁸ Dem Arche-Delegierten zum Sommertreffen der Europäischen Waldaktion in Polen vom 10. bis 16. Juli 1988 wurde durch DDR-Behörden die Ausreise verweigert genauso wie anderen Arche-Mitarbeitern die Fahrt zum Ost-West-Umweltmeeting vom 5. bis 12. Dezember 1988 in Ungarn. Die Arche plante 1988, einem vom europäischen Umwelt-Netzwerk Greenway eingebrachten Vorschlag folgend, einen „Reiseservice“ für Umweltfreunde einzurichten. Dieses auf Gegenseitigkeit beruhende Bereitstellen von Übernachtungsmöglichkeiten sollte grenzübergreifend die Vernetzung fördern und Kosten sparen.

Über die Tätigkeiten von Greenway, Charta 77 oder ungarischer Gruppen informierten Zeitschriften wie der Grenzfall oder die Umweltblätter genauso wie über die oben beschriebenen Liberalisierungen in den „kommunistischen Bruderstaaten“ im Zuge von Glasnost und Perestroika. Im Fokus der Berichterstattung standen aber überwiegend die nationalen Angelegenheiten. So auch die Kommunalwahl im Mai 1989.

Konnten sich die Basisgruppenvertreter während „Frieden konkret VII“ in Greifswald im Frühjahr 1989 auch nicht auf eine gemeinsame Vorgehensweise bei der Überprüfung der Wahlergebnisse einigen, sorgten dennoch die Lust auf ein flächendeckendes Offenlegen des erwarteten Wahlbetruges und einige lokale Strategien für eine systematisch geplante DDR-weite Empörung, welche einerseits den Machtanspruch der Basisgruppen manifestierte und andererseits die für die Ereignisse des Herbst 1989 notwendige Unruhe schon im Mai 1989 schürte.

Wahlen waren schon zuvor ein Politikum. Ein Wahllokalleiter in Berlin-Pankow antwortete anlässlich der Kommunalwahlen am 6. Mai 1984 der ARD-Tagesschau auf die Frage, warum kein Wähler die Wahlkabine benutze: „Das ist ein Vertrauensbeweis!“ Mitgliedern der Offenen Arbeit Weimar fehlte dieses Vertrauen, deshalb riefen sie mit einem Flugblatt zum Wahlboykott auf. Bausoldaten in Prora auf Rügen zählten im von ihnen benutzten Wahllokal die Stimmen aus und stellten allein dort doppelt soviel Gegenstimmen fest wie später für den gesamten Kreis Rügen offiziell verlautbart wurden. Wegen der folgenden Eingabe eines Bausoldaten mussten sie zu-

²⁸⁸ Vgl. BStU, MfS, HA XX/AKG, Nr. 1.336, Bl. 5-6.

künftig in ihren Heimatorten in Sonderwahllokalen wählen.²⁸⁹ Wahlboykott und Auszählungsüberwachung waren demnach traditionelle Instrumente oppositionellen Arbeitens.

Im Januar 1986 veröffentlichten Rainer Eppelmann und andere den „Appell zum UNO-Jahr des Friedens“. In dem forderten sie die Aufstellung unabhängiger Kandidaten zu Kommunal- und Volkskammerwahlen sowie das Recht des Bürgers, sich selbst als Kandidat zur Wahl zu stellen.²⁹⁰ Eine Gruppe um Rainer Eppelmann nahm während der Volkskammerwahlen 1986 im Berliner Stadtbezirk Friedrichshain an der Stimmenauszählung in mehreren Wahllokalen teil und stellte fest, dass die von ihnen gezählten Nein-Stimmen die Anzahl der offiziell bekannt gegebenen des gesamten Stadtbezirks übertrafen. Das Ergebnis ihrer Wahlauszählung präsentierten Eppelmann und die ihn unterstützende „Offene Arbeit“ auf der Friedenswerkstatt im Juni 1986.

Im Vorfeld dieser Wahlen wurden an Oppositionelle wie Ralf Hirsch keine Wahlbenachrichtigungen versandt. Hirsch zweifelte das Wahlergebnis deshalb auf dem Eingabeweg an, was ohne Erfolg blieb.²⁹¹ Er bat außerdem um Wiederholung der Wahl für seinen Wahlkreis, wie es das Wahlgesetz für diesen Fall vorschrieb.²⁹² Wieder ohne Erfolg.

Im Jahr 1986 entstanden auch die RADIX-Blätter, die in der redaktionellen Verantwortung von Ludwig Mehlhorn und Stephan Bickhardt lagen. Später erschienen in dieser Reihe „Aufrisse 1 und 2“, die den Antrag „Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung“ unterstützten. Pfingsten 1988 veröffentlichten die „Aufrisse“ den Aufruf „Neues Handeln“, welcher zur Aufstellung unabhängiger Kandidaten und zur Kontrolle der Kommunalwahlen am 7. Mai 1989 aufrief. Dieses als Flugblatt gefasste Pamphlet wurde in einer Auflage von 25.000 Exemplaren gedruckt, unter dem Titel „Brief an die Christen der DDR und ihre Gemeindevertretungen“ vertrieben und von der Absage-Initiativgruppe, dem AKSK sowie dem Friedenskreis der Bartholomäus-Gemeinde unterstützt. „Neues Handeln“ lehnte sich begrifflich an das „Neue Denken“ Gorbatschows an, der, für DDR-Bürger per TV sichtbar, bei Wahlen in der SU die Wahlkabine selbstverständlich benutzte. Der Aufruf „Neues Handeln“, als Konsequenz des „Absageantrags“, schlug vor, dass Arbeitskreise in Kirchengemeinden als Kollektive im Sinne des

²⁸⁹ Vgl. Neubert, S. 606.

²⁹⁰ Vgl. ebd.

²⁹¹ Vgl. Klein, S. 155.

²⁹² Vgl. Kroh, S. 46.

§ 17 des Wahlgesetzes Kandidaten vorschlagen sollten. Damit vollzog die Initiativgruppe einerseits den Schritt vom innerkirchlichen Arbeitskreis zur Oppositionsgruppe. Der Gedanke, Kirchengemeinden Kandidaten aufstellen zu lassen, bedeutete andererseits, Teile der Kirche offiziell zur politischen Opposition umzubilden. Am 15. Juli 1988 bat deshalb der Stellvertreter des Bürgermeisters für Inneres des Bezirks Friedrichshain seinen Vorgesetzten Hoffmann beim Magistrat, „angesichts dieser langfristigen Vorbereitung“ sich auf eine gemeinsame Vorgehensweise dagegen zu verständigen.²⁹³ Ende November 1988 leitete das MfS dem Politbüro ein Papier zu, in welchem es darauf hinwies, dass „bestimmte Kräfte innerhalb der Kirche“ gezielt die Wahlfrage thematisierten und „erkennbare Entscheidungsmöglichkeiten“ einforderten.²⁹⁴

Die regionalen Kirchentage und auf ihnen Öffentlichkeit suchende Ausreiseartragsteller taten ein Übriges. Eine Gruppe Ausreisewilliger aus Wismar wandte sich mit einem offenen Brief an die Kirchentagsleitung in Rostock. Sie baten um Verständnis für ihre Entscheidung, die DDR verlassen zu wollen, und schlugen vor, dass eine umfassende demokratische Gestaltung der Gesellschaft mit der Einführung freier und geheimer Wahlen tatsächlich vom Volk aufgestellter und bestätigter Kandidaten durchgeführt werden sollte.²⁹⁵ Auf dem Kirchentag in Halle forderte Friedrich Schorlemmer in einem Thesenpapier „erkennbare Entscheidungsmöglichkeiten zwischen mehreren Kandidaten“. Richard Schröder stellte unter Verweis darauf, dass weder das Wetter noch die Pflanzen noch der Tod in der DDR sozialistisch seien, die umstrittene und anfechtbare Legitimation eines gewählten Amtsinhabers in Frage, indem er die Einheitswahlen kritisierte und Scheinwahlen für unklug hielt.²⁹⁶ Den Erfurter Kirchentag hingegen bereicherte Edelbert Richter mit der Forderung, sich vom „schwärmerischen Ziel einer Basisdemokratie“ zu trennen und für eine Stärkung rechtsstaatlicher Institutionen einzutreten.

Die Kommunalwahlkampagne beschleunigte somit den Wandel von der „schwärmerischen Basisdemokratie“ zur institutionenbewussten und Macht beanspruchenden Oppositionsarbeit. Martin Gutzeit hatte schon nach der Luxemburg-Demo in sein Tagebuch notiert: „Die Basis darf nicht nur die

²⁹³ Vgl. Brief an Hoffmann, 15.7.1988, Landesarchiv Berlin C Rep. 104, Nr. 568.

²⁹⁴ Vgl. Kloth, Hans Michael: Vom „Zettelfalten“ zum freien Wählen. Die Demokratisierung der DDR 1989/90 und die „Wahlfrage“, Berlin 2000, S. 132.

²⁹⁵ Vgl. Die SED muss ihre Politik jetzt ändern, Die Welt 30.6.1988.

²⁹⁶ Vgl. Theologe für Distanz von Kirche im Sozialismus, Die Welt 27.8.1988.

links-alternative sein. Es muß der Bereich dieser Ghettos überwunden werden [...].²⁹⁷ Dieser sich immer erfolgreicher realisierende Anspruch traf auf die Vorstellung vom Ausbau basisdemokratischer Strukturen der im Sommer 1988 zurückgekehrten Bärbel Bohley.²⁹⁸ Bevor beide Auffassungen in SPD und Neuem Forum ihre Ausprägung fanden, betraten neue Akteure wie der Weißenseer Friedenskreis die Bühne, um unbeeindruckt von Selbstverständnisdiskussionen das Heft des Handelns an sich zu reißen. Am 20. September 1988 vermeldete das ND, dass die Kommunalwahlen in der DDR am 7. Mai stattfänden, und Erich Honecker forderte in seiner Rede auf der 7. Tagung des ZK der SED die Freiwillige Feuerwehr, Kleingärtner oder Sportvereine auf, Kandidatenvorschläge für die Kommunalwahl zu machen. Diese sollten nach dem offiziellen Wahlaufwurf vom 26. Januar 1989 zwischen dem 8. Februar und 8. März geprüft werden. Der offizielle Wahlaufwurf mobilisierte die Gruppen nochmals. Je nach Überzeugung forderten sie im Sinne von aktivem und passivem Wahlrecht zum Besuch von Wahlveranstaltungen, zur Aufstellung eigener Kandidaten, zur Wahlverweigerung oder der Stimmauszählungsüberwachung auf. Der Friedenskreis der Erlösergemeinde in Berlin-Lichtenberg veröffentlichte am 25. Januar 1989 den „Aufruf zur Unterstützung der Kommunalwahlen in der DDR 1989“. Dieser fragte, ob die derzeitige Form der Stimmzettel eine mündige Wählerentscheidung zulässt. Als Stimmzettel für eine echte Wählerentscheidung schlug der Aufruf eine alphabetische Reihenfolge der Kandidaten sowie Ja- und Neinkästchen vor. Unter Verweis auf Paragraph 32 des Wahlgesetzes unterstrichen die Autoren, dass es 1986 zur Volkskammerwahl gelungen sei, in jedem Wahllokal eine Wahlkabine aufzustellen. Eingehend auf das Ausbleiben von Wahlbenachrichtigungen bei der Wahl 1986 forderten sie, dass eine Vielzahl von Ausreiseantragstellern oder Haftentlassenen, die bisher ohne Wahlbenachrichtigung blieben, am Wahltag unter Vorlage ihres Personalausweises an der Wahl teilnehmen dürften. Weiter wollten sie durch Befragen der Kandidaten die Beweggründe ihrer Nominierung kennenlernen.²⁹⁹

²⁹⁷ Vgl. Meckel, Markus; Gutzeit, Martin: Opposition in der DDR. Zehn Jahre kirchliche Friedensarbeit - kommentierte Quellentexte, Köln 1994, S. 353.

²⁹⁸ Vgl. von zur Mühlen, S. 242.

²⁹⁹ Vgl. Aufruf des Friedenskreises der Erlösergemeinde Berlin zur Unterstützung der Kommunalwahlen in der DDR 1989, BStU, IMB Jörg Sander, Bl. 102. In diesem Sinne fanden ab Ende August 1988 mehrere Gemeindeveranstaltungen der Zwingli-Gemeinde Alt-Stralau unter Teilnahme von Stadtbezirksmitarbeitern und Verantwortli-

Richtete die Initiativgruppe „Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung“ im Januar 1989 einen Offenen Brief noch an „Christen und ihre Gemeindevertreter“, forderte sie im Februar in einem offenen Brief an Wählerinnen und Wähler nicht mehr nur die Christen im Lande auf, die Kommunalwahl als Forum zur öffentlichen Meinungsäußerung zu nutzen, sondern appellierte an alle DDR-Bürger, an Wahlversammlungen teilzunehmen und eigene Kandidaten aufzustellen. Die 4. Vollversammlung des AKSK, die Projektgruppe Ökologie und Menschenrechte der Arche und andere Gruppen unterstützten diesen Brief.

Ulrike Poppe und Stephan Bickhardt suchten am 31. Januar 1989 den Rat des Stadtbezirkes Prenzlauer Berg auf, um eine Wählbarkeitsbescheinigung, Voraussetzung für eine Kandidatur, zu erhalten. Diese wurde ihnen jedoch, wie parallel vielen anderen auch, ohne Angabe von Gründen verweigert. Radio Glasnost verlas am 27. Februar den Aufruf der „Initiativgruppe Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung“ und strahlte am 27. März ein Interview mit Reinhard Lampe zu diesem Wahlaufufruf aus. Lampe erklärte in der Radio-Glasnost-Sendung vom 24. April aber auch, warum der Versuch der unabhängigen Kandidatenaufstellung letztendlich gescheitert sei: Die SED wolle es nicht und hätte alle Versuche der Gruppen im Keim erstickt. Deshalb rief er zum „Neinstimmen“ auf.

Die AKSK – Regionalgruppe Thüringen hingegen rief zum totalen Wahlboykott auf. Am 16. März erklärten 18 Mitglieder verschiedener Gruppen die Gründe für ihre Wahlverweigerung, und 48 Vertreter der IFM, der Arche, der Umweltbibliothek und verschiedener anderer Gruppen traten am 15. April unter vollem Namen mit einer Erklärung an die Öffentlichkeit. Parallel zum AKSK-Thüringen begründeten sie ihr Fernbleiben von der Wahl. Sie stellten fest, dass das Wahlgesetz der DDR keine Entscheidung zwischen Kandidaten mit unterschiedlichen politischen Konzeptionen vorsieht und die Versuche vieler Gruppen, sich aktiv an der Vorbereitung der Wahlen zu beteiligen, entmutigende Ergebnisse zeitigten. Eigene Kandidaten aufzustellen würde verhindert, Anliegen auf öffentlichen Veranstaltungen einzubringen zurückgedrängt, manchen Bürgern sogar der Zutritt zu öffentlichen Wahlveranstaltungen verwehrt. Im Ergebnis würden die Wahlergebnisse der DDR dazu dienen, die tatsächlichen Verhältnisse in der DDR zu

chen des NARVA-Glühlampenwerkes zu kommunalen Problemen statt. Offensichtlich dienten sie der entspannenden Problemlösung bezüglich Nahverkehr und NARVA-Problemen im Vorfeld der Kommunalwahlen. Vgl. diverse Akten in: Landesarchiv Berlin C Rep. 104, Nr. 568.

verschleiern.³⁰⁰ Die Erklärung wurde von Werner Fischer am 15. April 1989 im ZDF verlesen.³⁰¹

Die sächsische Synode wiederum sprach am 9. April 1989 die beide Positionen vermittelnde Empfehlung aus, bei der Wahl die Wahlkabine aufzusuchen oder der Wahl fernzubleiben.

Wahlboykott wäre für viele kirchliche Basisgruppen einer „Resignation in Protestform“ gleichgekommen. Die Forderung nach Überprüfung der Wahlergebnisse hingegen bedeutete die partielle öffentliche Kontrolle der Staatsgewalt. In vielen Bezirken der DDR überwachten deshalb Basisgruppen und Einzelne die Wahlauszählung. „Wahlgruppen“ entstanden, die sich ausschließlich der Wahlbeobachtung oder Kandidatenaufstellung widmeten und zu großem Teil von Ausreiseantragstellern gebildet wurden.³⁰² Darum wurden unmittelbar vor der Wahl mehrere tausend Ausreiseantragsteller in den Westen entlassen. Konnte das MfS nach der Luxemburg-Demo noch einen Graben zwischen den Gruppen und den Ausreiseantragstellern bilanzieren, sah sie jetzt beide in „Aktionseinheit“.³⁰³ Beide maßen den Staat, in der Tradition der innenpolitischen Anwendung der KSZE-Schlussakte, an seinen eigenen Normen. Wahlbetrug war in der DDR verboten.

Diesen Betrug besprachen die Publikationen der Basisgruppen genauso wie das Vorgehen der einzelnen Wahlinitiativen. Außerdem wurden von diesen Gruppen Räume bereitgestellt und illegale Aufrufe verteilt. Am 6. Mai bilanzierte das MfS, dass im Vorfeld der Wahl von der Polizei 4475 Personen verstärkt kontrolliert und 563 Auflagen erhalten hätten.³⁰⁴ Die Westmedien berichteten gut informiert schon im Vorfeld und Roland Jahn produzierte einen Kommunalwahlbeitrag im ARD-Magazin KONTRASTE, in welchem unter anderem Bärbel Bohley den systematischen Wahlbetrug erläuterte. Dem vorzubeugen, riefen im Vorfeld der Wahl Gruppenvertreter wie Rainer Eppelmann, Herbert Mißlitz, Marianne Birthler oder Mario Schatta zur flächendeckenden Überwachung der Stimmauszählung auf.³⁰⁵ Ende März veranstaltete unter Anwesenheit eines ARD-Kamerateams der Friedenskreis Weißensee um Mario Schatta im Gemeindezentrum Heinrich Grüber in

³⁰⁰ Vgl. Wahlverweigerung öffentlich begründet. Erklärung zur Wahl 15. April 1989, in: Kuhrt, S. 496.

³⁰¹ Vgl. Goertz, S. 59.

³⁰² Vgl. Kloth, S. 230.

³⁰³ Vgl. ebd., S. 200.

³⁰⁴ Vgl. Rüdtenklau, S. 290.

³⁰⁵ Vgl. ebd., S. 344.

Berlin-Hohenschönhausen einen Abend, in dem Allgemeines über die Kommunalwahl erklärt und danach das „Projekt Weißensee“, die systematische Beobachtung der Stimmauszählung im Stadtbezirk, beschlossen wurde.³⁰⁶ Eine ähnliche Veranstaltung am 21. April besuchten wieder etwa 200 Personen. MfS und Veranstalter schätzten unabhängig voneinander ein, dass ca. 90 % davon „normale Leute“ seien, die ihren Unmut kanalisieren wollten.³⁰⁷

Der Weißenseer Arbeitskreis beherbergte aber vor allem, in Kooperation mit der überwiegend aus Ausreiseartragstellern gebildeten „Arbeitsgruppe Wahlen“ der Arche³⁰⁸ und weiteren Gruppen, die „Koordinierungsgruppe Wahlen“ in seinen Räumen. Deren Mitglieder koordinierten den Einsatz der Auszählungsbeobachter in Berlin und sammelten die Auszählungsergebnisse aus der gesamten DDR. Am Wahltag meldeten sich etwa 250 Freiwillige im Wahlbüro der unabhängigen Kontrolleure im Weißenseer Stephanus-Stift. Ihre Arbeit wurde unter anderem vom MfS überwacht und behindert. Mitglieder der Koordinierungsgruppe baten im Vorfeld der Wahl im Rathaus Weißensee um eine Liste mit den Wahllokalen des Stadtbezirkes und wurden abgewiesen.³⁰⁹ In einem Wahllokal wurde anderen wiederum nach der Feststellung der abgegebenen Stimmen erklärt, dass die Auszählung „für oder gegen den Wahlvorschlag“ nicht öffentlich sei.³¹⁰

Ihre trotzdem gesammelten Ergebnisse brachten die Beobachter in die von Stasileuten ohne konkrete Folgen überwachte Wohnung des Mitgliedes des Weißenseer Friedenskreises Evelyn Zupke. Als die erwarteten Ergebnisse eingetroffen waren, brachte Zupke sie zu Mario Schatta. Von dort fuhren sie gemeinsam zur „Wahlparty“ in die Elisabethkirche in Berlin-Mitte. Neben dem Weißenseer Kreis waren in Berlin vor allem der Samariterkreis und die Kirche von Unten mit Herbert Mißlitz und Reinhard Schult besonders aktiv, während die UB weniger in Erscheinung trat.³¹¹

³⁰⁶ Vgl. Information über eine Veranstaltung im Gemeindezentrum „Heinrich Grüber“, Landesarchiv Berlin C Rep. 104, Nr. 568.

³⁰⁷ Vgl. Kloth, S. 232.

³⁰⁸ Vgl. ebd., S. 199.

³⁰⁹ Vgl. Baum, Karl-Heinz: Evelyn Zupke, in: Für ein freies Land mit freien Menschen. Opposition in Biographien und Fotos (Robert-Havemann-Gesellschaft), Berlin 2006, S. 385.

³¹⁰ Vgl. Fricke, Karl Wilhelm: Die DDR-Kommunalwahl '89 als Zäsur, in: Kuhrt u.a., 1999, S. 484f.

³¹¹ Vgl. Rüdtenklau, S. 288.

In den Stadtbezirken Friedrichshain, Prenzlauer Berg und Weißensee wurden die Wahlen von den Gruppen besonders intensiv beobachtet. Den Basisgruppen gelang es dort, eine hohe Anzahl von Wahllokalen zu kontrollieren. In Weißensee alle.³¹² Hier standen den von den Gruppen gezählten 2.156 Neinstimmen offiziell vermeldete 1.011 gegenüber. Besonders musste die SED das Wahlergebnis an der Kunsthochschule Berlin-Weißensee schmerzen. Von 212 Wahlberechtigten sprachen sich dort 105 gegen und lediglich 102 Wähler für den Wahlvorschlag der Nationalen Front aus.³¹³ Die Gottesdienste am Wahltag in Ost-Berlin wurden sämtlich von Staatsdienern besucht und schriftlich zusammengefasst. Forck empfahl in der Marienkirche die Benutzung der Wahlkabine und Pastorin Vogel in Marzahn bat im Gebet um Verzeihung für alle, die zur Wahl gingen.³¹⁴ Etwa 250 Personen feierten am Wahlabend in der Elisabethgemeinde die „Wahlparty“. Der Theologe Thomas Krüger verkündete die „Trends“ der aus der gesamten DDR telefonisch eingehenden Überwachungsergebnisse. Danach verfassten Bärbel Bohley, Reinhard Schult, Wolfgang Rüdtenklau und andere einen Text „Zum Ergebnis der Kommunalwahlen“, in dem die offensichtliche Wahlfälschung benannt wurde.³¹⁵ Rainer Eppelmann und weitere Personen stellten außerdem am 16. Mai Strafanzeige, weil sie bei der Auszählung von 83 der 89 Wahllokale in Friedrichshain 4.721 Gegenstimmen anstatt der 1.611 veröffentlichten gezählt hatten. Genauso verfuhrten Mitglieder des Weißenseer Friedenskreises mit der Auszählungsdifferenz in ihrem Bezirk.

Die Zusammenfassung der landesweiten Ergebnisse der Auszählungsbeobachtungen wurde durch den Weißenseer Friedenskreis in der Dokumentation „Die Wahlurne“ niedergelegt, vervielfältigt und DDR-weit verbreitet. Daneben rief der Friedenskreis zum jeweils 7. Tag der kommenden Monate um 17 Uhr unter dem Motto „Nie genug vom Wahlbetrug“ zum öffentlichen Protest auf. Am 7. Juni in die Sophienkirche, am 7. Juli auf den Ale-

³¹² Vgl. ebd., S. 291.

³¹³ Vgl. Hinweise über ausgewählte Probleme im Zusammenhang mit den Ergebnissen der Kommunalwahlen, Juni 1989, BStU, MfS, HA IX, Nr. 5.559, Bl. 189.

³¹⁴ Vgl. Information über eine Kontrolle von Gottesdiensten am 7. Mai 1989 in der Hauptstadt, Landesarchiv Berlin C Rep. 104, Nr. 576.

³¹⁵ Zwei Tage später las in derselben Kirche Rolf Henrich aus seinem Buch „Der vor-mundschafliche Staat“. Er stellte in der Tradition seiner SED-Genossen Rudolf Bahro und Robert Havemann die SED von innen heraus in Frage. Zum Wahlbetrug kam die öffentliche innerparteiliche Delegitimation.

xanderplatz, am 7. August in die Hoffnungskirche und am 7. September wieder auf den Alex. Dort ging die Stasi brutal gegen die Demonstranten vor und nahm gewissermaßen den 7. Oktober 1989 am gleichen Ort vorweg. Die in der „Kommunalwahlfrage“ besonders engagierten Theologen Edelbert Richter und Friedrich Schorlemmer waren neben Eppelmann und Pahnke 1989 Initiatoren der Partei „Demokratischer Aufbruch“. Später gingen Richter und Schorlemmer in die SDP/SPD, deren Gründung zuvor wesentlich von Meckel und Gutzeit parallel zur Kommunalwahlkampagne betrieben wurde. Richard Schröder trat ihr ebenfalls bei. Aus der „Absage-Initiativgruppe“ entwickelte sich die Partei „Demokratie Jetzt“. Die Arche zog schon vor den Kommunalwahlen die Konsequenz und kündigte bei einem Sprechertreffen Ende April 1989 in Halle an, bei den nächsten Volkskammerwahlen 1991 mit einer eigenen Grünen Liste antreten zu wollen.³¹⁶ Noch im April 1989 forderten die Arche-Regionalsprecher außerdem die Zulassung einer Grünen Liste. Arche-Mitarbeiter initiierten im November 1989 die Gründung der Grünen Partei der DDR.

Mitbedingt durch die landesweite Mobilisierung der formellen und informellen Strukturen der kirchlichen Basisgruppen durch die Kommunalwahl 1989 stellten einige Basisgruppen die Machtfrage durch eine qualifizierte Institutionalisierung ihrer Arbeit. Andere blieben basisdemokratischen Traditionen treu.

8. Die SED und das MfS

Spätestens nach der Sputnikaffäre war die ideologische Differenz zwischen Gorbatschow und Honecker jedem DDR-Bürger sichtbar. Dieselbe Affäre ließ aber auch bis dahin unerschütterliche Bindungen innerhalb der SED reißen. Die SED-Führung handelte damit isolierter denn je. An einen Führungswechsel wie in den Bruderstaaten dachte sie nicht.

Längst aber waren der „Spiegel“ und andere Westzeitschriften damit beschäftigt, unter anderem den SED-Bezirkschef von Dresden, Hans Modrow, als möglichen Honecker-Nachfolger darzustellen. Nicht unzutreffend stellte das Magazin fest, dass die Altherrenriege an der SED-Spitze zwar die einfachen Mitglieder in den Betrieben, die überwiegend an materiellen Verbesserungen interessiert waren, nicht fürchten müsse. In Unruhe befinde

³¹⁶ Vgl. Neubert, S. 811f.

sich vielmehr der intellektuelle Mittelbau der Partei wie hauptamtliche Funktionäre und Instituts- oder Akademiemitarbeiter. Diese versprachen sich von Gorbatschow mehr Spielraum - auch für sich selbst. Wie Gustav Husak in der Tschechoslowakei und Janos Kadar in Ungarn, die ihre Ämter verlassen mussten, spürte auch die stark überalterte Führungsriege im SED-Politbüro das Nachlassen der innerparteilichen Bindungskräfte. Länger als Honecker, der seit 1971 an der Spitze der SED stand, amtierten im Ostblock nur Todor Schiwkow in Bulgarien und eben Nicolae Ceaucescu.

Der „Bonner Generalanzeiger“ spekulierte am 1. September über die mögliche Honecker-Nachfolge durch Egon Krenz, sah aber auch den SED-Bezirkschef von Berlin Günther Schabowski, der seit 1981 Kandidat und seit 1984 Mitglied des Politbüros war, im Rennen. Beiden wurden jedoch gesundheitliche Probleme nachgesagt, und wieder landete der Ball bei Modrow, der zu den aufgeschlossenen Funktionären gehören sollte, sich moderner Führungsmethoden bediente und von dem am ehesten die Bereitschaft zu einer Öffnung der Politik im Sinne von Glasnost und Perestroika erwartet wurde.³¹⁷

Manfred Stolpe, der generell als gut informiert galt, mutmaßte Mitte Oktober 1988, dass an der Spitze der SED am Ende des Jahres personell manches anders aussehen würde. In Erwartung der turnusgemäßen Tagung des SED-Zentralkomitees sah er vorab ein Ringen innerhalb des Machtapparates um den künftigen Kurs. Diese Auseinandersetzung machte er für die gegenwärtig schwierigen Staat-Kirche-Beziehungen verantwortlich und sah im Kampf gegen die Kirche einen Stellvertreterkrieg zwischen einer „Moskaufraktion“ und „Betonköpfen“.³¹⁸

Nach dem unmittelbar darauf folgenden „Sputnik“-Verbot schätzte das Ministerium für Staatssicherheit ein, dass erstmals die Meinung von DDR-Bevölkerung und SED-Mitgliederbasis geschlossen gegen die Auffassungen der Parteiführung stünde.³¹⁹ Im direkten Vorfeld der ZK-Tagung vom De-

³¹⁷ Vgl. Spekulationen über Anwärter auf die Nachfolge Honeckers, Bonner Generalanzeiger 1.9.1988.

³¹⁸ Vgl. Die DDR-Kirche rechnet mit Veränderungen der SED-Spitze, Frankfurter Rundschau 12.10.1988. Laut „Spiegel“ fragte Werner Eberlein, Mitglied im SED-Politbüro und SED-Bezirkschef von Magdeburg, Ende Juni 1988 eine Gruppe von SPD-Bundestagsabgeordneten: Wo leben wir eigentlich, wenn evangelische Bischöfe sich auf Kirchentagen auf Gorbatschow berufen? Vgl. Verändern, was Veränderung bedarf, Spiegel 32/1988.

³¹⁹ Vgl. Stephan, Gerd-Rüdiger: Vom Mauerbau bis zur Wende, in: Herbst u.a., S. 93.

zember 1988 verfasste das MfS einen Bericht über Bevölkerungsreaktionen nach dem Verbot der UdSSR-Zeitschrift „Sputnik“ vom November 1988. Gerade die Intelligenz sah diesem zufolge die Partei in die Defensive geraten und die Westmedien in der Offensive. Vielen SED-Genossen war unklar, warum dem Gegner erneut das Feld für ideologische Angriffe überlassen worden sei. Ihr Hauptargument war die zunehmende Entmündigung der Bevölkerung der DDR. Ältere Parteimitglieder verwiesen auf eigene Lebenserfahrungen der Nachkriegsjahrzehnte, in denen angesichts offener Grenzen in viel stärkerem Maße als 1988 eine Auseinandersetzung mit feindlichen und falschen Positionen geführt werden musste. Sie fragten sich, warum die Partei so schwach sei, dass eine öffentliche Debatte über derartige Probleme nicht möglich war. Eine häufig wiederkehrende Auffassung war zudem, dass die DDR kein Recht habe, die Umgestaltung in der Sowjetunion zu kritisieren.³²⁰

Das „Sputnik“-Verbot spielte auf der SED-ZK-Tagung Anfang Dezember 1988 keine Rolle. Zentrales Argument gegen die Perestroika wurde die Formel: Die KPdSU hole nach, was die SED seit 1971 durchführe. Honecker setzte auf Stabilisierung durch Negierung der Widersprüche und behauptete, dass der Lebensstandard in der DDR den der Bundesrepublik inzwischen überholt habe. Man übte sich in Durchhalteparolen, und Gerhard Schürer, der im Mai 1988 in Anbetracht der hohen Auslandsverschuldung „Überlegungen zur weiteren Arbeit am Volkswirtschaftsplan 1988“ Honecker persönlich überreicht hatte, wurde zur „Moskaufraktion“ gezählt und von Günther Mittag abqualifiziert.

Allein die ZK-interne Auseinandersetzung mit DDR-Kulturminister Hans-Joachim Hoffmann, dessen im Sommer 1988 veröffentlichtes Interview in „Theater heute“ Gegenstand heftiger Vorwürfe wurde, bildete den Aufhänger für eine teils offene, teils versteckte Auseinandersetzung um Glasnost. Die VII. ZK-Tagung blieb allein durch Honeckers Formulierung von dem „Gequake wild gewordener Spießer, welche die Geschichte der KPdSU und der Sowjetunion im bürgerlichen Sinne umschreiben möchten“ in Erinnerung.³²¹

Im Jahr 1987 verfasste das MfS ein umfangreiches Strategiepapier zum Kampf gegen die kirchlichen Basisgruppen innerhalb der verbliebenen Spielräume. Alles, was unternommen würde, dürfte nicht auf die Ausreise als

³²⁰ Vgl. Herbst u.a., S. 800-803.

³²¹ Vgl. Stephan, Gerd-Rüdiger: Vom Mauerbau bis zur Wende, in: Herbst u.a., S. 93-95.

Hauptweg zur Ausschaltung der Opposition setzen. Aber unter dieser Prämisse sah der Verfasser Major H. keine Chance, die Opposition kurzfristig auszuschalten. Es sei generell die Frage zu klären, inwieweit sich die Gesellschaft über einen längeren nicht absehbaren Zeitraum zur Existenz von Gruppen verhält, welche offen eine oppositionelle Linie unter Missbrauch künftiger Möglichkeiten verfolge.³²² Er kritisierte die wankelmütige Kirchenpolitik, forderte angekündigte Sanktionen und wollte es im Übrigen gegenüber den Haupt-Oppositions-Exponenten wie Eppelmann, Templin, Hirsch, Bohley, Krawczyk oder Klier mit der Ignorierung ihrer Aktivitäten versuchen. Natürlich nicht ohne Begleitung durch intensive Zersetzungsarbeit.

In einer Rede am 26. Februar 1988 vor MfS-Mitarbeitern sprach Mielke in aller Deutlichkeit über einzurichtende Internierungslager und en passant über Antragsteller als Banditen.³²³ Im Jahr 1988 sah sich das MfS eben nicht nur den Basisgruppen, sondern auch den sich nach und nach organisierenden und Öffentlichkeit suchenden Ausreiseantragstellern gegenüber. Am 5. September veranlasste Mielke auf einer Dienstkonferenz, dass Formen der Selbstdarstellung der Ausreiseantragsteller wie Plaketten, Aufkleber oder Let's-go-Kennzeichen zu unterdrücken seien. Die republikweite Aktion gegen Symbolträger hatte zum Ergebnis: 64 Ermittlungsverfahren, 28 Ordnungsverfahren, 11 beschlagnahmte Kraftfahrzeuge, 89 Führerscheinentzüge, Einzug von 24 Kfz-Zulassungen, 373 Verhaftungen und 3.324 Belehrungen und Verwarnungen.³²⁴

Am 9. November 1988, ein Jahr vor dem Mauerfall, unterschrieb Mielke das Rundschreiben Nr. 7288 mit den Anlagen „Informationsbedarf zur Erarbeitung von Auskunftsberichten über personelle Zusammenschlüsse und Informationsbedarf zur Erarbeitung von Auskunftsberichten über nicht lizenzierte Druck- und Vervielfältigungserzeugnisse“. Kern war die Erarbeitung einer einheitlichen Dokumentation für das MfS über Basisgruppen und deren Publikationen. Bis zum 20. Januar 1989 sollten ihm außerdem Ent-

³²² Vgl. Giesecke, Jens: Die hauptamtlichen Mitarbeiter der Staatssicherheit. Personalstruktur und Lebenswelt 1950-1989/90, Berlin 2000, S. 455.

³²³ Vgl. Otto, Wilfried: Erich Mielke – Biographie. Aufstieg und Fall eines Tschekisten, Berlin 2000, CD.

³²⁴ Vgl. Stolle, S. 55.

scheidungsvorschläge über das diesbezüglich weitere Vorgehen unterbreitet werden.³²⁵

Aber nicht nur Gruppenmitglieder wurden vom MfS kriminalisiert. Im Februar 1988 hatte das MfS 85.939 Bürger der DDR in einem Vorbeugekomplex erfasst. Je nach Grad ihrer politischen Gegnerschaft waren sie für den Krisenfall für eine Inhaftierung (2.955 Personen), eine Isolierung in Lagern (726 Personen) beziehungsweise verstärkte operative Überwachung (72.258 Personen) vorgesehen. Daneben sollten 937 eher unzuverlässige staatliche Leiter von ihren Posten entfernt werden. Innerhalb eines Tages sollten dafür geeignete konspirative Objekte mit Stacheldraht und Wachtürmen umgeben und gesichert werden.³²⁶

Noch arbeitete der Apparat, und der tschekistische Allmachtsanspruch bestimmte sowohl die Politik der SED-Führung als auch die Planungen des MfS. Einem MfS-Mitarbeiter jedoch kamen bei seinem Einsatz am 17. Januar 1988 am Frankfurter Tor Zweifel an seiner Arbeit, den er noch vor Ort äußerte. Er beharrte bei anschließenden Befragungen durch Vorgesetzte auf dem Standpunkt, dass die Verhaftungen falsch gewesen seien und auch an der DDR die Entwicklungen nicht vorbeigehen würden.³²⁷

9. Fazit

Er sollte Recht behalten. Das SED-Regime konnte sich seines zentralen Rechtfertigungskonflikts, der mangelnden Legitimierung durch freie Wahlen, nicht entledigen. Es fand auch keine Rettungsformel, weder nach innen noch nach außen, für seine auch im Ostblock zunehmend isolierte Politik. Ökonomische oder außenpolitische Rahmenbedingungen als auch die sich verstärkende Ausreisebewegung entwickelten sich parallel zunehmend ungünstiger. Im Dezember 1988 sagte der Bürgerrechtler Ehrhart Neubert,

³²⁵ Vgl. Rundschreiben Nr. 7288 vom 9.11.1988, in: Besier, Gerhard; Wolf, Stephan (Hg.): Pfarrer, Christen und Katholiken. Das MfS der ehemaligen DDR und die Kirchen, Neukirchen 1992, S. 596-601.

³²⁶ Vgl. Auerbach, Thomas: Isolierungs- und Internierungslager, in: Veen, S. 189.

³²⁷ Vgl. BStU, MfS, SED-KL 9.398, Bl. 5/9/14.

begründet mit dem rasenden Zerfall der DDR-Wirtschaft, in Greifswald das Ende der DDR für 1989 voraus.³²⁸

Gleichzeitig stellten andere Basisgruppenvertreter immer offener die Machtfrage und fanden für ihren Machtanspruch ein erstes, wirkungsvolles Betätigungsfeld: die Überwachung der Kommunalwahlen. Zuvor hatten der Überfall auf die Umweltbibliothek, die Verhaftungen bei der Luxemburg-Demo, die Reglementierungen an der Ossietzky-Schule und das „Sputnik“-Verbot für nachhaltige Solidarisierung und öffentliches Interesse gesorgt. Durch diese etablierte sich endgültig eine nicht regimekonforme Öffentlichkeit, welche die autoritär durchherrschte DDR-Gesellschaft mit sich umformenden und verfestigenden Oppositionsstrukturen in Frage stellte.

Die Luxemburg-Demo hatte die Schwäche der DDR-Oppositionsgruppen gezeigt und in ihren Folgen deren Stärkung bewirkt. Dem Kommunikationswirrwarr wurde mit einem Kontakttelefon begegnet, und das rücksichtslose Auftreten der Ausreiseantragsteller ermutigte zu eigenwilligen, von basisdemokratischen Gruppenbeschlüssen unabhängigen Aktionen wie der Wahlauszählung des Weißenseer Friedenskreises.

Wurde auf dem Gruppenvertretertreffen Frieden konkret 1989 in Greifswald von den anwesenden Delegierten die Bildung von Parteien und die Verständigung auf eine gemeinsame Strategie bezüglich der Kommunalwahlen abgelehnt, stellte die trotzdem erfolgte organisierte Auszählung der Wahlergebnisse und die Gründung von Parteien 1989 die Machtfrage konkreter als jedes mit Mehrheit dort verabschiedete Papier.

Der Autoritätsverfall der SED, der Machtanspruch der Oppositionsgruppen und der Ausreisedruck der immer zahlreicher die Öffentlichkeit suchenden Ausreiseantragsteller bezogen sich zunehmend aufeinander. Das innenpolitische Szenario für den Herbst 1989 war bereitet.

³²⁸ Glöckner, Reinhard: Die Wende in Greifswald - aus meinem Erleben und in meiner Sicht im Frühjahr 1993, in: Zobel, Hans-Georg (Hg.): Verleihung der Ehrensensatorwürde an Dr. Reinhard Glöckner, Greifswald 1993, S. 24.

Literaturverzeichnis

Besier, Gerhard: Der SED-Staat und die Kirche. Der Weg in die Anpassung, München 1993.

Besier, Gerhard; Wolf, Stephan (Hg.): Pfarrer, Christen und Katholiken. Das MfS der ehemaligen DDR und die Kirchen, Neukirchen 1992.

Bohley, Bärbel; Neubert, Ehrhart: Wir mischen uns ein. Ideen für eine gemeinsame Zukunft, Freiburg 1998.

Delius, Friedrich Christian: Der Spaziergang von Rostock nach Syrakus, Erzählung, Reinbek bei Hamburg 1995.

Eppelmann, Rainer: Fremd im eigenen Haus. Mein Leben im anderen Deutschland, Köln 1993.

Farin, Klaus; Hauswald, Harald: Die Dritte Halbzeit. Hooligans in Berlin-Ost, Berlin 1998.

Giesecke, Jens: Die hauptamtlichen Mitarbeiter der Staatssicherheit, Personalstruktur und Lebenswelt 1950-1989/90, Berlin 2000.

Goertz, Joachim: Die Solidarische Kirche in der DDR. Erfahrungen, Erinnerungen, Erkenntnisse, Berlin 1999.

Herbst, Andreas; Stephan, Gerd-Rüdiger; Winkler, Jürgen (Hg.): Die SED-Geschichte, Organisation, Politik. Ein Handbuch, Berlin 1997.

Hesse, Kurt: Westmedien in der DDR, Köln 1988.

Holzweißig, Gunter: Die schärfste Waffe der Partei - Eine Mediengeschichte der DDR, Köln 2002.

Jordan, Carlo; Kloth, Hans-Michael: Arche Nova. Opposition in der DDR. Das „Grün-ökologische Netzwerk Arche“ 1988-90, mit den Texten der „Arche Nova“, Berlin 1995.

- Judt, Matthias (Hg.): DDR-Geschichte in Dokumenten, Berlin 1997.
- Klein, Thomas: Frieden und Gerechtigkeit, Köln u.a. 2007.
- Klier, Freya: Abreißkalender. Ein deutsch-deutsches Tagebuch, München 1989.
- Kloth, Hans Michael: Vom „Zettelfalten“ zum freien Wählen. Die Demokratisierung der DDR 1989/90 und die „Wahlfrage“, Berlin 2000.
- Kowalczyk, Ilko Sascha: Freiheit und Öffentlichkeit - Politischer Samisdat in der DDR 1985-1989, Berlin 2002.
- Kroh, Ferdinand: Freiheit ist immer die Freiheit ... Die Andersdenkenden in der DDR, Berlin 1988.
- Kuhrt, Eberhard; Buck, H.-F.; Holzweißig, G. (Hg.): Opposition in der DDR von den 70er Jahren bis zum Zusammenbruch der SED-Herrschaft, (Am Ende des realen Sozialismus, Bd. 3), Opladen 1999.
- Leonhard, Wolfgang: Meine Geschichte der DDR, Berlin 2007.
- Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), 1995, hg. vom Deutschen Bundestag, Band VII, 1.
- Meckel, Markus; Gutzeit, Martin: Opposition in der DDR. Zehn Jahre kirchliche Friedensarbeit - kommentierte Quellentexte, Köln 1994.
- Mehlhorn, Ludwig: Die DDR-Opposition und die nationale Frage in den achtziger Jahren, in: Neubert, Ehrhart; Eisenfeld, Eisenfeld: Macht - Ohnmacht - Gegenmacht, Bremen 2001.
- Moritz, Torsten: Gruppen der DDR-Opposition in Ost-Berlin, Berlin 2000.
- Neubert, Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989, Berlin 1997.

Nixdorf, Wolfgang: Kirchliche Pressearbeit unter den Bedingungen der DDR - Die Wochenzeitungen „Die Kirche“ (Greifswalder Ausgabe) und „Mecklenburgische Kirchenzeitung“ 1976-1989, in: Zeitgeschichte regional, Mitteilungen aus Mecklenburg-Vorpommern 7. Jg. H. 1, Juli 2003.

Otto, Wilfriede: Erich Mielke – Biographie. Aufstieg und Fall eines Tsche-kisten, Berlin 2000.

Reichhardt, Hans J.: Chronik des Jahres 1988 - Ereignisse in und um Berlin, in: Berlin in Geschichte und Gegenwart, Jahrbuch des Landesarchivs Berlin 1988, hg. von Hans J. Reichhardt.

Richter, Edelbert: Abgrenzung und nationale Identität, in: Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung, Berlin 1987.

Richter, Manfred; Zylla, Elsbeth: Mit Pflugscharen gegen Schwerter. Erfahrungen in der Evangelischen Kirche in der DDR 1949-1990, Bremen 1991.

Roßberg, Klaus: Das Kreuz mit dem Kreuz. Ein Leben zwischen Staatssicherheit und Kirche, Berlin 1996.

Rüddenklau, Wolfgang: Störenfried, Berlin 1992.

Schöne, Jens: Stabilität und Niedergang. Ost-Berlin im Jahr 1987, Schriftenreihe des Berliner Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, Bd. 22, Berlin 2007.

Schönfelder, Jan; Rainer Erices: Kohls geheime Reise in die DDR, in: Deutschlandarchiv, Zeitschrift für das vereinigte Deutschland 2/2007.

Sello, Tom; Kowalczyk, Ilko Sascha (Hg.): Für ein freies Land mit freien Menschen. Opposition und Widerstand in Biographien und Fotos, Berlin 2006.

Stolle, Uta: Der Aufstand der Bürger. Wie 1989 die Nachkriegszeit in Deutschland zu Ende ging, Baden-Baden 2001.

Subklew-Jeutner, Marianne: Der Pankower Friedenskreis, Berlin 2004.

Templin, Wolfgang; Weißhuhn, Reinhard: Die Initiative Frieden und Menschenrechte in: Kuhrt, Eberhard: Opposition in der DDR von den 70er Jahren bis zum Zusammenbruch der SED-Herrschaft, Opladen 1999

Veen, Hans-Joachim (Hg.): Lexikon Opposition und Widerstand in der SED-Diktatur, Berlin 2000.

von zur Mühlen, Patrick: Aufbruch und Umbruch in der DDR, Bonn 2000.

Wollenberger, Vera: „Virus der Heuchler“. Innenansichten aus Stasi-Akten, Berlin 1992.

Zobel, Hans-Georg (Hg.): Verleihung der Ehrensensatorwürde an Dr. Reinhard Glöckner, Greifswald 1993.

Abkürzungsverzeichnis

AGST - Arbeitsgruppe Staatsbürgerschaftsrecht

AKSK - Arbeitskreise Solidarische Kirche

BEK - Bund Evangelischer Kirchen in der DDR

EG - Europäische Gemeinschaft

FDGB - Freier Deutscher Gewerkschaftsbund

IFM - Initiative für Frieden und Menschenrechte

INF - Intermediate Range Nuclear Forces

KKL - Konferenz der Kirchenleitungen

KPC - Kommunistische Partei der CSSR

KSZE - Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

KvU - Kirche von unten

ND - Neues Deutschland

NVA - Nationale Volksarmee

PVAP - Polnische Vereinigte Arbeiterpartei

RGW - Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe

STÄV - Ständige Vertretung der Bundesrepublik

USAP - Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei

ZK - Zentralkomitee